

14. Wahlperiode

Plenarprotokoll 14/25

25. Sitzung

Kiel, Freitag, 21. Februar 1997

Zahlung von Kriegsofferrenten 4

Dringlichkeitsantrag der Fraktion der SPD
Drucksache 14/548

Ute Erdsiek-Rave (SPD)
Dr. Ottfried Hennig (CDU)
Anke Spoorendonk (SSW)

Beschluß: Dringlichkeit bejaht und als
Punkt 16 b in die Tagesordnung
eingereiht

Gemeinsame Beratung 5

a) Grundlagen einer zukunftsorientierten Abfallpolitik

Antrag der Fraktionen der CDU und der F.D.P.
Drucksache 14/425
Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 14/397
Anträge der Fraktion der CDU Drucksachen
14/421 und 14/424

Bericht und Beschlußempfehlung des
Umweltausschusses Drucksache 14/468

b) Gegenwärtiger Stand und Weiterentwicklung der Abfallwirtschaft in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 14/422
Bericht und Beschlußempfehlung des
Umweltausschusses
Drucksache 14/469

Frauke Tengler (CDU),
Helmut Jacobs (SPD)
Roswitha Strauß (CDU)
Dr. Adelheid Winking-Nikolay (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)
Dr. Christel Happach-Kasan (F.D.P.)
Anke Spoorendonk (SSW)
Frauke Tengler (CDU)
Rainer Steenblock, Minister für Umwelt,
Natur und Forsten
Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)
Konrad Nabel (SPD)
Matthias Böttcher (BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Beschluß: Annahme des Antrages
Drucksache 14/422 in geänderter
Fassung

Aussiedlerbetreuung in Schleswig-Holstein . . . 26
Große Anfrage der Fraktion der CDU Drucksache
14/185
Antwort der Landesregierung Drucksache 14/443

Dr. Ekkehard Wienholtz, Innenminister
Caroline Schwarz (CDU)
Klaus-Peter Puls (SPD)
Matthias Böttcher (BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)
Wolfgang Kubicki (F.D.P.)
Anke Spoorendonk (SSW)

Beschluß: Überweisung an den
Sozialausschuß und den Innen-
und Rechtsausschuß zur
abschließenden Beratung

Neue Akzente in der Arbeitsmarktpolitik 37
Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 14/485

Birgit Küstner (SPD)
Torsten Geerds (CDU)
Matthias Böttcher (BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)
Christel Aschmoneit-Lücke (F.D.P.)
Anke Spoorendonk (SSW)
Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit
und Soziales

Beschluß: Überweisung an den
Sozialausschuß

Rechtschreibreform 49
Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/520

Heinz Maurus (CDU)
Sabine Schröder (SPD)
Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)
Dr. Ekkehard Klug (F.D.P.)
Anke Spoorendonk (SSW)
Meinhard Füllner (CDU)
Gisela Böhrk, Ministerin für Bildung,
Wissenschaft, Forschung und Kultur

Beschluß: Ablehnung

Ecstasy in Schleswig-Holstein 64

Antrag der Fraktion der CDUDrucksache 14/481

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 14/527

Frauke Tengler (CDU)
Konrad Nabel (SPD)
Matthias Böttcher (BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)
Christel Aschmoneit-Lücke (F.D.P.)
Anke Spoorendonk (SSW)
Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit
und Soziales

Beschluß: Annahme

Verlässlichkeit bei der Postreform 76

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 14/537

Gerhard Poppendiecker (SPD)
Martin Kayenburg (CDU)
Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)
Wolfgang Kubicki (F.D.P.)
Anke Spoorendonk (SSW)
Peer Steinbrück, Minister für Wirtschaft,
Technologie und Verkehr

Beschluß: Annahme

Zahlung von Kriegsofferrenten 85

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 14/548

Ute Erdsiek-Rave (SPD)
Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit
und Soziales
Dr. Ottfried Hennig (CDU)
Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)
Wolfgang Kubicki (F.D.P.)
Anke Spoorendonk (SSW)

Beschluß: Überweisung an den
Sozialausschuß zur
abschließenden Beratung

Initiative zum Opferschutz 94

Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 14/393
Bericht und Beschlußempfehlung des Innen- und
Rechtsausschusses
Drucksache 14/491

Heinz Maurus (CDU)

Beschluß: Annahme

**Musikunterricht und Musikerziehung in 94
Schleswig-Holstein - Entwicklung seit
1988 und Perspektiven**

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage
der Fraktion der CDU

Drucksache 14/388

Antrag der Fraktion der F.D.P.

Drucksache 14/416

Bericht und Beschlußempfehlung des
Bildungsausschusses

Drucksache 14/492

Dr. Ulf von Hielmcrone (SPD), Berichterstatter

Beschluß: Annahme der
Beschlußempfehlung Drucksache
14/492

**Entscheidung über die Gültigkeit der 95
Landtagswahl am 24. März 1996**

Bericht und Beschlußempfehlung des Innen- und
Rechtsausschusses

Drucksache 14/513

Heinz Maurus (CDU)

Beschluß: Annahme

* * * *

Regierungsbank:

Gisela Böhrk, Ministerin für Bildung,
Wissenschaft, Forschung und Kultur

Dr. Ekkehard Wienholtz, Innenminister

Angelika Birk, Ministerin für Frauen, Jugend,
Wohnungs- und Städtebau

Claus Möller, Minister für Finanzen
und Energie

Peer Steinbrück, Minister für Wirtschaft,
Technologie und Verkehr

Hans Wiesen, Minister für ländliche Räume,
Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit

und Soziales

Rainer Steenblock, Minister für Umwelt,
Natur und Forsten

* * * *

Beginn: 10:00 Uhr

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet.

Nach Mitteilung der Fraktionen sind Frau Abgeordnete
Irene Fröhlich und Herr Abgeordneter Peter Gerckens
erkrankt. Wir wünschen Ihnen gute Besserung!

(Beifall)

Wegen dienstlicher Verpflichtungen sind Frau
Ministerpräsidentin Simonis und Herr Minister Walter
beurlaubt.

Die SPD-Fraktion hat einen **Dringlichkeitsantrag** mit
dem Betreff „**Zahlung von Kriegsofferrenten**“
eingereicht. Der Antrag liegt Ihnen als Drucksache
14/548 vor.

Das Wort zur Dringlichkeit hat Frau Abgeordnete
Erdsiek-Rave.

Ute Erdsiek-Rave [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In
Nachrichten- und Magazinsendungen des NDR wurde
gestern über eine Praxis verdeckter Zahlungen von
Kriegsofferzusatzrenten an dänische Staatsangehörige
berichtet. Diese Berichte bedürfen meiner Meinung
nach der sachlichen Aufklärung durch die
Landesregierung. Es muß über die Hintergründe und
die Entstehungen dieser Zahlungen aufgeklärt werden,
die diesen Berichten zufolge über das Deutsche Rote

Kreuz und den Bund Deutscher Nordschleswiger ausgezahlt werden. Ich bin der Auffassung, daß der Landtag einen Anspruch auf sachliche Berichterstattung hat, damit möglicher Schaden sowohl für die Ausgleichsverwaltung dieses Landes als auch für die deutsche Minderheit verhindert wird. Ich halte es nicht für ausgeschlossen, daß sie durch die Berichte in ein schiefes Licht geraten.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort zur Dringlichkeit hat Herr Abgeordneter Dr. Hennig.

Dr. Ottfried Hennig [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Selbstverständlich muß ein solcher Vorgang sachlich aufgeklärt werden. Wir werden deshalb auch nicht der Dringlichkeit dieses Antrages widersprechen - selbstverständlich nicht.

Ich frage mich nur, Frau Kollegin Erdsiek-Rave, ob dies das zweckmäßigste Verfahren ist, nachdem wir hier über viele Jahrzehnte hinweg ein außerordentlich vertrauensvolles Verhältnis zur Minderheit nördlich und südlich der Grenze aufgebaut haben. Die Minderheit, die als Auszahler, als technischer Abwickler beteiligt ist - das ist der BDN und nicht mehr das Deutsche Rote Kreuz -, kann in diesem Verfahren überhaupt nicht angehört werden, während wir darüber reden und beispielsweise die Landesregierung mit einem Antrag auffordern, diese Praxis sofort zu beenden. - Die Landesregierung kann dies gar nicht, weil es um die Abwicklung eines Bundesgesetzes geht.

Ich rege an, daß die SPD-Fraktion einmal darüber nachdenkt, ob es nicht die richtige Verfahrensweise wäre, in der nächsten Woche eine normale oder eine besonders anzuberaumende Sozialausschußsitzung durchzuführen. In der Sitzung könnte das Versorgungsamt Schleswig dazu angehört werden, wer dort was technisch abwickelt, und dann könnte nach der Unterrichtung darüber sachlich geurteilt werden.

Ich halte es nicht für angebracht, darüber zu diskutieren, ohne die Beteiligten mit am Tisch zu haben. Ich halte nichts davon, dies in einer Atmosphäre zu tun, in der einem vieles in den Sinn kommt, was man in die Sache mit einfließen lassen könnte, in der auch nicht differenziert werden kann zwischen Leuten, die sich nach rechts außen stärker abgrenzen, und Leuten,

die das nicht tun. Ich glaube, wir haben in diesem Landtag die Front immer gemeinsam gehalten.

Meine Anregung ist deswegen, über das Verfahren nachzudenken und die Sache nicht heute im Rahmen eines Dringlichkeitsantrages zu besprechen. Es könnte hier mit einem Dringlichkeitsantrag beschlossen werden, daß wir die Sache im Sozialausschuß umgehend aufklären und daraus die Konsequenzen ziehen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort zur Dringlichkeit hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich dem anschließen, was die Fraktionsvorsitzende der SPD vorhin sagte. Ich finde schon, daß dies ein Thema für einen Dringlichkeitsantrag ist, und ich finde, daß das eine das andere nicht ausschließt.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Weitere Wortmeldungen zur Dringlichkeit liegen nicht vor; wir kommen dann zur Abstimmung. Gemäß § 51 Abs. 3 der Geschäftsordnung ist eine Zweidrittelmehrheit notwendig, um die Dringlichkeit zu bejahen. Wer der Dringlichkeit dieses Antrages zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich schlage Ihnen vor, diesen Antrag als Punkt 16 b in die Tagesordnung aufzunehmen. Ich glaube, das wurde auch so besprochen. - Ich höre keinen Widerspruch; dann werden wir so verfahren.

Im übrigen teile ich mit, daß die Fraktionen vereinbart haben, daß wir die restlichen Punkte der Tagesordnung auch in der Mittagspause weiter abhandeln.

Ich rufe jetzt die Tagesordnungspunkte 18 und 19 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Grundlagen einer zukunftsorientierten Abfallpolitik

Antrag der Fraktionen der CDU und der F.D.P.
Drucksache 14/425

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 14/397

Anträge der Fraktion der CDU
Drucksachen 14/421 und 14/424

Bericht und Beschlußempfehlung des
Umweltausschusses
Drucksache 14/468

**b) Gegenwärtiger Stand und
Weiterentwicklung der Abfallwirtschaft in
Schleswig-Holstein**

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 14/422

Bericht und Beschlußempfehlung des
Umweltausschusses
Drucksache 14/469

Das Wort hat zunächst die Berichterstatterin des
Umweltausschusses, Frau Abgeordnete Tengler.

Frauke Tengler [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich
verweise auf die Vorlage.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Ich danke der Frau Berichterstatterin. Gibt es
Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall.
Ich eröffne die Aussprache; das Wort hat Herr
Abgeordneter Jacobs, ist das richtig?

(Helmut Jacobs [SPD]: Ja!)

- Sie haben das Wort.

Helmut Jacobs [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und
Herren! Das Thema **Abfallpolitik** ist wohl zur Zeit
eines der aktuellsten Themen im Lande. Man könnte die
Abfallsituation mit dem Satz überschreiben:
Unsicherheit beherrscht den Markt für Abfälle.

Alle Kreise mit Entsorgungsanlagen haben zur Zeit
große Auslastungsprobleme. Die
Verpackungsverordnung, der Grüne Punkt, die
Abfallabgabe und ein ausgeprägtes Sammel- und
Trennverhalten sowie das Umweltbewußtsein der
Bürgerinnen und Bürger haben in den letzten Jahren zu
einem erheblichen Zusammenschrumpfen der
Restmüllmenge beigetragen. Die kürzlich vom
Umweltminister vorgelegte **Abfallbilanz** aus den
Jahren 1994 und 1995 belegt starke Rückgänge beim
Hausmüll und bei den hausmüllähnlichen
Gewerbeabfällen. Wer die Gebührenscheren in den Griff
bekommen will - das habe ich mal bei anderer
Gelegenheit gesagt -, muß den davoneilenden
Müllmengen hinterhereilen. Das tun die Kreise auch,
sie jagen sich gegenseitig den Müll ab und unterbieten
sich gegenseitig in den Entsorgungspreisen. Noch vor
wenigen Monaten betrogen die Kosten für die
Entsorgung von hausmüllähnlichem Gewerbemüll
durchschnittlich 450 DM/t, die Entsorgung ist heute
schon für unter 100 DM/t zu haben.

Während Prognosen davon ausgingen, daß sich die
hausmüllähnlichen Gewerbeabfälle durch das
Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz um 40 %
verringern würden, muß jetzt festgestellt werden, daß
diese Reduzierung weit höher ist. Bei einigen
Entsorgern kommen überhaupt keine Mengen dieser
Art mehr an. Während man noch vor fünf Jahren davon
ausgehen konnte, daß die **Entsorgungskapazitäten** im
Land nicht ausreichen werden, reichen allein die jetzt
noch fast 12 Millionen m³ umfassenden
Deponierungskapazitäten - wenn die TASI es zulassen
würde - theoretisch bis zum Jahre 2090 aus. Außerdem
gibt es vier Müllverbrennungsanlagen im Lande, die
immerhin eine Jahreskapazität von 400 000 bis 450
000 t im Jahr haben.

Jetzt stehen wir vor der Situation, daß alle Kreise mit
Entsorgungsanlagen Probleme haben, zumindest die
Fixkosten überhaupt wieder hereinzubekommen. Am
meisten gebeutelt sind wegen der besonders hohen
Fixkosten selbstverständlich die Entsorger mit
Müllverbrennungsanlagen. Kreise, die in der
Vergangenheit nicht die politische Kraft aufbrachten, in
ein Standortsuchverfahren einzutreten oder dieses auch
umzusetzen, stehen heute als Gewinner da oder könnten
sehr bald die Gewinner sein.

Diese Situation ist zwar schizophren, aber es ist eine
Realität. Das gegenseitige Abjagen von Müll hat
natürlich auch zu Streitigkeiten in den Kreisen geführt.
Bestehende Kooperationen in der Müllentsorgung
zerbröckeln, und die Streitigkeiten gehen teilweise

sogar soweit, daß dabei auch Kooperationen anderer Art zugrunde gehen.

Für die Zukunft der Abfallpolitik besteht also **Handlungsbedarf**. Somit bin ich dankbar, daß die F.D.P. im November einen Antrag zu diesem Thema gestellt hat, obwohl ich meine, daß die ursprüngliche Intention des Antrags weniger die war, die Abfallproblematik des ganzen Landes zu lösen, als die, einen Vertrag zweier Kreise zu Lasten eines Kreises im nachhinein durch den Landtag zu sanktionieren.

(Beifall bei der SPD)

Am 8. Januar 1997 haben wir im Umweltausschuß ausführlich die **Anträge** der CDU und der F.D.P. über die zukunftsorientierte Abfallpolitik und den SPD-Antrag zum gegenwärtigen Stand der Abfallwirtschaft in Schleswig-Holstein diskutiert. Den Antrag von CDU und F.D.P. haben wir abgelehnt, der SPD-Antrag wurde ohne Gegenstimmen angenommen. Als ich den Ursprungsantrag der F.D.P. Ende November zum erstenmal las, fragte ich mich natürlich, welche Absicht hinter einem derartigen Antrag stecken könnte. Es gab für mich zwei Möglichkeiten: Entweder wollte man etwas ganz Besonderes für zwei Gebietskörperschaften tun, nämlich die kreisfreie Stadt Kiel und den Kreis Schleswig-Flensburg, oder man wollte nur für die kreisfreie Stadt Kiel etwas tun, weil dort besondere Müllentsorgungsprobleme vorhanden sind. Die F.D.P. wollte sich vermutlich insbesondere für die MVA Kiel einsetzen.

Ich frage mich, ob es in Ordnung ist, daß ein Landtag, der für das ganze **Land** zuständig ist, einseitig für einen oder zwei **Kreise** im Lande etwas unternimmt.

(Beifall bei der SPD)

Alle Kreise mit Müllentsorgungsanlagen haben Probleme, und alle benötigen eventuell die Hilfe des Landes. Ich möchte daran erinnern, daß auch die Stadt Flensburg eine Anlage bauen wollte, die sogenannte GARA, und schon über 10 Millionen DM an Planungskosten aufgebracht hat, daß diese Stadt auch noch einen Kooperationsvertrag mit dem Kreis Schleswig-Flensburg hat und daß die Pläne durch neue Tendenzen des Kreises in Richtung Kiel wohl vom Tisch sind.

Ich meine, es wäre landespolitisch ungerecht, in der Frage der Müllentsorgung nur nach Kiel zu schauen. Man sollte auch nicht einseitig den weiteren Ausbau von Müllverbrennungsanlagen forcieren. Die Begünstigung von Müllverbrennungsanlagen halte ich

nicht nur aus Gründen des Umweltschutzes, sondern auch wegen der Belastung der Gebührenzahler für falsch.

(Beifall bei der SPD)

Die zur Zeit gültige **Technische Anleitung für Siedlungsabfälle**, TASI, favorisiert zwar die Verbrennung. Aber ich bin ziemlich sicher, daß die TASI in der heutigen Form das Jahr 2005 nicht überleben wird. Änderungsinitiativen liegen im Bundesrat reichlich vor, und auch andere Bundesländer werden dem Ruf ihrer Kommunen folgen müssen, die TASI zu ergänzen. Denn der Druck, vorhandene Entsorgungskapazitäten und Deponieflächen auch über das Jahr 2005 hinaus aufzufüllen, ist in der Republik sehr groß.

Trotz einiger Argumente zugunsten der **Verbrennung** von Hausmüll und hausmüllähnlichem Gewerbemüll - zum Beispiel Verringerung des Raumbedarfes für die Abfallablagerung, thermische Energiegewinnung und so weiter - wiegen Argumente gegen die Verbrennung weitaus schwerer. Neben Umwelt- und Klimabeeinträchtigungen durch MVA besteht bei diesen mit ihren langen, teuren Abschreibungen der Zwang zur Abfallproduktion. Abfallvermeidung wird in keiner Weise forciert.

(Beifall bei der SPD)

Unsere Alternative heißt **Abfallvermeidung** und **Abfallverwertung**, und wir setzen auch auf mechanisch-biologische Abfallbehandlung. In Niedersachsen gibt es mit dieser Art der Behandlung bereits gute Ergebnisse.

(Zuruf: Ausnahmsweise!)

Für diese Anlagen spricht auch, daß durch den Abbau der organischen Substanzen im Restabfall unsere Biosphäre nicht gestört wird. Die in dem gemeinsamen Antrag von CDU und F.D.P. aufgestellte Forderung, unverzüglich eine Neufassung des Landesabfallwirtschaftsprogrammes vorzulegen, ist ohnehin überflüssig, da das Landesabfallwirtschaftsgesetz in § 1 Abs. 3 vorsieht, daß bei geringer werdenden Restmüllmengen in aller Regel das **Abfallwirtschaftsprogramm** des Landes fortgeschrieben wird, und dies geschieht meines Wissens zur Zeit im Ministerium für Umwelt, Natur und Forsten. Ein Abfallwirtschaftsplan wird auch deswegen aufgestellt, weil das Land dazu ohnehin vom Bundesgesetzgeber verpflichtet ist.

(Zuruf von der CDU)

Die SPD-Landtagsfraktion setzt auf das Zauberwort **Kooperation**. Die Gebietskörperschaften sollten in der Abfallwirtschaft künftig noch mehr zusammenarbeiten und zu kreisübergreifenden Lösungen kommen.

Wir möchten mit unserem Berichtsantrag erreichen, daß wir einen besseren Überblick über den **Stand der Abfallwirtschaft im Lande** bekommen, nachdem im Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz seit Oktober 1996 die Zuständigkeit der Abfallentsorgung von öffentlichen Trägern auf private übertragen worden ist. Auf privatem Wege können jetzt die Abfälle dort entsorgt werden, wo es am billigsten ist. Die noch weitgehend für den Hausmüll zuständigen kommunalen Entsorgungsträger können zur Zeit kaum prognostizieren, welche Abfallströme noch in ihre Anlagen gelangen. Zur Zeit hauen keine Prognosen mehr hin.

Die Wirkung des Gesetzes ist noch mit vielen Fragezeichen verbunden. Es ist auch in keiner Weise klar, was Abfälle zur Verwertung beziehungsweise zur Beseitigung sind. Es gibt Bestrebungen, daß solche Abfälle zur Verwertung zählen sollten, die über 50 % an Kostendeckung bringen.

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Herr Abgeordneter, denken Sie an die Zeit.

Helmut Jacobs [SPD]:

Ich komme zum Schluß.

Im Lande Schleswig-Holstein ist Müllentsorgung in Form eines Flickenteppichs vorhanden.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Das spiegelt sich vor allem auch in der Kosten- und Gebührenstruktur wider. Ich halte es für eine wichtige Aufgabe, hier einzugreifen, damit die Gebührenschiere nicht weiter auseinanderklafft. Wir stellen uns eine landesweite Kooperation vor.

(Herlich Marie Todsén [CDU]: Da haben Sie neun Jahre Zeit gehabt! - Zuruf von der SPD)

- Ich bin erst ganz jung hier im Landtag.

Ich bitte darum, dem Antrag zum Stand der Abfallwirtschaft zuzustimmen, damit wir im Mai einen besseren Überblick bekommen.

(Zuruf von der SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Strauß.

Roswitha Strauß [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Jacobs, es war schon bemerkenswert: Bei Ihrer Beschreibung der **Müllsituation** im Lande Schleswig-Holstein kam vieles vor, nur nicht die Verantwortung der Landesregierung in dieser Frage.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Sie haben ja recht, es vergeht keine Woche, ohne daß in den schleswig-holsteinischen Medien über Abfallprobleme in diesem Lande berichtet wird. Dabei ist es egal, ob es um Harrislee, die MVA Kiel, Hafenschlick oder steigende Gebühren geht. Überall herrschen Unruhe, Unsicherheit und Verdruß.

Die Ursache dieser Kalamitäten liegt in der offensichtlichen Unfähigkeit der Landesregierung, ihrem gesetzlichen Auftrag, der abfallwirtschaftlichen Steuerung in Schleswig-Holstein, gesetzeskonform, zeitgerecht und ideologiefrei nachzukommen. Das **Landesabfallwirtschaftsgesetz** schreibt den Kreisen vor, Abfallwirtschaftsprogramme zu erstellen und diese regelmäßig - alle fünf Jahre - fortzuschreiben. Weiter heißt es dort: Bei der Aufstellung der Abfallwirtschaftsprogramme der Kreise sind die Vorgaben des Abfallwirtschaftsprogrammes des Landes zu berücksichtigen.

Diese Pflicht, die die Landesregierung den Kreisen und kreisfreien Städten auferlegt hat, gilt auch für sie selbst. Für das Land heißt es sogar: Das **Landesabfallwirtschaftsprogramm** ist spätestens alle fünf Jahre fortzuschreiben.

Frau Ministerpräsidentin - sie ist nicht anwesend, ich kann sie trotzdem ansprechen -, ich frage Sie: Welche Vorgaben des Landes sollen Kreise und kreisfreie Städte berücksichtigen, wenn die **Landesregierung** ihren eigenen **Pflichten** nicht nachkommt und das Abfallwirtschaftsprogramm des Landes bis heute nicht fortgeschrieben hat?

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Das Abfallwirtschaftsprogramm datiert vom Februar 1991 und ist damit seit genau einem Jahr überfällig. Wer sich die Mühe macht, einmal hineinzuschauen, stellt sofort fest, daß das geltende Abfallwirtschaftsprogramm weder bundesrechtliche Vorgaben berücksichtigt noch mit der Wirklichkeit irgend etwas zu tun hat, als Orientierungsgrundlage für Kreise und kreisfreie Städte völlig untauglich ist

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

und damit maßgeblich zum Dilemma der entsorgungspflichtigen Körperschaften beigetragen hat.

(Beifall bei der CDU)

Bereits im August 1994, also vor über zwei Jahren, beantragte das Umweltministerium per Eilantrag an den Finanzausschuß, Umdruck 13/2508, die nötigen Gelder zur Erstellung eines Abfallentsorgungsplanes bereitzustellen. Die Eilbedürftigkeit wurde mit den weit fortgeschrittenen Planungen der Kreise und kreisfreien Städte begründet. Zur Frage der Zuständigkeit für zu erstellende Rahmenplanungen heißt es da - ich muß jetzt ein längeres Zitat bringen, denn nur im Zusammenhang wird das deutlich -:

„Das Landesabfallwirtschaftsgesetz ging bisher bei der Aufstellung solcher Pläne davon aus, daß die entsorgungspflichtigen Körperschaften im Wege der Bedarfsermittlung entsprechende Planungen betrieben und Unterlagen erstellten, die durch das Land zu überprüfen und zu übernehmen waren. Die inzwischen überprüfte Rechtsauffassung eines fachkompetenten schleswig-holsteinischen Verwaltungsrichters kommt zu dem Ergebnis, daß diese Auffassung nicht risikofrei ist und den Bedarf nach überregionalen Planungsgesichtspunkten nicht hinreichend berücksichtigt. Aus diesem Grunde besteht Einvernehmen mit den kommunalen Verbänden, daß abweichend von der bisherigen Auffassung das Land Schleswig-Holstein planerische Rahmenvorgaben erarbeiten muß, die wegen der dringend ausstehenden Entscheidung im Zusammenhang mit der Technischen Anleitung Siedlungsabfall und den Planungsentscheidungen für die Kreise und kreisfreien Städte unabwendbar sind und daher unverzüglich getroffen werden müssen.“

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Thomas Stritzl [CDU]: Hört, hört!)

Die Tatsache, daß es die Landesregierung trotz der eben zitierten eigenen Einschätzung und Begründung bis heute nicht geschafft hat,

(Thomas Stritzl [CDU]: Ja!)

den derzeit noch gültigen Abfallentsorgungsplan, der vom August 1987 datiert, an veränderte bundesrechtliche **Vorgaben**, die sich seit Inkrafttreten der **TA-Siedlungsabfall** aus dem Jahre 1993 zwingend ergeben, anzupassen und damit den entsorgungspflichtigen Körperschaften verlässliche Orientierungsdaten zu liefern, ist ein Trauerspiel.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Ursula Röper [CDU]: Reiz der Langsamkeit!)

Die Fristen zur Umsetzung der ökologischen Standards der TA-Siedlungsabfall laufen spätestens im Sommer 2005 aus. Das heißt, ab heute sind es noch zirka acht Jahre, die den entsorgungspflichtigen Körperschaften bleiben, um notwendige, TA-Siedlungsabfall-konforme Anlagen zu planen und zu bauen. Trotzdem liegen seitens der Landesregierung keine verlässlichen Plandaten vor, ganz im Gegenteil: Man glaubt nunmehr unter der Fehlfarbe rot-grün immer noch und unverdrossen, sich einen Glaubenskrieg zur Frage mechanisch-biologischer Anlagen kontra Verbrennung leisten zu können,

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

und das, obwohl der Umweltminister durch ein eigens von ihm in Auftrag gegebenes Rechtsgutachten längst auf den Boden der Tatsachen hätte zurückkommen müssen. Laut Gutachter kann die TASI nicht unterlaufen werden.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Hier verfährt Rot-Grün nach dem Motto: Weiter so, koste es, was es wolle, die Zeche zahlt der Bürger!

(Lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P.)

Meine Damen und Herren, bereits im Februar 1973 schrieb Peter Höver in den „Kieler Nachrichten“ unter dem Titel „Heydemanns Müllbankrott“ - -

(Zurufe)

- 1993; ich bitte um Entschuldigung. Herr Nabel, ich kann mir vorstellen, daß Kleinvieh Freude macht.

(Frauke Walhorn [SPD]: Wenigstens einer, der Ihnen zuhört! - Unruhe)

- Frau Walhorn, darf ich nun zitieren? - Danke schön! - Peter Höver, Februar 1993, „Kieler Nachrichten“:

„Bis Ende 1995 mag sich der Umweltminister noch damit trösten wollen, daß die TA-Siedlungsabfall dann erneut auf den Prüfstand des Bundesrates kommt, um mögliche Verbrennungsalternativen zu erörtern. Die Zeit bis dahin freilich ungenutzt verstreichen zu lassen aber hieße, das Land unweigerlich in den Müllnotstand zu manövrieren.“

Die Verneinung der Realitäten oder Rechthaberei wider besseres Wissen hat das Desaster von Harrislee produziert.

(Thomas Stritzl [CDU]: Hört, hört! - Konrad Nabel [SPD]: Unglaublich! - Unruhe)

Dafür haben die Bürger im Kreis Schleswig-Flensburg 35 Millionen DM bezahlt. Das abfallpolitische Credo der Sozialdemokraten ist auf der Mülldeponie in Schönberg gelandet.

(Beifall bei der CDU - Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die CDU ist der Meinung, das reicht, Herr Kollege Hentschel.

(Heiterkeit - Beifall bei der CDU)

Die Kontrolle der Regierung ist eine zentrale Aufgabe des Parlaments. Die Fakten weisen aus, daß die Landesregierung mit ihren Pflichten der abfallpolitischen Rahmenplanung in unverantwortlicher Weise in Verzug ist.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Wortmeldung des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Glocke des Präsidenten)

- Es tut mir leid, ich habe keine Zeit mehr, sonst gern.

Es ist daher unser aller Aufgabe und Verantwortung, dafür zu sorgen, daß nicht aufgrund von

Regierungsversäumnissen

kostenträchtige

Fehlinvestitionen entstehen.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wo war denn die Vorsorge im Kreis Schleswig-Flensburg?)

Es ist weiter unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, daß nicht aufgrund von Regierungsversäumnissen erhebliche Müllmengen aus Schleswig-Holstein abwandern und infolgedessen eine Menge Arbeitsplätze vernichtet wird.

(Beifall bei der CDU)

Die CDU erwartet im Interesse der Bürger dieses Landes und im Interesse der Entsorgungssicherheit, daß die Landesregierung nunmehr unverzüglich ihren Pflichten nachkommt, diesem Land ein aktuelles Abfallwirtschaftsprogramm vorlegt und einen Abfallentsorgungsplan erstellt, der sowohl die Vorgaben der TA-Siedlungsabfall anerkennt und umsetzt als auch den neuen Erkenntnissen der Abfallbilanzen Rechnung trägt.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD, ein Wort zu Ihrem Antrag! Es ist schon bezeichnend, daß Ihnen trotz der vorliegenden Fakten nicht mehr einfällt, als den x-ten Berichts Antrag zu stellen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Die Umsetzung ist lange überfällig, und das Kooperationsgebot ist auch keine neue und schon gar keine Erfindung der SPD, die ist schon von der CDU im Jahre 1996 eingebracht worden.

(Beifall bei der CDU)

Aber im Interesse der Gemeinsamkeit: Ihr Antrag bringt uns zwar in der Sache nicht weiter, aber er schadet auch nicht.

(Heiterkeit - Beifall bei der CDU)

Er bringt möglicherweise ein wenig Klarheit darüber, wohin die abfallpolitische Reise nunmehr unter Minister Steenblock von den Grünen gehen soll.

Die CDU wird daher Ihrem Antrag zustimmen. Stimmen Sie auch dem CDU/F.D.P.-Antrag zu! Setzen wir so gemeinsam im Interesse der Bürger dieses

Landes ein deutliches Zeichen an die Landesregierung. Um Ihnen dieses zu erleichtern, beantragt die CDU abschnittsweise Abstimmung.

(Anhaltender Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Dr. Winking-Nikolay.

Dr. Adelheid Winking-Nikolay [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! „Freude über neuen Müll“ - so hieß es am 27. November in den „Kieler Nachrichten“ zum Thema Müllvertrag zwischen dem Kreis Schleswig-Flensburg und der Stadt Kiel.

Diese Schlagzeile sagt eigentlich alles. Ist es das, was das neue Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz bringen wird? Freude über mehr Müll - nicht etwa über weniger Müll? Frau Schwarz ließ es gerade anklingen: Wie können wir es zulassen, daß Müll abwandert?

(Unruhe - Roswitha Strauß [CDU]: Frau Strauß! - Konrad Nabel [SPD]: Schwarz ist sie, nur heißt sie Strauß!)

- Entschuldigung! Strauß, gut!

Über eine Vertragsdauer von 27 Jahren entläßt sich der **Kreis Schleswig-Flensburg** selbst aus der Verantwortung für seine verfehlte **Abfallpolitik**. Das ist bequem und billig für den Kreis Flensburg, aber es geht auf Kosten anderer.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Belastet werden die Bürgerinnen und Bürger in und um **Kiel** durch zusätzliche Abgase aus der **MVA**.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Hier hat man gegen den erbitterten Widerstand der Grünen mit der Weichenstellung für den Weiterbetrieb des dritten MVA-Kessels dafür gesorgt, daß bereits vorhandene **Überkapazitäten** noch um einige tausend Tonnen erhöht werden, und zwar von 40 000 t auf 110 000 t. Aber, wir haben ja gute Straßen. Genügend

Müll-Laster gibt es auch. Ein bißchen zusätzlicher Kraftstoff - na ja! -, irgendwie und irgendwoher wird die nötige Menge Dreck schon heranzukarren sein, notfalls auch aus Süddeutschland.

War es nicht dieselbe F.D.P., die erst kürzlich in diesem Hause vehement gegen LKW-Transporte gewettert hat? Glauben Sie, meine Damen und Herren von der F.D.P. eigentlich - entschuldigen Sie, es ist nur eine Dame da -, daß zwischen Flensburg und Kiel keine Menschen an den Straßen wohnen? So löst sich im wahrsten Sinne des Wortes eine zukunftsweisende Abfallpolitik in Luft oder besser in MVA-Abluft und LKW-Abgase auf. Das hat mit Kreislaufwirtschaft und Ressourcenschonung nicht das geringste zu tun

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

und widerspricht sowohl den Zielen unseres **Landesabfallgesetzes** als auch dem am 7. Oktober 1996 in Kraft getretenen **Kreislaufwirtschaftsgesetz**.

Natürlich ist es grundsätzlich sinnvoll, vorhandene Kapazitäten zu nutzen. Wenn aber gegen den Trend der abnehmenden Müllmengen völlig überdimensionierte MVA gebaut wurden, dann darf man die Fehler der Vergangenheit nicht durch Fehler in der Gegenwart und Zukunft heilen wollen. MVA-Kapazitäten dürfen nicht mehr erweitert werden - im Gegenteil: Sie müssen mittel- und langfristig deutlich reduziert werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Wir hatten gerade vor einigen Monaten ein Beispiel für derart konsequentes Vorgehen ebenfalls auf dem Müllsektor. Die Standortsuche für eine weitere Sondermülldeponie wurde eingestellt, da überflüssig und für Menschen und Umwelt völlig unnötig belastend. Auch hier sind über Jahre Gelder in die falsche Richtung geflossen, wenn auch in anderen Dimensionen als beim Bau von MVAs.

Inzwischen hat der Widerstand der Grünen gegen den dritten Kessel kräftige Unterstützung bekommen. Es dürfte jetzt wohl kaum noch gelingen, so wie unter Berufung auf das neue Kreislaufwirtschaftsgesetz bisher vorgesehen, die Nachrüstung des dritten Kessels ohne UVP, das heißt auch an der Öffentlichkeit vorbei, durchzuziehen - ganz abgesehen davon, daß er offenbar viel länger und vergleichsweise billiger zu konservieren wäre als bisher angegeben.

Das Glöckchen für den Abgesang der **MVA Kiel**, zumindest für den **dritten Kessel**, ist angeläutet. Ich denke, auch CDU und F.D.P. haben das längst begriffen. Aber natürlich wird die Partei der Besserverdienenden nicht den Interessen ihrer Klientel zuwider argumentieren, zumal es durchaus in ihrem Interesse liegt, daß wenige Konzerne den „Müllkuchen“ unter sich aufteilen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Leider fördert das Bundes-Kreislaufwirtschaftsgesetz dieses auch noch ausdrücklich. Der private Abfallmarkt würde dann das Geschehen noch stärker bestimmen als bisher schon. Was das für die Menschen und die Umwelt bedeuten kann, haben die Medien erst kürzlich aufgedeckt: „Giftmüllverschnitt durch den großen Ofen“ - und das alles für eine „schnelle Mark“ in den ohnehin schon sehr dicken Portemonnaies einiger weniger. Vorgeschoben wird von der F.D.P. - wie so oft - die Sorge um die Müllgebühren.

Frau Happach-Kasan, Sie glauben doch selbst nicht, daß, wenn erst einmal alles in privater Hand wäre, dieses **Entsorgungsmonopol** nicht schamlos zum Anheben der **Preise** ausgenutzt würde.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Einen Vorgeschmack haben wir doch gerade im **Kreis Lauenburg** bekommen: In dem einen Jahr nach Übergang vom kommunalen Abfallwirtschaftsverband zur GmbH stiegen die Müllgebühren bereits um 30 %.

(Klaus Schlie [CDU]: Was ist das für ein Quatsch, den Sie da erzählen!)

- Sie haben offenbar im Kreistag noch nie richtig zugehört!

(Bernd Schlie [CDU]: Im Gegensatz zu Ihnen sitze ich im Aufsichtsrat! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Der schon!)

- Das kann der gar nicht.

Wir hoffen, mit unseren politischen Partnern gemeinsam zukunftsweisendere Wege in der **Müllpolitik** gehen zu können. Wir nehmen die obersten Ziele der **Bundes- und Landesabfallgesetzgebung** ernst, vermeiden und verwerten in allen Schattierungen - angefangen vom Aussortieren beim Sperrmüll über

Recycling, Kompostierung bis hin zur Rohstoffrückgewinnung aus Baggergut.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die MBA-Modellprojekte des Umweltministeriums sind weitere Schritte in diese richtige Richtung.

Nun noch zum CDU-Anteil im gemeinsamen **Antrag!** Kollege Jacobs ist bereits darauf eingegangen. Aus dem Umweltministerium war zu erfahren, daß die Neufassung des Landesabfallwirtschaftsprogramms als Entwurf noch im ersten Quartal dieses Jahres in die Diskussion kommt. Das gleiche gilt für den Entwurf eines Abfallwirtschaftsplans für Siedlungsabfall.

Der Generalplan Abfallentsorgung von 1987 galt für alle Abfallarten, die Landesregierung regelt aber die einzelnen Abfallfraktionen in separaten Teilplänen gemäß § 8 Abs. 3 des Landesabfallwirtschaftsgesetzes von 1991.

Dieser Teil des nun gemeinsamen F.D.P./CDU-Antrages war daher - wie so oft bei CDU-Anträgen - überflüssig.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Entsprechend der Empfehlung des Umweltausschusses werden wir dem SPD-Antrag zustimmen, wenn wir uns auch mehr Mut in der Formulierung und etwas weniger Einknicken vor Kreisgenossen gewünscht hätten.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir erwarten einen ausführlichen Bericht der Landesregierung in der 12. Tagung des Landtages.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Dr. Happach-Kasan.

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Frau Strauß! Ich danke Ihnen ausdrücklich für Ihren Beitrag, der sich sehr wohltuend von der rot-grünen Märchenstunde abgehoben hat.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Ich finde es allemal besser, wenn im Landtag Politik für zwei Kreise gemacht wird, als wenn Politik gegen alle Kreise gemacht wird, wie Rot-Grün dies hier versucht.

(Lebhafter Beifall bei F.D.P. und CDU)

Frau Winking-Nikolay, Sie wissen, daß die Kapazitäten in der **MVA Stapelfeld** für die beiden Landkreise Stormarn und Lauenburg nicht ausreichen. Sie wissen sicherlich auch, daß das Umweltministerium den beiden Kreisen auferlegt hat, in jedem Falle aus ökologischen Gründen ihre Kapazitäten dort zu nutzen, statt auf billige Deponien auszuweichen.

Sie wissen im übrigen auch, daß sich die öffentliche Hand als nicht fähig erwiesen hat, die Höhe der Müllgebühren aufgabengerecht und sachgerecht zu regeln.

Ich darf noch einmal daran erinnern: In den Kreisen Stormarn und Lauenburg, Entsorgung in der MVA Stapelfeld, sind die Gebühren im Vergleich zu anderen Entsorgungsanlagen günstig. Erzählen Sie nicht immer Ihre Märchen!

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Und an Herrn Jacobs gerichtet: Es sind olle Kamellen, die Sie dort zur Müllverbrennungsanlage verkünden. Das ist mit der 17. BImSchV endgültig vorbei.

„Suche nach mehr Müll für die teure Deponie“ war die Überschrift in der „Segeberger Zeitung“ vor wenigen Tagen, und die SPD-Abgeordnete Anja Hille zog daraus die Konsequenz und trug dazu bei, den Beschluß zum Bau einer mechanisch-biologischen Anlage zu kassieren. Gratulation, kann man dazu nur sagen. Gratulation! Eine Kreispolitikerin der SPD übersieht die Lage; die SPD-Landtagsfraktion leider nicht.

„Wurde noch vor kurzer Zeit der Müllberg beschworen, so klagen Kommunen und Umweltpolitiker heute über den Müllmangel. Das Abfallproblem ist damit erkennbar gelöst, zumindest was die Schaffung ausreichender Kapazitäten für die Verwertung oder Beseitigung angeht.“

So Jürgen Walter, Mitglied des Hauptvorstandes der IG Chemie-Papier-Keramik in der „FAZ“ vom 18. Februar 1997! Das ist mit Sicherheit kein F.D.P.-Mitglied.

(Konrad Nabel [SPD]: Eine Lebenslüge, die Sie da vortragen!)

Das ist die Situation auch bei uns. Aber Rot-Grün beschließt, 5 Millionen DM in den **Bau von mechanisch-biologischen Anlagen** zu investieren. Sind Sie wirklich nicht in der Lage, die im November von der Landesregierung vorgelegten Zahlen zur Abfallwirtschaft zu lesen und auch zu begreifen? - Offensichtlich nicht!

(Beifall bei der F.D.P.)

Wir stehen vor der Situation, daß die zur **Vermeidung und Verwertung** eingeleiteten Maßnahmen besser funktioniert haben, als wir dies vorgesehen haben.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Als Sie das vorhergesehen haben!)

Der Rückgang der Restmüllmenge ist ein Erfolg der Politik. Dies sollte man durchaus einmal konstatieren.

(Konrad Nabel [SPD]: Unglaublich! Der Müll ist doch nicht weg! Er wird nur umdeklariert!)

- Entschuldigen Sie bitte! Das Kreislaufwirtschaftsgesetz gilt erst ab 7. Oktober! Der Rückgang der Mengen ist aber schon in 1994 und 1995 zu verzeichnen. Das kann nichts mit dem **Kreislaufwirtschaftsgesetz** zu tun haben.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Konrad Nabel [SPD]: Die Verpackungsverordnung!)

Die SPD liegt völlig falsch, wenn sie diesen Rückgang auf das Kreislaufwirtschaftsgesetz zurückführt. Dessen Wirksamkeit läßt sich zur Zeit noch gar nicht ablesen.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: So ist es!)

Wie kann man Überkapazitäten bei der Entsorgung feststellen und gleichzeitig den Bau von drei zusätzlichen MBA fordern? -

(Konrad Nabel [SPD]: Das verstehen Sie nicht!)

Um diesen Dilettantismus zu beenden, ist es notwendig, Grundlagen für eine zukuntorientierte Abfallpolitik zu schaffen. Instrumente dafür sind die Neufassung des **Landesabfallwirtschaftsprogramms** aus dem Jahr 1991 sowie die Fortschreibung des **Abfallwirtschaftsplans** aus dem Jahr 1987.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Beides ist überfällig. Frau Strauß hat dies hier ausführlich begründet.

Der SPD-Antrag dagegen ist eine überflüssige Beschäftigungstherapie für das Ministerium. Er ist nichts weiter als Ausdruck von Hilflosigkeit. Es ist schon beschämend, wenn ein von einem Grünen geführtes Umweltministerium der Schläfrigkeit überführt wird. Die Vereinigung der IHK hat dies mit ihrer Ausarbeitung „Zustand und Perspektive der Abfallentsorgung“ getan. Anspruch und Wirklichkeit klaffen bei Rot-Grün weit, weit auseinander.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Die Herausforderungen an die Abfallpolitik sind heute andere als zu Beginn der letzten Legislaturperiode.

Wir müssen den ökologisch und ökonomisch sinnvollen **Mengenausgleich des Restmülls** zwischen den **Kreisen** organisieren. Dazu wäre eine Organisationshilfe durch das Land wünschenswert. Die Verantwortung liegt bei den Kreisen. Transportwege sollten minimiert werden. Eine Zusammenarbeit mit Nachbarkreisen, auch wenn sie nicht in Schleswig-Holstein liegen, muß möglich sein.

(Konrad Nabel [SPD]: Schönberg!)

- Ich denke, wir haben ein bißchen mehr Ahnung von der Abfallwirtschaft. Ich weiß daher, daß etwa der Kreis Herzogtum Lauenburg mit dem Kreis Grevesmühlen und dem Kreis Hagenow im Bereich der Bioabfallverwertung zusammenarbeitet. Ich halte dies für eine sinnvolle Zusammenarbeit, Herr Nabel. Vielleicht informieren Sie sich einmal.

(Beifall bei der CDU)

Wir müssen sicherstellen, daß 2005, wenn die Nutzung der Deponien ausläuft, genügend **Verbrennungskapazität** vorhanden ist. Dies ist zur Zeit nicht der Fall. Nur ein Drittel der Restmüllmenge wird verbrannt. Ich empfehle Ihnen, einmal bei Herrn

Walter nachzulesen oder mit ihm ein Gespräch zu führen. Sie könnten eine Menge von ihm lernen.

Die **Gebühren** müssen für Bürger und Betriebe in einem vertretbaren Rahmen bleiben. Dies ist bei uns zum Teil zur Zeit nur in einigen Kreisen gewährleistet, nicht in allen.

All dies bedeutet, daß wir eine **Kooperation der Kreise** brauchen. Aber: Eine echte Kooperation wird nur durchführbar sein, wenn die rot-grüne Abfallpolitik des Landes die kommunalen Körperschaften nicht daran hindert, ihren Pflichten bei der Entsorgung des Restmülls gemäß den Anforderungen der TASI nachzukommen. Warum soll ein Kreis, der sich in Anerkennung der Rechtslage gegen den Bau einer mechanisch-biologischen Anlage entschieden hat, seine Bürger mit Gebühren zu belasten, um den Bau einer mechanisch-biologischen Anlage im Nachbarkreis zu finanzieren? Das kann kein Kreispolitiker verantworten.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie fordern Mülltourismus!)

Was wir eindeutig nicht brauchen, sind mechanisch-biologische Anlagen. Die Kommunalpolitiker von Rot und Grün haben dies im übrigen erkannt. Nicht nur in Segeberg - ich habe Frau Hille zitiert -, auch in Stormarn sind unter Führung des Ausschußvorsitzenden von den Grünen, Herrn Neerfeld, entsprechende Entscheidungen gefallen.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Hört, hört!)

Ich fände es wünschenswert, wenn sich die Landtagsfraktion wenigstens auf das Niveau ihrer Kreispolitiker begäbe und deren Erkenntnisse nachvollzöge.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Wir brauchen keine zusätzlichen Entsorgungskapazitäten, die nach 2005 nicht mehr genutzt werden dürfen. Wir können uns dies schon allein aufgrund der Kostenstruktur nicht leisten.

Wir wissen, daß die bestehenden Pilotanlagen die ökologischen Kriterien nicht erfüllen. Sie sind ökonomisch nicht vertretbar.

(Beifall bei der F.D.P. - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Woher wissen Sie das?)

Das 130seitige, von der Landesregierung in Auftrag gegebene Gutachten belegt die von seiten der Opposition mehrfach geäußerten rechtlichen Bedenken.

(Konrad Nabel [SPD]: Nicht einmal lesen können Sie!)

Unter Nummer 14 der Zusammenfassung heißt es - ich zitiere -:

„Würde das Land bei der Novellierung des Abfallentsorgungsplans Regelungen erlassen, die gegen verbindliche Vorgaben der TA-Siedlungsabfall verstoßen, so könnten ihm Amtshaftungsansprüche drohen, falls die entsorgungspflichtigen Körperschaften oder sonstige Dritte im Vertrauen auf die Wirksamkeit der Regelungen des Abfallentsorgungsplans Aufwendungen für Vorhaben tätigen, die sich später wegen einer auf dem Verstoß gegen die Regelungen der TA-Siedlungsabfall beruhenden Gültigkeit des Abfallentsorgungsplans als nicht realisierbar erweisen.“

Ich bin gern bereit, Ihnen das Juristendeutsch zu übersetzen. Kurzgefaßt heißt es: Das Land haftet für Fehlinvestitionen, wenn diese aufgrund von Bestimmungen des Abfallentsorgungsplans erfolgt sind, die der TASI widersprechen.

Ich empfehle Rot-Grün, sich jetzt von ihrem MBA-Beschluß zu verabschieden. Dann bleiben die Umfallervorwürfe der Opposition im nächsten Landtagswahlkampf relativ wirkungslos.

Ich erwarte im übrigen, daß der Finanzminister die 5 Millionen DM für mechanisch-biologische Anlagen im verantwortungsvollen Haushaltsvollzug als globale Minderausgabe verbuchen wird.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Wer aus der Kommunalpolitik kommt, weiß, daß das Thema

Müll ein Dauerthema ist. Auch auf Landesebene beschäftigt uns die **Müllproblematik** seit langem. Es gab die Auseinandersetzungen um die Deponie in Harrislee, um die GARA in Flensburg und auch um die Müllverbrennungsanlage in Kiel.

Die Verantwortung der Abfallentsorgung liegt bei den Kreisen und Städten. Auch das ist schon gesagt worden. Die bisherigen Probleme zeigen, daß eine verstärkte **Koordinierung** der Abfallpolitik zwischen **Land** und **Kommunen** dringend erforderlich ist.

(Beifall des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Es kann nicht so weitergehen, daß sich die Kreise und Gemeinden des Landes gegenseitig beschuldigen, sich an einer Müllschlacht zu beteiligen.

Die immer geringer werdenden Restmüllmengen - man kann natürlich darüber diskutieren, wie solche Mengen entstehen - machen es notwendig, längerfristig das bisherige **Abfallwirtschaftsprogramm** des Landes zu überdenken und an diese Entwicklung anzupassen. Wir befinden uns in der paradoxen Situation, daß den Müllanlagen zunehmend der Müll fehlt. Zugleich steigen die Müllgebühren. Das ist für die Bürger unverständlich und schwer zu vermitteln.

Der Kampf um den Müll wird sich in Zukunft durch das neue Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz wahrscheinlich verstärken, nicht zuletzt, weil der Abfallmarkt für private Unternehmen weiter geöffnet wird. Diese Entwicklung halten wir für bedenklich. Müll kann nicht einfach als Handelsware betrachtet werden. Dazu sind die ökologischen Konsequenzen von **Mülltransporten** und der Abfallentsorgung zu schwerwiegend. Ich weiß, daß ich hier in diesem Hause für die Räumung der Harrislee Deponie gesprochen habe - nicht, weil ich das für eine im ökologischen Sinne berauschende Aktion halte, sondern weil das der Gemeinde versprochen war.

Der SSW ist dagegen, den Abfallproblemen des Landes mit einem weiteren Ausbau der **Müllverbrennungsanlagen** im Land zu begegnen, so wie es in Kiel mit dem dritten Kessel geplant ist. Zuviel Geld ist schon durch Fehlinvestitionen in überdimensionierte Müllverbrennungsanlagen verschwendet worden. Die neuesten Zahlen aus dem Abfallbereich lassen vermuten, daß die jetzigen Deponie- und Müllverbrennungskapazitäten des Landes auf längere Sicht ausreichend sind.

Außerdem sind vor allem die rechtlichen Fragen des Vertrages zwischen der **Müllverbrennungsanlage Kiel** und dem Landkreis Schleswig-Flensburg überhaupt noch nicht geklärt. Wie Sie wissen, hat die Stadt Flensburg angekündigt, den Landkreis wegen Vertragsbruches zu verklagen.

(Zuruf: Hat sie schon getan!)

Auch die Evangelische Kirche überlegt eine Klage wegen der möglichen Erweiterung der Müllverbrennungsanlage Kiel. Die immer geringer werdenden Restmüllmengen sollten wir aber keinesfalls nur als problematisch bewerten. Die Bürger haben gelernt, Müll zu vermeiden und Müll zu sortieren. Das ist ja etwas Positives. Dieser Weg muß konsequent weiter beschritten werden. Es gibt noch weitere Müllvermeidungspotentiale.

Die weitere Entwicklung läßt sich aber nur schwer voraussagen. Besonders die Auswirkungen des genannten Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes sind ein Unsicherheitsfaktor. Hinzu kommt, daß die von der Landesregierung geplanten mechanisch-biologischen Abfallanlagen im Verhältnis zur **TA-Siedlungsabfall** rechtlich problematisch sind. Auch deshalb ist die GARA in Flensburg für den SSW noch keine Totgeburt. Das Konzept ist unserer Meinung nach ökologisch sinnvoll. Ob es auch ökonomisch sinnvoll ist, wird sich erst zeigen, wenn wir einen besseren Überblick über die Situation haben.

Wir vertreten die Auffassung, daß sich die Landesregierung und der Landtag erst einmal einen besseren Überblick über die Weiterentwicklung der Abfallwirtschaft in Schleswig-Holstein verschaffen sollten, bevor dann eine Neufassung des Landesabfallwirtschaftsprogramms und des Abfallentsorgungsplanes ausgearbeitet wird.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Nach § 56 Abs. 4 GO erteile ich der Frau Abgeordneten Tengler das Wort.

Frauke Tengler [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auf die Gefahr hin, daß mir Kirchturmpolitik vorgeworfen wird, möchte ich doch einiges sagen.

(Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

- Herr Nabel, Sie wissen in etwa, was kommt. - Frau Winking-Nikolay, zunächst eine Frage an Sie: Wann und mit wem aus dem **Kreis Schleswig-Flensburg** haben Sie sich konkret zur Abfallsituation in diesem Kreis unterhalten?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.] und Ursula Röper [CDU]: Gar nicht!)

Es kann hier einfach nicht so stehenbleiben, daß der Kreis Schleswig-Flensburg ständig von Unwissenden geprügelt wird.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Mit Recht! - Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

- Auch Sie wissen relativ wenig darüber.

(Konrad Nabel [SPD]: Er hat in allen anderen Kreisen entsorgt! Jahrelang!)

- Herr Nabel, ich bin ja bereit, Ihnen das zu erklären; aber jetzt hören Sie erst einmal zu!

(Beifall bei der CDU)

Der Kreis Schleswig-Flensburg hat massiv unter dieser Landespolitik gelitten. Und ob Sie es glauben oder nicht: Anke Spoorendonk nickt dazu!

(Konrad Nabel [SPD]: In jeder Müllanlage Schleswig-Flensburger Müll!)

Es paßt so gut ins Vorurteil. Offenbar hat Herr Heydemann an die Besserverdienenden gedacht und gemeint, die Besserverdienenden lebten im Kreis Schleswig-Flensburg. Sonst hätte er ihm nicht durch seine Entscheidung diese horrenden Gebühren zugemutet.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Zwölf Jahre lang hat dieser Kreis nach einer Deponie gesucht. Ständig sind seine Interessen, seine Anstrengungen konterkariert worden, und zwar durch Ihr Klientel, Frau Winking-Nikolay, und durch die widersprüchlichen Vorgaben der Landesregierung.

(Beifall bei der CDU)

Jetzt sind Sie kurz davor, ähnliche Fehler zu machen, wie sie Herr Heydemann gemacht hat. Heydemann hat uns Harrislee zugemutet - Herr Nabel, hören Sie ruhig einmal zu -, weil er gesagt hat: Ihr dürft nicht mehr in die anderen Kreise entsorgen. Diese anderen Kreise wären jetzt dankbar, hätten sie nur unseren Müll.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]

Jetzt ist diese Landesregierung wieder dabei, eine sinnvolle Kooperation, nämlich die zwischen dem Kreis Schleswig-Flensburg und Kiel, zu zerstören,

(Anke Spoorendonk [SSW]: Da bin ich nun anderer Meinung!)

und zwar wieder wegen ideologischer Traumtänzeri.

(Beifall bei der CDU)

Es geht auch um die Kieler Gebührenzahler, und es geht auch um die Gebührenzahler, die der Kirche angehören. Auch Gottes Kinder sind Gebührenzahler. Tun Sie nicht ständig so, als wüßten Sie alles besser. Kommen Sie bitte zurück auf den Teppich, damit wir vernünftige **Abfallwirtschaftspolitik** für den Gebührenzahler, für den Bürger und für die Umwelt machen können.

(Beifall bei der CDU)

Herr Nabel, Herr Hentschel, Frau Winking-Nikolay, ich lade Sie sehr herzlich in den Kreis Schleswig-Flensburg ein, damit Sie dort mit Ihren Genossen und mit uns über dieses Problem reden können.

(Konrad Nabel [SPD]: Kein Problem!)

Es würde viel besser zu Ihnen passen, wenn Sie endlich ein wenig wüßten, wovon Sie reden.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Herr Minister Steenblock.

Rainer Steenblock, Minister für Umwelt, Natur und Forsten:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich würde mich freuen, wenn wir uns an dieser

Stelle über das streiten könnten, bei dem wir wirklich Differenzen haben. An manchen Stellen denken wir ja auch in eine sehr ähnliche Richtung. In der Frage der **Abfallpolitik** haben wir natürlich auch aufgrund der aktuellen Entwicklung Probleme in allen Kreisen, für die die in diesem Hohen Hause vertretenen Fraktionen, wenn auch in unterschiedlicher Formation, Verantwortung tragen. Wenn Sie einmal auf die Kreisebene zurückkommen und nicht immer die polarisierenden Beispiele darstellen, dann werden Sie sehen, daß wir hier ein gemeinsames Problem haben. Die Lösungsansätze werden in vielfältiger Weise nur gemeinsam zu finden sein. Ich sehe aber auch viel mehr Gemeinsamkeit, als diese Debatte bisher deutlich gemacht hat.

Aber es gibt natürlich auch eine Reihe von Trennendem. Eine Sache möchte ich voranstellen, und zwar wegen der Dimension dieser Debatte. Das wird ja nicht die einzige abfallpolitische Debatte in diesem Jahr sein, sondern wir werden bis zum Sommer sicherlich eine ganze Reihe von Diskussionen führen, weil die Lösung dieses Problems drängt und zu Recht angemahnt wird. Sie muß nämlich bis zum Sommer vollzogen sein. Deshalb ist es völlig unsinnig, hier Pappkameraden aufzubauen, auf die dann eingeschlagen wird. Sie wissen alle, daß der **Abfallentsorgungsplan** und das **Abfallwirtschaftsprogramm** von der Regierung, vom Umweltministerium, sorgfältig vorbereitet werden, so daß wir uns nicht wieder aufgrund von Datenlagen, die unseriös sind, in Entwicklungen begeben, die wir politisch nicht verantworten können.

Frau Strauß, wenn Sie sich hier hinstellen und, ähnlich wie Herr Hennig bei der Haushaltsrede, auf das zentrale Problem der Arbeitslosigkeit überhaupt nicht eingehen,

(Roswitha Strauß [CDU]: Doch! - Klaus Schlie [CDU]: Entsorgen Sie erst einmal den Abfall! - Weitere Zurufe von der CDU)

wenn Sie hier eine Rede halten, in der Sie auf das zentrale Problem der Abfallwirtschaft, das wir zur Zeit haben, nicht eingehen, wenn in Ihrer Rede das Wort Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz kein einziges Mal vorkommt, so zeigt dies, daß die fachliche Qualität Ihres Beitrages in einem deutlich umgekehrt proportionalen Verhältnis zu seiner billigen Polemik steht.

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Herr Minister Steenblock, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Hennig?

Rainer Steenblock, Minister für Umwelt, Natur und Forsten:

Ja, wenn sie kurz und präzise ist.

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Bitte sehr!

Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Sie ist sehr präzise, und ich bitte Sie, sie mit ja oder nein zu beantworten. Herr Stellvertretender Ministerpräsident, sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, daß in meiner Haushaltsrede das Kapitel Arbeitslosigkeit und ihre Bekämpfung an vier Stellen im Mittelpunkt gestanden hat, so daß Sie solche Unwahrheiten der Ministerpräsidentin nicht wiederholen sollten?

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Rainer Steenblock, Minister für Umwelt, Natur und Forsten:

Ich bin bereit, Ihre Ausführungen zur Kenntnis zu nehmen, aber ich stimme dem nicht zu. Ich habe das anders erlebt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Herlich Marie Todsens [CDU]: Dann haben Sie nicht zugehört!)

Es gibt einen deutlichen Unterschied zwischen Nebensätzen und Hauptargumenten.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie leben doch im Küstennebel, Herr Steenblock!)

Lassen Sie uns doch einmal zu den Problemen kommen, um die es heute geht. Zentrale Aufgabe der **Abfallwirtschaft** muß es in Zukunft sein, sich zu einer **Stoffwirtschaft** zu entwickeln. Dies ist in den Beiträgen der Opposition überhaupt nicht angesprochen worden. Wir müssen von einer reinen Abfallverwertung weg und zu einer Stoffwirtschaft kommen, die sich dem

Problem der Stoffkreisläufe und damit der Vermeidung von Abfall tatsächlich zuwendet.

(Herlich Marie Todsens [CDU]: Das wissen wir! Tun Sie es endlich!)

In diese Richtung haben Sie überhaupt noch nicht nachgedacht.

Die Abfallpolitik der vergangenen Jahre hat Erfolge im Entsorgungsbereich gezeigt. Die **Gesamtmenge der Abfälle** ist zurückgegangen. Das ist eine erfreuliche Tendenz. Diese Tendenz geht auf abfallpolitische Strukturen zurück, die erzeugt worden sind, weil d i e s e Seite des Hohen Hauses das wollte, und nicht, weil j e n e Seite das wollte.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Der erfreuliche Rückgang der zu beseitigenden Abfallmengen, der insbesondere bei den Abfällen aus dem Gewerbe zu verzeichnen ist, hat natürlich auch - ich sage es jetzt einmal in Anführungsstrichen - „negative“ Auswirkungen. Er trifft die kommunalen Entsorgungsträger in finanzieller Hinsicht besonders hart.

(Hans Siebke [CDU]: Nein, den Bürger!)

Denn dadurch sind auf der einen Seite vorhandene Entsorgungsanlagen nicht mehr ausgelastet, und auf der anderen Seite sind oder waren hohe Investitionen zu tätigen, um die rechtlichen Voraussetzungen der **Technischen Anleitung Siedlungsabfall** zu erfüllen. Somit steigen natürlich die Entsorgungskosten pro Tonne Abfall. Das hat auch etwas mit den völlig unsinnigen Vorgaben in der TASI zu tun.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Sie wissen ganz gut, daß Sie die Verantwortung dafür tragen. Ich gebe Ihnen Brief und Siegel, daß diese Technische Anleitung Siedlungsabfall im Jahre 2005 auf dem Müllhaufen der Geschichte gelandet sein wird,

(Lebhafter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Zurufe von CDU und F.D.P)

und es wäre gut, diese Technische Anleitung schon heute mit Abfallgebühren zu belasten.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ein solches Zeug ist unglaublich! - Weitere Zurufe von der CDU - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Herr Minister, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage?

Rainer Steenblock, Minister für Umwelt, Natur und Forsten:

Nein, ich gestatte jetzt keine Zwischenfragen mehr. Sie können sich gern wieder hinsetzen, Herr Kollege.

(Hans Siebke [CDU]: Feigling! - Anhaltende Zurufe von CDU und F.D.P.)

- Ich freue mich, daß ich etwas für Ihren Adrenalinspiegel tun kann.

(Zurufe)

Ich möchte gern jetzt, damit Sie sich noch einmal aufregen können, etwas zum Thema Abfallgebühren und zu der populistischen Behandlung dieses Themas sagen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ach Gott!)

Also!

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ja?)

Es wird ja in den Zeitungen häufig gesagt, daß die Bürgerinnen und Bürger durch höhere **Müllgebühren** jetzt auch noch dafür bestraft werden, daß sie Abfall vermeiden und getrennt Abfall sammeln.

(Zuruf des Abgeordneten Klaus Schlie [CDU] - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Nieder mit der Vermeidung! - Anhaltende Zurufe - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Ich halte diese Darstellung für populistisch und die Realität verzerrend.

(Anhaltende Zurufe - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Meine Damen und Herren, der Minister hat wirklich das Wort. Ihm allein ist es zugeteilt worden.

(Anhaltende Zurufe)

Rainer Steenblock, Minister für Umwelt, Natur und Forsten:

Es wäre sehr schön, Herr Präsident, wenn man am Ende dieser Debatte in einen diskursiven Prozeß eintreten könnte, - -

(Zurufe von der CDU)

- Ja, ich sage das noch einmal deutlich, auch wenn Sie sich noch so aufregen.

Der starke Anstieg der Entsorgungskosten hat sich im wesentlichen durch die völlige **Umstrukturierung** unseres **Abfallentsorgungssystems** ergeben, so sehr ich diese Umstrukturierung für notwendig erachte. Eine Entsorgungsstrategie mit weitgehender Abfallverwertung und stark erhöhtem technischen Standard der Beseitigungsanlagen reduziert die Schäden aus der Abfallentsorgung für Mensch und Umwelt. Das haben wir immer gefordert; das ist entwickelt worden, weil sich das alte System, das Sie im wesentlichen zu verantworten haben, für die Zukunft als untragbar erwiesen hat.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Klaus Schlie [CDU]: Ach was!)

Wir müssen heute akzeptieren, daß eine Abfallwirtschaft, die die Ressourcen schont und Mensch und Umwelt vor Schäden bewahren soll, nicht zum Nulltarif zu haben ist. Die Sanierung von Altlasten und Altstandorten verschlingt heute Millionenbeträge, die eigentlich früher den Müllgebühren hätten schon angelastet werden müssen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Problem ist doch, daß wir früher viel zu geringe Müllgebühren hatten,

(Konrad Nabel [SPD]: So ist es!)

und die **ökologischen Folgekosten**, die wir heute über die Haushalte abdecken müssen, hätten schon früher in die **Müllgebühren** hineingehört.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD -

Zuruf der Abgeordneten Roswitha Strauß
[CDU])

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Es gibt dabei Möglichkeiten zur Kostensenkung.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Die von Ihnen schon häufig angesprochene mechanisch-
biologische Behandlungsanlage ist eine Möglichkeit der
Kostensenkung,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN und SPD - Zuruf von der
CDU: Ach was! - Lebhaftes Zurufe)

weil sie flexibel ist - -

(Zurufe)

- Ja ja! Sie ist tatsächlich flexibler und billiger und
kann auf die Abfallmengen, deren Entwicklung heute
überhaupt niemand voraussagen kann, viel besser
angepaßt eingehen, weil die Investitionskosten dieser
Anlagen sehr viel geringer sind.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Und nun noch zu einem anderen Problem, liebe
Kolleginnen und Kollegen auf der rechten Seite dieses
Hohen Hauses. Sie haben heute angemahnt, daß das
Land vernünftige Zahlen vorlegen soll. Sie kennen die
Zahlen doch. Sie wissen, daß wir auch im Jahre 2000
noch eine Lücke haben zwischen den Anlagen, die wir
heute haben, - -

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Sie haben
doch gerade gesagt, es weiß keiner, wie
es weiter geht! Vor einer Minute!)

- Hören Sie doch einmal zu, Herr Hennig; es wird
insgesamt Ihrem Bildungsstand sicherlich guttun, wenn
Sie sich einmal diesen Teil anhören.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN und SPD - Zurufe von der
CDU: Oh! - Dr. Ottfried Hennig [CDU]:
Bildungsstand, so was Dümmlisches! -
Zuruf der Abgeordneten Herlich Marie
Todsén [CDU] - Glocke des Präsidenten)

- Ja, ich bin ein pädagogischer Optimist und glaube
schon, daß man aus Argumenten lernen kann.

Sie wissen ganz genau, daß wir in diesem Lande zur
Zeit noch eine Differenz zwischen den Mengen an zu
entsorgenden Abfällen und den Anlagenkapazitäten
haben.

(Klaus Schlie [CDU]: Wir erwarten, daß
Sie sagen, was die Regierung leistet!)

Trotz der zurückgehenden Mengen gibt es das. Und
das, was wir vorschlagen, ist, diese Differenz dadurch
zu decken, daß wir kostengünstige **mechanisch-
biologische Anlagen** andenken.

(Konrad Nabel [SPD]: Sehr gut!)

Sie wollen teure Müllverbrennungsanlagen hier in
diesem Lande installieren, oder - als Alternative - Sie
wollen den Müll quer durch Europa karren. Das ist eine
Alternative, die wir nicht mitmachen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN und SPD - Lebhaftes Zurufe
von CDU und F.D.P. - Klaus Schlie
[CDU]: Glauben Sie, daß die
Müllentsorgung in Schleswig-Holstein so
funktioniert?)

- Ich weiß, daß Sie nicht gut rechnen können, aber wir
werden Ihnen an dieser Stelle auch noch
Nachhilfeunterricht geben. Das ist nicht das Problem.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN - Dr. Ottfried Hennig [CDU]:
Arrogant bis zum Geht-nicht-mehr! -
Weitere Zurufe)

Und nun zum Abschluß noch ein Problem, das ich für
das wichtigere halte.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ottfried
Hennig [CDU])

Wir sind uns, glaube ich, relativ einig, daß wir mit der
Struktur, wie wir heute in diesem Lande die
Abfallwirtschaft organisiert haben, die Probleme des
nächsten Jahrtausends nicht lösen können, sondern daß
wie eine neue **Struktur der Abfallwirtschaft**, der
Organisation und Planung brauchen.

(Klaus Schlie [CDU]: Ganz neu! - Zuruf der Abgeordneten Herlich Marie Todsden [CDU])

Ich bin überzeugt und habe mich von Anfang meiner Regierungsmitgliedschaft an dafür ausgesprochen, daß wir eine **kreisübergreifende Zusammenarbeit** brauchen.

(Klaus Schlie [CDU]: Wirklich neu!)

Ich habe sehr viele Gespräche mit den Landkreisen geführt, mit der IHK, mit den Unternehmensverbänden und vielen anderen. Wir werden in dieser Frage natürlich vorankommen müssen. Aber ich warte gern auch noch - nicht in dem was ich tue, aber in meiner Meinungsbildung - auf Anträge, die aus den CDU-Kreistagsfraktionen kommen, was das Aufgeben von Kreiskompetenzen an dieser Stelle angeht. Ich bin sehr dafür, daß wir an dieser Stelle zusammen einen Schritt weiterkommen. Aber Sie wissen ganz genau, daß wir dazu die Beschlüsse der Kreistage brauchen.

Ich möchte das gern initiieren. Ich möchte es nicht mit öffentlichem Theaterdonner initiieren, sondern ich spreche mit den zuständigen Gremien in den Kreisen,

(Holger Astrup [SPD]: Sehr gut!)

mit den Zusammenschlüssen der Kommunen, der Städte, der kreisfreien Städte und Kreise im Lande. Diese Gespräche verlaufen sehr konstruktiv. Da kann ich Ihnen nur Mut machen, sich einzuklinken. Ich bin sehr dafür, daß wir ein **landesweites Abfallmanagement** in diesem Lande initiieren, und zwar schon in diesem Jahr,

(Klaus Schlie [CDU]: Haben wir schon längst gefordert!)

völlig unabhängig von den Zuständigkeiten für die Anlagen. Ich glaube, daß wir in der Frage der Struktur von Abfallpolitik in diesem Lande gemeinsam etwas erreichen können.

Und nun noch ein Wort zu den Problemen, die wir haben. Das sag ich ehrlich: Wir haben Probleme, abzuschätzen, welche Mengen wir in Zukunft in den kommunalen Anlagen zu entsorgen haben.

(Glocke des Präsidenten)

Wenn Sie heute einfordern, daß wir diese Mengen genau bestimmen, zeigt das, wie wenig Ahnung Sie von der Sache haben.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das ist wiederum sehr arrogant!)

Das **Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz**, Frau Tengler, differenziert zwischen Abfällen zur Beseitigung und Abfällen zur Verwertung.

(Herlich Marie Todsden [CDU]: Bravo! - Weitere Zurufe)

Heute weiß noch keiner - Herr Kayenburg kann mir das bestätigen, weil ich mit ihm zusammen ja mit den Unternehmern darüber geredet habe -, in welche Kategorie eigentlich eine ganze Menge von Stoffen tatsächlich gekommen ist, weil sich der Bund bei der Festschreibung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes aus dieser Frage völlig herausgehalten hat. Es existiert in dieser Republik eine heillose Verwirrung, welche Abfälle denn wie entsorgt werden müssen, weil der Bund seinen Anforderungen die an ihn gestellt werden müssen, überhaupt nicht nachgekommen ist.

(Glocke des Präsidenten - Lebhaftes Zurufe)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Herr Minister Steenblock, einen kleinen Moment bitte! Sie haben Ihre Redezeit bereits zwei Minuten überzogen. Ich bitte wirklich, zum Abschluß zu kommen.

Rainer Steenblock, Minister für Umwelt, Natur und Forsten:

Ich sage jetzt einen letzten Satz dazu. Ich bitte um Ihre Unterstützung - weil Schleswig-Holstein hier eine sehr einsame Position innehat - in der Länderarbeitsgemeinschaft - -

(Lachen bei der CDU)

- Ja, wir haben leider nur die Industrie und das Gewerbe in Schleswig-Holstein hinter uns. Das ist für Sie anscheinend kein besonders wichtiger Bündnispartner. Für mich ist er es allerdings.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Widerspruch bei CDU und F.D.P.)

Für mich ist das ein wichtiger Bündnispartner an dieser Stelle. Sie schert das, was die relevanten Gruppen in

diesem Lande sagen, nicht. Sie wollen hier eine billige Polemikshow abziehen. Ich bin an der Lösung des Problems interessiert.

(Holger Astrup [SPD]: Sehr gut!)

Ich habe ein Interesse daran, daß möglichst viele Abfälle als Stoffe zur Verwertung definiert werden. Viele andere Länder, gerade auch CDU-regierte Länder, haben ein Interesse daran, in diesem Verfahren möglichst viele Stoffe als Stoffe zur Beseitigung zu definieren, um ihre kommunalen Anlagen vollzukriegen. Das zeigt den Rückschritt, den wir bei dieser Debatte tun.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Widerspruch bei CDU und F.D.P.)

Unterstützen Sie das Land Schleswig-Holstein in dieser wichtigen Frage!

(Lebhafter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Da sieht man, wie primitiv die Genossen sind, daß sie da Beifall klatschen!)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Dr. Happach-Kasan.

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister, auch meine pädagogische Geduld ist natürlich am Ende, wenn ich feststelle, daß Sie sich nicht mit den Argumenten der rechten Seite dieses Hohen Hauses auseinandersetzen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Zuruf des Abgeordneten Gerhard Poppendiecker [SPD])

Sie fordern zwar Diskurs ein, aber Sie setzen sich mit unseren Argumenten in keiner Weise auseinander.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Wir haben deutlich gemacht, daß wir mangelnde Behandlungskapazitäten haben. Sie bestätigen dies sogar.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein, das haben Sie nicht deutlich gemacht!)

- Doch, das haben wir sehr deutlich gemacht. Ich habe deutlich gesagt, daß nur ein Drittel des Restmülls in den **thermischen Behandlungsanlagen** behandelt wird. Das heißt, zwei Drittel gehen auf **Deponien**, und das ist zuviel. Und auch der Minister hat dieses bestätigt.

(Minister Rainer Steenblock: Nein!)

- Doch, Sie haben gesagt, daß wir einen Mangel an Behandlungsanlagen haben, Herr Minister. Wir werden das im Protokoll nachlesen können.

(Zuruf von Minister Rainer Steenblock)

Dann müssen wir den Rest behandeln.

Sie setzen jetzt auf eine **mechanisch-biologische Anlage**, obwohl das von Ihnen bestellte Gutachten deutlich macht, daß dies rechtlich der falsche Weg ist.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Warum muß der Steuerbürger dieses Landes ewig Gutachten finanzieren, wenn Sie daraus nicht die Konsequenzen ziehen, die Ihnen diese Gutachten sagen?

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Sie fordern eine **Stoffwirtschaft**. In diesem Punkt stimme ich mit Ihnen völlig überein. Wir brauchen eine Stoffwirtschaft. Genau dies ist es, was das Kreislaufwirtschaftsgesetz des Bundes fordert. Mit der stärkeren Produkthaftung, mit der stärkeren Haftung des Abfallerzeugers geht dieses Kreislaufwirtschaftsgesetz einen guten Weg. Wir unterstützen dies und fordern das Land auf, das ebenfalls zu tun.

Sie fordern immer wieder die **Kooperation der Kreise** ein. Das ist in Ordnung. Nur, die funktioniert nicht! Wenn Sie die Kreise so, wie Heydemann es probiert hat, entgegen den Bestimmungen des Bundes leiten wollen, machen die Kreise nicht mit. Das führt zu einer Polarisierung in den Kreisen, die uns nicht weiterhilft. Darüber müssen wir hinweg.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Das können wir aber nur, wenn wir anerkennen, was es auf der Bundesebene gibt. Sie können uns nicht immer wieder sagen, wir sollen die **Landesgesetze**, die Sie beschließen, anerkennen. Das tun wir. In gleicher Weise müssen Sie aber die **Vorgaben des Bundes**, die rechtskräftig sind, auch anerkennen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Sonst können wir die Abfallwirtschaft nicht auf einen guten Weg bringen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat der Abgeordnete Hentschel.

(Zuruf von der CDU: Das reißt es auch nicht mehr raus!)

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich erinnere mich noch gut an die Zeit, als dem hessischen Umweltminister Joschka Fischer vorgeworfen worden ist, er produziere den Müllnotstand, weil er nicht für genügend Entsorgungskapazitäten Sorge. Wir haben von Anfang an immer auf Wiederverwertung, auf Mülleinsparen, auf Recycling gesetzt und gesagt, wir müssen in diese Richtung arbeiten, während andere teure, riesige **Deponien** gebaut haben, die sich jetzt als **Überkapazitäten** herausstellen und den Bürgern überhohe Kosten aufbürden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bin deswegen stolz darauf, daß wir einiges Unsinnige, was gebaut werden sollte, verhindert haben.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Was denn?)

Zum zweiten: Wir haben - das wissen wir doch - die Situation, daß wir zu einer geregelten Verwertung kommen und uns darauf einstellen müssen. Da die Sache Kreissache ist - Müllentsorgung ist Kreissache -, bedarf es eines gemeinsamen Vorgehens der **Kreise** und des **Landes**, einer **Kooperation**. Diese Kooperation bedeutet, daß wir an dem Punkt zusammenarbeiten müssen; das hat der Umweltminister deutlich gesagt. Deswegen fordert er die Kreise auf, sich dazu zu bekennen, weil dies ein gemeinsames

Interesse ist. Ich wünsche mir, daß das zustande kommt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das machen die doch schon längst! - Klaus Schlie [CDU]: Das ist doch Praxis und keine neue Erfindung von Herrn Steenblock!)

Zum dritten: Herr Kayenburg, wir haben die Situation, daß per Bundesregelung über die **TASi** versucht worden ist, ein bestimmtes technisches Verfahren, das von den Entsorgungskosten her das teuerste ist, als für die ganze Republik verbindlich vorzuschreiben.

(Zurufe von der CDU - Wortmeldung des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

Das ist eine Sache, die es sonst überhaupt nicht gibt. In welchem Wirtschaftszweig schreibt man ein besonders teures Verfahren und ein besonders umweltschädliches Verfahren als verbindlich für alle anderen vor und sorgt dafür, daß es durchgesetzt wird?

(Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]: Das ist doch nicht wahr!)

Das ist doch ein absoluter Unsinn!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Herr Abgeordneter Hentschel, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Stritzl?

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Gern, Herr Stritzl!

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Aber Sie haben nur noch eine Minute, Herr Abgeordneter!

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja, das überlebe ich!

(Heiterkeit)

Thomas Stritzl [CDU]: Herr Kollege Hentschel, sind Sie bereit, mir

zuzustimmen, daß die Technische Anleitung Siedlungsabfall des Bundes keine Technik festschreibt, sondern Grenzwerte?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das weiß er jetzt nicht! - Weitere Zurufe)

- Herr Stritzl, ich stimme Ihnen zu.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Aber diese technischen Grenzwerte - wir kennen die Diskussion - sind so festgelegt worden, daß sie nach heutigem Stand - -

(Thomas Stritzl [CDU]: Ökologisch sinnvoll sind!)

- Nein, es ist nicht ökologisch sinnvoll, sondern es ist der Wassergehalt festgelegt worden, der bei der Entsorgung in dem Stoff übrigbleiben darf. Das ist eine technische Regelung, die darauf hinausläuft, daß man verbrennen muß. Das ist bewußt so gemacht worden. Das ist aus ökologischen Gründen aber in keiner Hinsicht sinnvoll.

Weil alle **Kreise** dieser Republik, auch in Bayern, auch in Baden-Württemberg, das gleiche Problem haben wie wir, daß sie nämlich die **Entsorgung** ihres Abfalls regeln müssen, und weil alle Kreise der Republik das Interesse haben, das umweltfreundlich und kostengünstig zu machen, und weil das von vielen Menschen, auch aus Ihrer Partei, so gesehen wird, sind wir so sicher, daß wir bis 2005 zu einer vernünftigen Regelung kommen werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat jetzt der Herr Abgeordnete Nabel.

Konrad Nabel [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn Sie von seiten der Opposition das Gutachten zitieren, das im Auftrag des Umweltministers erstellt wurde, dann müssen Sie es auch vollständig zitieren. Herr Ewer hat ganz deutlich festgestellt,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wo?)

daß die Möglichkeit, die in der **TASi** eröffnet wird, mit Hilfe eines Modellprojekts nachzuweisen, was im Bereich der Ablagerung nach der Behandlung durch eine **mechanisch-biologische Anlage** möglich ist, bis 2020 erlaubt ist. Das machen uns die Niedersachsen mit drei hervorragend laufenden Anlagen vor, die durchaus Erfolge haben. Wir werden uns damit weiterhin beschäftigen; denn diese Modellprojekte sind rechtlich zulässig, und sie stehen im Rahmen der **TASi**.

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Herr Abgeordneter Nabel, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Konrad Nabel [SPD]:

Nein. Ich habe nur drei Minuten. Das können Sie vielleicht in einem kleinen Beitrag noch selber bringen.

Das zweite Märchen, das Sie verbreiten, ist die Geschichte mit den **Preisen**. Wenn Sie sich die Investitionskosten für eine mechanisch-biologische Anlage ansehen und diese in Relation stellen zu dem, was eine mechanisch-biologische Anlage leistet, nämlich die Mengen verringern und die Stoffstromtrennung ermöglichen, und das mit Neuinvestitionen in Müllverbrennungsanlagen vergleichen, dann kommen Sie bei der Behandlung durch eine **MBA** zu geringeren Kosten. Das ist schwierig einzusehen. Darüber muß man ein bißchen nachdenken. Aber dieses Talent fehlt Ihnen!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damit wird deutlich, daß wir die Vorgaben des Bundes natürlich anerkennen. Auch wenn wir sie weiterhin für falsch halten - wir erkennen sie an, auch die **TASi-Vorgaben**. Auch da gibt es einige Verwirrung. Natürlich sind hier Grenzwerte festgelegt. Bloß, wer hat denn bewiesen, daß diese Grenzwerte richtig sind? Wir haben gefordert - und das tun wir nach wie vor -, daß neben dem Glühverlust zum Beispiel auch die Sauerstoffaktivität von abgelagerten Abfällen aufgenommen wird. Das ist viel klüger; denn viele Wissenschaftler sagen, daß dies das entscheidende Kriterium für die Ablagerung von Abfällen ist. Warum wird das nicht mit aufgenommen? Sie werden es erleben: Der Druck auch aus christdemokratisch regierten Kommunen, vor allen Dingen im Süden des Landes, wird so groß sein, daß Sie um eine Ergänzung der **TASi** nicht herumkommen werden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drittens. Das **Kreislaufwirtschaftsgesetz** hat einige gute Ansätze; das haben wir nie bezweifelt. Nur: Die Worte hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. Die Schlußfolgerungen, die daraus gezogen werden, sind das Entscheidende. Es war noch nie so einfach, mit keiner gesetzlichen Regelung im Abfallbereich, Stoffe zu Brennstoff umzudeklarieren. Dann werden bei Herrn Kayenburg oder bei anderen Zementfabriken die ganzen Plastikschnipsel einfach verbrannt.

(Widerspruch bei der CDU)

Gucken Sie sich doch mal an, was für technische Auflagen gemacht werden, was für technische Grenzwerte für die Abgase, die dabei herauskommen, festgelegt worden sind! Das ist nicht in Ordnung. Da ist eine MBA sauberer. Dies können wir eigentlich nicht zulassen. Die **Umdeklaration von Abfall** war noch nie so einfach. Das muß bekämpft werden, und das tun wir. Wir werden nach der Bundestagswahl 1998 dieses Gesetz in Bonn ändern.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Strauß.

Roswitha Strauß [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister Steenblock, ich möchte eingangs doch bemerken: Ich glaube, Ihre Hybris nimmt langsam beängstigende Ausmaße an.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Das, was Sie hier im Zusammenhang mit meinem Vortrag gebracht haben, möchte ich ausdrücklich zurückweisen. Sie haben wirklich nicht verstanden, welche Aufgabe Sie hier in diesem Land haben.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wenn wir darüber diskutieren, daß wir zurückgehende Müllaufkommen haben und daß der hausmüllähnliche Gewerbemüll aufgrund des Kreislaufwirtschaftsgesetzes auch woandershin transportiert werden kann, dann ist das eine Frage der Kosten, und **Kosten** produziert in diesem Land unter anderem die **Abfallabgabe**.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich möchte den Begriff „vernetztes Denken“ einmal nicht immer nur als Schlagwort benutzt sehen, sondern auch einmal umgesetzt sehen. Unternehmen müssen dann, wenn sie ihrer sozialen Aufgabe gerecht werden wollen und den Anforderungen, die insbesondere die Damen und Herren der linken Seite dieses Hauses an diese Unternehmen stellen, nämlich Arbeitsplätze zu sichern und Arbeitsplätze zu schaffen, entsprechen wollen, kostenbewußt denken.

(Beifall bei der CDU)

Insofern bekommt die **Lenkungsfunktion**, die Sie der Abfallabgabe unterstellen, eine völlig neue Dimension. Sie wirkt vertreibend, aber nicht vermeidend.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Gestatten Sie mir jetzt eine Einlassung zu dem, was in den Kreistagsfraktionen stattfindet. Frau Heinold, aus dem Kreis Segeberg kann ich die frohe Botschaft mitteilen, daß Sie in einer Pressemitteilung gesagt haben, Sie wollten, weil Sie ja nun Teilhaberin der rot-grünen Regierung seien, dem **Kreis Segeberg** etwas zukommen lassen, und zwar in Form einer **Pilotanlage MBA**. Ich kann Ihnen sagen: Der Umweltausschuß des Kreises Segebergs hat auf Antrag Ihrer ehemaligen Kollegin Frau Hille mit Mehrheit einen Antrag verabschiedet, von diesem Vorhaben abzusehen.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Zurufe von der CDU: Oh, oh! Hört, hört! - Widerspruch der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Sie wissen, mit welchem großem Einsatz dieses Thema im Kreis Segeberg „gefahren“ worden ist. Es ist schon so, Herr Minister Steenblock, daß wir hier als Abgeordnete der CDU sehr wohl wissen, was in den Kreisen los ist.

Dann möchte ich den Kollegen Nabel noch einmal auf das ansprechen, was er zur **TA-Siedlungsabfall** gesagt hat. Ich möchte Sie darauf hinweisen, daß die TASI 1993 verabschiedet wurde und daß sie im übrigen endgültig ist. Diese Tändelei, die diesbezüglich immer so hin- und herging, hatte nie etwas mit der Verabschiedung des Gesetzes zu tun.

(Konrad Nabel [SPD]: Das ist kein Gesetz! Das ist ein Erlaß!)

Wichtig ist aber für Sie zu wissen - das verdrängen Sie offensichtlich -, daß sie mit Mehrheit verabschiedet worden ist, und zwar mit den Stimmen von Hamburg, Saarland - Jo Leinen! -, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz.

(Konrad Nabel [SPD]: Alles bekannt! -
Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Aber es ist
peinlich!)

Ich denke, nicht alle sind Idioten außerhalb dieses Parlamentes der SPD-Seite.

(Heiterkeit und Beifall bei CDU und
F.D.P. - Glocke des Präsidenten)

- Ein etwas verunglückter Satz; das gebe ich zu.

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Frau Abgeordnete, ich rufe Sie zur Ordnung.

Roswitha Strauß [CDU]:

Ich komme zum Schluß und möchte noch kurz etwas zu den Standards sagen. Wir von der CDU sind nicht bereit, die **Standards der TASI** herunterzusetzen - auf gar keinen Fall. Es ist keine Frage - der Kollege Stritzl hat darauf schon eindeutig geantwortet - von technischen Anlagen, sondern es ist eindeutig nur eine Frage der Standards.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN]: Das ist doch lächerlich!)

- Das ist nicht lächerlich.

(Zuruf des Abgeordneten Detlef
Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN])

- Aber, Herr Kollege Matthiessen, Sie waren so freundlich, mir im Ausschuß zu sagen, daß sie dann, wenn es um den Glühverlust gehe, keine Schwierigkeiten hätten, Sie hätten nur Schwierigkeiten mit den Fristen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Nach § 56 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung erteile ich dem Herrn Abgeordneten Böttcher das Wort.

Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Meine Damen und Herren! Es ist ja immer schön, wenn hier auf Landesebene über die Kreise diskutiert wird. Weil ich ja nun zehn Jahre lang Kommunalpolitik gemacht habe, zehn Jahre im Pinneberger Kreistag war,

(Meinhard Füllner [CDU]: Das merkt
man aber überhaupt nicht!)

frage ich mich manchmal, was die Diskussion hier mit den Realitäten vor Ort zu tun hat.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN und SPD)

Der Kreis Pinneberg hat eine **Müllverbrennungsanlage** - noch beschlossen unter der CDU-Landesregierung -, und wir haben im Kreis Pinneberg mit die höchsten **Müllgebühren** in diesem Land.

(Zuruf des Abgeordneten Martin
Kayenburg [CDU])

Jetzt möchte ich noch einmal auf die Preise als Folge dieser Verbrennungsanlage zu sprechen kommen, die die Bürgerinnen und Bürger für die Abfallentsorgung zu tragen haben. Bevor das Kreislaufwirtschaftsgesetz verabschiedet wurde, haben wir es durch eigene Maßnahmen erreicht, daß im Bereich der gewerbeähnlichen **Abfälle** ein erheblicher **Rückgang** zu verzeichnen gewesen ist. Das hatte zur Folge, daß durch die fehlenden Einnahmen in dem Bereich die Abfallgebühren für die Bürgerinnen und Bürger dieses Kreises erhöht werden mußten, weil Müllverbrennungsanlagen zu über 90 % Fixkosten verursachen, die aufgebracht werden müssen - ob nun überhaupt eine Tonne Müll dort ankommt oder nicht. Das ist das große Problem bei dieser Geschichte, abgesehen von der Frage der Umweltrelevanz und abgesehen davon - -

(Martin Kayenburg [CDU]: Das stimmt
doch nicht! Die Anlage ist doch
abgeschrieben! Da macht die Gesellschaft
doch Kasse! Seien Sie doch einmal
ehrlich!)

- Sie sagen, abgeschrieben, und die Gesellschaft macht Kasse. - Ich meine, abgeschrieben oder nicht abgeschrieben: Diese Anlage verursacht Kosten, sie mußte nach neuen Standards nachgerüstet werden. Wenn es denn so wäre, daß die Gesellschaft damit

Kasse machte, dann hätten Sie ja mit den rechtlichen Gegebenheiten auch keine Schwierigkeiten. Mit den Abfallgebühren darf sich der Kreis Pinneberg nicht sanieren, sondern die Gebühren dürfen nur kostendeckend erhoben werden. Das wollte ich nur einmal ganz kurz gesagt haben.

(Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Herr Abgeordneter Böttcher, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Stritzl?

Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Nein, ich habe nicht mehr viel Zeit. Die CDU hat dazu ja schon sehr viel gesagt.

Wenn hier darüber geredet wird, die Kreise wollten die **biologisch-mechanische Anlage** nicht, dann kann man das ja auch nicht so stehenlassen. Es gibt ja durchaus Kreise, die das wollen, die sich darum bewerben. Dazu gehört auch mein Kreis. Ich glaube, damit sollte man sich auseinandersetzen, daß die Abfallpolitik, die vor Ort gemacht wird, auch in diesem Land Unterstützung findet.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Konrad Nabel [SPD])

Ich glaube, Sie können sich hier nicht immer nur hinstellen und sagen, in diesem Lande sei es so, die Kreise wollten das nicht, und hier werde alles von oben gemacht. Es wird versucht, mit den Kreisen zu kooperieren und die verschiedenen Lösungsansätze auch zusammenzubringen. Ich glaube, das ist ganz wichtig, und diese Diskussion sollte von hier aus nicht gestört werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Wir stimmen zunächst über den Tagesordnungspunkt 18 ab. Der Umweltausschuß empfiehlt, die Anträge Drucksachen 14/397, 14/421 und 14/424 als erledigt zu betrachten und den Antrag von den Fraktionen der CDU und der F.D.P., Drucksache 14/425, abzulehnen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das

Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Die Beschlußempfehlung ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. angenommen.

Wir stimmen jetzt über den Tagesordnungspunkt 19 ab. Ich lasse über den Antrag der Fraktion der SPD in der vom Umweltausschuß beschlossenen Fassung abstimmen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen?-

Das ist bei einer Enthaltung der Abgeordneten Dr. Happach-Kasan einmütig beschlossen.

Ich begrüße jetzt zunächst einmal sowohl in der Loge als auch auf der Tribüne Spätaussiedler. Sie sind uns herzlich willkommen.

(Beifall)

Wir kommen zu Punkt 9 der Tagesordnung:

Aussiedlerbetreuung in Schleswig-Holstein

Große Anfrage der Fraktion der CDU
Drucksache 14/185

Antwort der Landesregierung
Drucksache 14/443

Wird das Wort zur Begründung gewünscht?

(Zurufe von der CDU: Nein, nein!)

Dann erteile ich jetzt zunächst dem Herrn Minister das Wort zur Beantwortung der Großen Anfrage. - Herr Minister Dr. Wienholtz, bitte.

Dr. Ekkehard Wienholtz, Innenminister:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Beantwortung der Großen Anfrage gibt mir Gelegenheit, auf die besondere Bedeutung der **Aussiedlerbetreuung** in Schleswig-Holstein einzugehen.

Die Bundesrepublik nimmt seit Beginn der 90er Jahre jährlich etwa 220 000 Spätaussiedler auf. 1996 ist diese Zahl erstmalig auf unter 180 000 Personen gesunken. In Schleswig-Holstein bewegte sich der Zugang zwischen 6000 und 7000 Spätaussiedlern pro Jahr.

Hinter diesen Zahlen verbergen sich allein für unser Land jährlich mehrere tausend Menschen, die mit Ängsten, aber auch mit Hoffnungen und Erwartungen

zu uns kommen. Das Bild von der deutschsprechenden Aussiedlerfamilie, die hier sofort Arbeit findet, ist überholt. Fast alle **Spätaussiedler** kommen heute aus der **ehemaligen Sowjetunion**. Sie haben ihre sozialen Erfahrungen in Ländern gemacht, die - wie wir alle wissen - grundverschiedenen von den Bedingungen unserer Gesellschaftsordnung sind.

Viele Spätaussiedler sind mit Angehörigen anderer Nationalitäten verheiratet. Fast die Hälfte aller Zuwanderer gehört nicht der deutschen Minderheit an. Dies ist ein Grund dafür, daß zum einen Deutschkenntnisse bei vielen Zuwanderern nicht oder nur unzureichend vorhanden sind, zum anderen dafür, daß die einzelnen Familienmitglieder unterschiedliche Eingliederungsleistungen erhalten.

Die Arbeitsmarktsituation ist auch für Spätaussiedler schlecht. Arbeitgeber verlangen von den Spätaussiedlern zusätzlich zu den Arbeitstugenden wie Lernbereitschaft oder Lernwilligkeit verstärkt dieselben beruflichen Qualifikationen wie von anderen Arbeitsuchenden.

Vieles spricht dafür, daß der Anteil der Spätaussiedler, die nach Beendigung der Sprachkurse auf Sozialhilfe angewiesen sind, steigt. Die Wohlfahrtsverbände beobachten bei den rußlanddeutschen Jugendlichen zunehmend Integrationsprobleme. Alle diese Aspekte sind einzubeziehen, wenn man eine wirksame und am Menschen ausgerichtete Aussiedlerpolitik betreiben will.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Dies gilt übrigens für jede Form von Einwanderungspolitik. Wir brauchen eine auf europäischer Ebene abgestimmte Zuwanderungspolitik. Es ist Aufgabe der Politik, einen Kompromiß zwischen dem Einwanderungsdruck, dem Zuwanderungsbedarf und der gesellschaftlichen Akzeptanz zu finden.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P.)

Ich würde mir wünschen, daß das, was zum Thema Einwanderungs- und Zuwanderungspolitik der sogenannten dritten Säule von **Maastricht** zugeordnet ist, den Weg in die erste Säule finden würde. Leider ist das noch nicht allgemeine Überzeugung bei allen Mitgliedstaaten. Aber ich glaube, erst wenn wir in der Lage sind, in der Europäischen Union auch zu europäischen Entscheidungen zu kommen - was übrigens auch Entscheidungen über

Zuwanderungsquoten bedeuten würde -, erst dann werden wir dieses Problem in Europa lösen können.

Zurück zu den Aussiedlern! Zu fragen ist auch, ob noch in allen Nachfolgestaaten der Sowjetunion die Situation gegeben ist, die eine bevorzugte Aufnahme durch das Bundesvertriebenengesetz gebietet. Es sollte auch in diesem Rahmen geprüft werden, ob die Antragsteller wirklich noch als Deutsche benachteiligt werden. Nur dann wird man dem Gedanken eines Kriegsfolgeausgleichs und der individuellen Situation gerecht. Schleswig-Holstein unterstützt daher den Gesetzesantrag zur Änderung des Bundesvertriebenengesetzes, den der Bundesrat auf Antrag von Rheinland-Pfalz im Dezember beschlossen hat und der kürzlich in den Bundestag eingebracht wurde.

Die Landesregierung sieht allein in der **Deutschstämmigkeit** keine hinreichende Begründung für eine Zuwanderung.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist gut!)

Diese Sichtweise der Landesregierung ist im übrigen völlig konform mit den Regelungen des Bundesvertriebenengesetzes. Dieses fordert für die deutsche Volkszugehörigkeit neben der Abstammung die Vermittlung von Sprache, Erziehung, Kultur und eine Erklärung zur deutschen Nationalität, die dann durch eine entsprechende Eintragung in den Inlandspäß ihren Niederschlag findet.

Die erwähnte Gesetzesinitiative strebt eine Klarstellung in Übereinstimmung mit der aktuellen Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts zur deutschen Sprache an. Die **Sprachtests**, die von der Bundesregierung jetzt verstärkt in den Herkunftsländern durchgeführt werden, erleichtern die Eingliederung, weil sie sicherstellen, daß mindestens ein Familienmitglied der Spätaussiedler über ausreichende Deutschkenntnisse verfügt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sehr schön!)

Sprachkurse zur Vertiefung dieser Deutschkenntnisse und Sprachkurse für die anderen, nicht getesteten Familienmitglieder werden allerdings weiterhin nötig sein. In diesem Zusammenhang ist bedauerlich, daß der Bund Schleswig-Holstein völlig unzureichende Mittel aus dem **Garantiefonds** zur Verfügung stellt. Das beklagen übrigens nicht nur wir, sondern alle Bundesländer. In Schleswig-Holstein besteht 1997 ein Bedarf in Höhe von fast 5 Millionen DM. Dieser

Betrag müßte dem Land angesichts eines Bundesvolumens von 150 Millionen DM auch zur Verfügung stehen. Dennoch hat der Bund entgegen ursprünglichen Zusagen die Mittel auf 3,6 Millionen DM gekürzt,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:
Unglaublich!)

und dies führt dazu, daß Sprachkurse nicht in dem erforderlichen Umfang durchgeführt werden können.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wir teilen
den Protest!)

Das Land hat demgegenüber seit 1995 selbst insgesamt 220 000 DM pro Jahr bereitgestellt. Damit fördert es neben anderen Projekten zur Eingliederung ergänzende Sprachkurse, um die Startchancen der Spätaussiedler zu verbessern.

Im Zusammenhang mit der Aufnahme von Spätaussiedlern nehme ich gern die Gelegenheit wahr, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die in den letzten Jahren in der zentralen Aufnahmestelle in Neumünster gearbeitet haben, ein herzliches Dankeschön zu sagen.

(Beifall)

Es ist meiner Meinung nach eine enorme Anstrengung, 6000 bis 7000 Menschen aufzunehmen, zu versorgen, im Weiterkommen erste Orientierungshilfen zu leisten. Jeder, der die Arbeit vor Ort gesehen hat, weiß - so glaube ich -, wovon ich rede.

Abschließend möchte ich auf die Beratung eingehen, weil in der Großen Anfrage die **Beratungsstellen** eine große Rolle gespielt haben. Das Land Schleswig-Holstein hat dafür im abgelaufenen Jahr 625 000 DM aufgewandt. Für die Beratungsstellen sieht das Landesaufnahmegesetz eindeutige Fördervoraussetzungen vor. Die derzeitige Auftragsvergabe erfüllt alle diese Kriterien. Das Vergabeverfahren sichert die Beauftragung des qualifiziertesten Verbandes. Es gewährleistet mit sechs beauftragten Verbänden eine Angebotsvielfalt, die sich positiv auswirkt. Die Arbeiterwohlfahrt, der Caritasverband, das Christliche Jugenddorfwerk Deutschlands, das Deutsche Rote Kreuz, das Diakonische Werk und der LvD gehören zu den Trägern unserer Beratungsstellen. Das Beispiel der LvD zeigt - Herr Oppositionsführer, ich weiß, daß Ihnen das besonders am Herzen liegt -, daß die Verbände angemessen berücksichtigt werden, die

langjährig in diesem Bereich tätig sind und erfolgreiche Arbeit geleistet haben. Der LvD betreibt sieben von 16 Beratungsstellen, die durch das Land gefördert werden.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Und wie viele waren es früher?)

Die Neuorganisation der Beratungsstellen war erforderlich - ich gehe sofort auf Ihren Zwischenruf ein -, weil die bisherige Form der Beratung nicht mehr den heutigen Anforderungen genüge. Vereinfacht kann gesagt werden, daß die Bedeutung der Hilfe beim Ausfüllen von Formularen abgenommen hat und demgegenüber der Bedarf an qualifizierter und umfassender **Sozialberatung** gestiegen ist.

Insgesamt läßt sich feststellen, daß sich die Änderung der Organisation bewährt hat. Sie hat auch zu Kostensenkungen geführt, und sie hat vor allem landesweit ein qualifiziertes Beratungsangebot sichergestellt. Dies ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, um diesen Menschen auch in Schleswig-Holstein den Weg in die Integration in unsere Gesellschaftsordnung zu erleichtern.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:
Das war eine gute Rede! - Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Na ja!)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat jetzt die Frau Abgeordnete Schwarz.

Caroline Schwarz [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Antwort der Landesregierung auf unsere Große Anfrage zum Thema „Aussiedlerbetreuung in Schleswig-Holstein“ und die heutige Debatte dazu sollten Anlaß sein, trotz unterschiedlicher Auffassung in Detailfragen, auf die ich noch zu sprechen komme, die gemeinsame grundsätzliche Bereitschaft festzustellen, diesem Personenkreis mit allen verfügbaren Mitteln zu helfen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich festhalten, daß Aussiedler in der Vergangenheit und leider heute erneut nach dem Erwachen nationaler Strömungen in Osteuropa, insbesondere in den Nachfolgestaaten der ehemaligen UdSSR, als verfolgte Minderheit schwer zu leiden hatten und immer noch zu leiden haben. Diese Verfolgung und Verschleppung haben im Leben dieser

Menschen Spuren hinterlassen, die über Generationen fortwirken. Die Verantwortung des heutigen Deutschlands für Auslandsdeutsche, die bis heute unter den Folgen des Zweiten Weltkrieges leiden, ist eine moralische und menschliche Verpflichtung, die uns auch zukünftig bindet.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Wir sollten daher über Fraktionsgrenzen und Parteibindungen hinweg gemeinsam den Aussiedlern unsere Hand beim Neuanfang reichen.

Die Beantwortung der Anfrage weist leider bei Punkt 1 - Statistische Grundlagen - zahlreiche Lücken auf. Dies ist aufgrund der besonderen Umstände bei der Erhebung der Angaben nicht unverständlich. Trotzdem erschwert dies natürlich den Blick auf die Ausgangslage der Betreuung.

Deutlich geworden ist - Herr Minister, das haben Sie auch gesagt -, daß im Zeitraum von 1993 bis September 1996 mehr Spätaussiedler nach Schleswig-Holstein gekommen sind, als meine Heimatstadt Schleswig Einwohner hat, nämlich mehr als 27 000.

Erfreulich sind die Altersstatistiken, die sehr gut deutlich machen, daß sich die vielen jungen Aussiedler positiv auf die Bevölkerungsstruktur, nicht nur in Schleswig-Holstein, auswirken. Dazu sei mir die Bemerkung gegönnt, daß das entgegen so manchen Äußerungen von führenden Genossen in Bonn, im Saarland und anderswo so ist. - Die Präsenz der SPD-Fraktion bei diesem Thema ist dekuvierend.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Leider wahr!)

Unbeantwortet bleibt die Frage, wie oft es Statusabweichungen zwischen dem Registrierschein des Bundesverwaltungsamtes und der von Kreisen und kreisfreien Städten erteilten **Spätaussiedlerbescheinigung** gibt, was Ehegatten, Abkömmlinge und sogenannte Mitverteilte betrifft, und welche Folgen daraus resultieren.

Unter Abschnitt 2, Sprachtest, wird in der Antwort bestätigt, daß es „häufig zu unterschiedlichen Ergebnissen“ zwischen den Feststellungen des Bundesverwaltungsamtes und der Kreise kommt. In der Antwort wird zu Recht auf die daraus resultierenden menschlichen Härten hingewiesen. Die Ursache dafür sehen wir allerdings nicht nur in Unterschieden zwischen schriftlicher und persönlicher Feststellung.

Anders als die Landesregierung, sind wir der Meinung, daß bei den **Sprachtests** sicherlich auch die mundartliche Prägung, aber ganz besonders die existenzielle Prüfungssituation der Betroffenen zu berücksichtigen sind. Für die Betroffenen ist es oft eine überharte Belastung, der sie in der Umbruchsituation des Neuanfangs nur mühsam oder gar unzureichend gewachsen sind. Auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, die mit der Durchführung der Prüfung betraut sind, ist dies eine ziemliche Belastung und eine manchmal schwer zu erfüllende Pflicht.

Nach unserer Meinung sollte die Landesregierung daher über neue Verfahrenswege nachdenken, die alle Betroffenen entlasten und zu objektiveren Ergebnissen führen können. Das ist auch notwendig, da der Bund - das haben Sie auch erwähnt, Herr Minister - vor der Ausreise, bereits im Herkunftsland, Sprachtests durchführt. Wie die Landesregierung begrüßt auch die CDU-Fraktion die neue Regelung, um auf diese Weise menschliche Härten vermeiden zu können.

In Beantwortung der Frage 2 b) werden nur wenige Klagen wegen Nichtanerkennung der Spätaussiedlereigenschaft genannt. Da aber unter 2 a) häufig „unterschiedliche Ergebnisse“ genannt werden, ist zu fragen, was in den übrigen Fällen an Konsequenzen eingetreten ist. Hatten diese Menschen Angst, gegen unseren Staat zu klagen? Sind die Menschen abgelehnt worden? - Wenn ja, wie hoch ist der Anteil an der gesamten Aussiedlerzahl? Das sind nur einige Fragen, die in der Antwort offengeblieben sind.

Es ist zu begrüßen, daß unter Punkt 2 c) eine Klarstellung erfolgt, nämlich, daß ein Antragsteller berechtigt ist, sich durch eine Person seines Vertrauens begleiten zu lassen. Nach unserem Erkenntnisstand hat dies in der Vergangenheit oft zu Unklarheiten geführt.

Bei dem Themenbereich 3, Sprachkurse, stimmen wir mit der Landesregierung überein, daß die Sprache ein Schlüssel der gesellschaftlichen und beruflichen Integration ist. Daher ist eine gezielte und erfolgsorientierte Förderung dringend notwendig. Allerdings ist diese Förderung nicht nur von seiten der Arbeitsverwaltung, sondern auch von seiten des Landes und ebenfalls nicht nur bei Schülern und Aussiedlern, die Arbeit suchen, sondern auch bei alten Menschen und den Menschen mit Behinderungen erforderlich. Es ist ebenso wichtig festzustellen, daß die erforderliche psychosoziale Integration der Aussiedler in unsere

Gesellschaft mehr umfassen muß als eine reine **Sprachförderung**. Wir sind deshalb - im Gegensatz zur Landesregierung - nach wie vor der Auffassung, daß eine Sprachförderung mit begleitenden Orientierungs- und Integrationsmaßnahmen zu einer schnelleren Eingliederung führen würde. Dies ist im Interesse der Aussiedler und der Allgemeinheit wünschenswert. Das wäre zudem langfristig kostengünstiger und volkswirtschaftlich schlauer, als die Folgekosten bei Arbeitslosigkeit, Sozialbetreuung, Sozialhilfe und so weiter tragen zu müssen.

(Zuruf des Abgeordneten Heinz-Werner Arens [SPD])

Die CDU-Fraktion würde es deshalb begrüßen, wenn Land, Kommunen und kommunale Verbände gemeinsam mit Handwerk, Wirtschaft und Arbeitsamt verstärkt Kooperationsmodelle zur gesellschaftlichen und **beruflichen Eingliederung** entwickeln würden, wie dies zum Beispiel im Kreis Schleswig-Flensburg schon geschieht.

In diesem Zusammenhang wird auch unsere Auffassung zu dem Bereich 4, Aus- und Weiterbildung, deutlicher. Die CDU begrüßt alle vorhandenen Bemühungen und Maßnahmen nachdrücklich. Diese reichen aber nicht aus. Wie die Landesregierung in ihrer Antwort zu Punkt 4 d) und e) einräumt, werden Aussiedler vor allem in Berufe vermittelt, die an Deutschkenntnisse „keine besonderen Anforderungen stellen“. Dies schränkt die Möglichkeiten sehr ein. Es werden Bau-, Gaststätten- und Reinigungsgewerbe genannt, in denen es noch am ehesten reelle Einsatzmöglichkeiten gibt. Dies kann und darf nicht das letzte Wort sein. Die in der Antwort genannten Arbeitstugenden wie zum Beispiel Leistungsbereitschaft, Loyalität oder Lernwilligkeit sind eine Ausgangslage, die es zu nutzen gilt. Aussiedler haben eine faire Chance verdient.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Als Schritt in die richtige Richtung nimmt die CDU die Antwort zu Punkt 4 f) und 4 g) zur Kenntnis. Es geht dort um die **Betreuung von Kindern** und die gemeinsame Betreuung mit ortsansässigen Kindern. Das sind wichtige Schritte zur Eingliederung. Die Möglichkeiten im Rahmen der neugeordneten Erzieherausbildung sind begrüßenswert und sollten zum Wohle der Betroffenen auch ausgeschöpft werden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Die Antwort zum Bereich **Wohnortzuweisungsgesetz** hat uns nicht ganz befriedigt. Bei einem erzwungenen

Aufenthalt an einem Ort für einen Zeitraum von zwei Jahren handelt es sich um einen erheblichen Eingriff in das Grundrecht der Freizügigkeit, einem Grundrecht, das allen Deutschen, also auch den Aussiedlern, zusteht. Wir erkennen grundsätzlich die Notwendigkeit einer gewissen Standorttreue für die Durchführung von Integrationsmaßnahmen an. Allerdings darf dies nicht zu humanitären Problemen führen, und der grundgesetzliche Anspruch darf nicht ausgehöhlt werden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Er darf aber durch Gesetz eingeschränkt werden!)

Wir vertrauen deshalb darauf, daß die unter Punkt 5 b) angesprochene „Möglichkeit, in begründeten Einzelfällen ... eine neue Zuweisungsentscheidung zu treffen“, auch genügend beachtet und angewendet wird.

Die sehr knappe Beantwortung der Frage 6 c) zu den Mitteln aus dem Garantiefonds sowie die Beantwortung der Frage 6 d) veranlassen mich zu folgenden Nachfragen. Herr Minister, wurden wirklich alle Mittel abgerufen, und wurden darüber hinaus auch alle Möglichkeiten genutzt, weitere Gelder zu erhalten? - Wenn 1996 nicht alle sprachlichen Fördermaßnahmen gefördert werden konnten: Was wurde unternommen, um diese im laufenden Jahr und in den Folgejahren sicherzustellen?

Die Antwort der Landesregierung hinsichtlich der mit der Betreuung beauftragten Verbände hat uns - und das wird Sie nicht wundern - nicht überzeugt. Die CDU erkennt ausdrücklich das Bemühen und die oft mehr als engagierte Arbeit aller Verbände und ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der **Betreuung** von Aussiedlern an. Wir teilen aber nicht die Auffassung der Landesregierung, daß durch das Landesaufnahmegesetz zwingend die Aufgabenverteilung auf mehrere Verbände notwendig war. Herr Minister, geben Sie es zu, diese Argumentation ist vordergründig.

(Heinz-Werner Arens [SPD]: Was wollen Sie denn?)

Wir halten vielmehr daran fest, Herr Arens, daß durch die Zerschlagung des über Jahrzehnte gewachsenen landesweiten Netzes von Betreuungseinrichtungen des **LvD** wichtiges Betreuungspotential verlorengegangen ist.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Ingrid Franzen [SPD]: Nun ist die Katze aus dem Sack!)

- Frau Franzen, es ist verlorengegangen! So hat sich das Angebot, gerade in Flensburg, verschlechtert.

In diesem Zusammenhang möchte ich einmal folgendes sagen - Herr Minister, eigenartigerweise haben Sie das vorhin auch noch wiederholt -: Es wirkt auf mich außerordentlich befremdend, um nicht zu sagen beleidigend, wenn Sie von „Ausfüllhilfen“ - lassen Sie sich das Wort einmal über die Zunge gehen -

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das heißt aber so!)

bei den ehemaligen Beratern sprechen. - Es ist schlimm genug, daß das so heißt, Herr Kubicki. Sie mußten zwar zu den niedrigsten Stundensätzen arbeiten, ihre Beratungstätigkeit war aber durchaus auf dem Niveau eines Sozialarbeiters anzusiedeln. Es war auch ganz selbstverständlich und nachvollziehbar, daß sich seinerzeit alle Landräte und Oberbürgermeister, bis auf eine Ausnahme, dafür aussprachen, daß diese Konstruktion mit dem Lvd beibehalten wird.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Sehr richtig!)

Eine Beteiligung und Einbeziehung anderer Verbände wäre nach unserer Auffassung auf anderem Wege möglich gewesen.

Ich möchte abschließend meine Eingangsbemerkung wiederholen. Aussiedler und Spätaussiedler sind Menschen, die eine grausame Geschichte und schwere Schicksale bei der Einreise in ihre Heimat Deutschland in ihrem Gepäck mitbringen. Sie haben es nicht verdient, beargwöhnt, ausgegrenzt oder gar als Russen und damit als Fremde behandelt zu werden.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich muß in diesem Zusammenhang auch sagen: Die Art und Weise, in der einige führende Mitglieder der SPD über diesen Personenkreis sprechen und urteilen, gleicht schon einer Kampagne und leistet Vorurteilen gegenüber diesem Personenkreis natürlich nachhaltig Vorschub.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Pfui!)

Das haben sie nicht verdient. Aussiedler haben eine faire Chance und einen Neuanfang verdient.

(Beifall bei der SPD - Zuruf der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

- Frau Franzen, wenn Sie und wir es mit der solidarischen Gesellschaft ernst meinen,

(Zuruf der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

dann müssen wir diesen Menschen die Hand reichen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Puls.

Klaus-Peter Puls [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die SPD-Fraktion begrüßt die Große Anfrage der CDU-Fraktion zur Aussiedlerbetreuung in Schleswig-Holstein und die damit seinerzeit bei der Einbringung erklärte Absicht - ich zitiere -, „das Thema Aussiedler an der Sache zu orientieren“.

Innenminister Wienholtz hat in den Antworten der Landesregierung darüber aufgeklärt, was Sache ist. Auch wir sind der Meinung, daß allein in der sogenannten **Deutschstämmigkeit** keine hinreichende Begründung für eine Zuwanderung gesehen werden kann, sondern daß Spätaussiedler vor allem auch die deutsche Sprache beherrschen sollten, ehe sie zu uns kommen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das gilt für Deutsche aber auch!)

Wir begrüßen es daher wie der Minister, daß der Bund bereits in den Herkunftsgebieten Sprachtests durchführt und intensiver prüft, ob die Aufnahmevoraussetzungen vorliegen. Die **Sprachtests** erleichtern in der Tat die Eingliederung, weil sie sicherstellen, daß mindestens ein Mitglied der Spätaussiedlerfamilie über ausreichende Deutschkenntnisse verfügt. Zu kritisieren ist, daß der Bund seine Mittel aus dem **Garantiefonds** gekürzt hat. In Schleswig-Holstein besteht in diesem Jahr - der Herr Minister hat darauf hingewiesen - ein Bedarf von fast 5 Millionen DM. Dennoch hat der Bund entgegen ursprünglichen Zusagen die Gelder gekürzt. Die Folge ist, daß Sprachkurse nicht in dem notwendigen Umfang stattfinden können.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:
Unglaublich!)

ist unsinnig und abwegig.

Zum zentralen Thema der Anfrage selbst - Aussiedlerbetreuung - und zu der konkreten, die Antwort vorwegnehmenden Frage - ich zitiere -, „ob die Landesregierung auch der Meinung ist, daß der Landesverband der vertriebenen Deutschen, LvD, dessen Mitglieder selbst das Schicksal von Vertreibung und Neuanfang erlebt haben, besonders zur Betreuung geeignet ist“, möchte ich die Antwort der Landesregierung wörtlich zitieren:

(Caroline Schwarz [CDU]: Natürlich hat er sie gemacht!)

Richtig ist, daß Lafontaine die Problematik der Integration von Aussiedler- und Ausländerfamilien in Deutschland miteinander verglichen hat, und daß sie vergleichbar sind, kann doch wohl niemand ernsthaft bestreiten.

(Beifall bei der SPD)

„Das Erleben der Vertreibung und eines Neuanfangs erleichtert sicher das Verständnis für die Situation von Migrantinnen und Migranten, kann Motivation für eine berufliche Tätigkeit mit diesem Personenkreis sein. Ein Teil der Beraterinnen und Berater des LvD und der Wohlfahrtsverbände, die nunmehr beauftragt wurden, sind beispielsweise als Aussiedler in die Bundesrepublik gekommen. Das eigene Erleben von Vertreibung in der Nachkriegszeit allein reicht allerdings als Qualifikation für eine an den aktuellen Bedürfnissen orientierte, qualifizierte und professionelle Beratung und Betreuung von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern sowie ausländischen Flüchtlingen nicht aus.“

Für **Aussiedler-** und für **Ausländerfamilien** stellen sich die Fragen der Aufnahme, Unterbringung, Betreuung und Förderung jedenfalls unserer Meinung nach gleichgewichtig und gleichgerichtet.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das war doch wirklich der allerbilligste Populismus!)

Frau Schwarz, Sie haben es in Ihrer Presseerklärung vom 21. August 1996 als skandalös bezeichnet, daß Aussiedler im Koalitionsvertrag als Ausländer bezeichnet werden, obwohl sie Deutsche sind. Das ist eine falsche Behauptung, aber dies als skandalös zu bezeichnen, ist objektiv ausländerdiskriminierend.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Genau diese Qualifikation hat der Minister schriftlich bestätigt! - Zuruf von der F.D.P.)

(Beifall bei der SPD - Zuruf der Abgeordneten Caroline Schwarz [CDU])

- Tatsächlich, Herr Dr. Hennig, werden die zu uns kommenden Spätaussiedlerfamilien landesweit in **17 Beratungsstellen** betreut. Neben dem LvD sind dies - der Herr Minister hat die Einrichtungen genannt -: Arbeiterwohlfahrt, Caritasverband, Christliches Jugenddorfwerk Deutschlands, Deutsches Rotes Kreuz und Diakonisches Werk. Allein Nordfriesland betreibt als Kreis die Spätaussiedlerbetreuung. Die Beratungstätigkeit aller Verbände und Institutionen funktioniert auch dank der finanziellen Unterstützung des Landes, auf die der Herr Minister hingewiesen hat.

Frau Schwarz: Sind Ausländer, sind Russen - Sie haben das Wort vorhin benutzt - schlechtere Menschen als Deutsche, ob im Ausland oder im Inland lebend? Das ist meines Erachtens nicht der Fall.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das sollten Sie auch wirklich nicht unterstellen! - Zurufe der Abgeordneten Caroline Schwarz [CDU] und Angelika Volquartz [CDU])

Meine Damen und Herren, die SPD-Landtagsfraktion bedauert, daß der CDU-Fraktion trotz ihrer angeblichen Sachorientierung zur Begründung der Großen Anfrage seinerzeit bei Einbringung - das war, glaube ich, im August - nur parteipolitische Polemik eingefallen ist. Die Behauptung, Oskar Lafontaine habe Stimmung gegen Aussiedler auf dem Rücken dieser Menschen gemacht,

Meine Damen und Herren, wir sollten in der Tat - darauf hat Frau Schwarz hingewiesen - partei- und fraktionsübergreifend Aussiedler- und Ausländerfamilien bei der Überwindung ihrer Integrationsschwierigkeiten helfen. Die Große Anfrage der CDU-Fraktion war in diesem Sinne hilfreich. Die Antworten der Landesregierung sind es auch. Wir als SPD-Landtagsfraktion werden sie sachorientiert auswerten und in unsere Integrationspolitik einbeziehen.

(Zuruf von der CDU: Das ist doch wahr!)

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Böttcher.

Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Um es einmal korrekt zu sagen: Das Land Schleswig-Holstein steht in der Pflicht, diesen Menschen und ihrem Leben ein Integrationskonzept anzubieten, das eine rasche Eingliederung in die Gesellschaft erlaubt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Wie die Beantwortung der Großen Anfrage zeigt, versucht das Land dies im Rahmen seiner Möglichkeiten und wendet erhebliche Mittel auf, um Eingliederungsmaßnahmen, Unterbringungs- und Versorgungseinrichtungen zu finanzieren. Und dennoch, die Diskussion wird etwas falsch geführt, wenn wir Aussiedler und Ausländer auf diese Weise auseinanderhalten. Ich glaube, in der deutschen Bevölkerung, die hier geboren ist, werden Ausländer und Aussiedler oft gleichgesetzt und machen nach ihrer Meinung oft die gleichen Probleme. In vielen Bereichen werden Kinder und Jugendliche von Aussiedlerkindern trotz ihrer Förderung wie Emigranten und Flüchtlinge auch mit Benachteiligungen und schlechten Lebensbedingungen konfrontiert, und nicht selten sind sie auch von fremdenfeindlichen Ausschreitungen betroffen.

Wir sehen das mit Besorgnis, und deshalb haben die Koalitionspartner hier im Koalitionsvertrag vereinbart, daß **Fremdenfeindlichkeit**, Rassismus und Ausländerhaß auf unsere entschiedene demokratische Gegenwehr stoßen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Muß das vereinbart werden?)

Die Bundesregierung hat mit ihrer Entscheidung im letzten Jahre auch gegenüber den Aussiedlern massiv den Weg in den **Sozialabbau** beschritten und die Situation für die Aussiedler deutlich verschärft. Die Leistungen für Integration und Sprachförderung wurden von der Bundesregierung und vom Bundesrat drastisch zusammengestrichen. Mit der aktuellen Verschlechterung der Eingliederungshilfen und dem

repressiven Ansatz bei der Wohnortzuweisung werden gescheiterte Karrieren vorprogrammiert.

Ich glaube, in der Debatte kommt die Beteiligung der Bundesregierung zu kurz. Zumindest wenn hier von der CDU Kritik an der Situation geübt wird, wird die Bundesregierung ausgeklammert, und das halte ich für fatal. Das ist um so gravierender, als die Aussiedlerinnen und Aussiedler heutzutage wenig deutsch sprechen. Daher sind sie dringender denn je auf aktive Förderung in der deutschen Sprache und auf dem Arbeitsmarkt angewiesen.

(Beifall des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Wenn **Aussiedlerkinder** im Grundschulalter keine sprachliche Integrationsförderung mehr erhalten, werden die Folgen dieses sozialen Kahlschlags fatal sein. Sie bergen auf längere Sicht nicht nur einen enormen sozialen Sprengsatz. Es ist auch volkswirtschaftlich unvernünftig, wenn immer mehr jugendliche Aussiedler und Aussiedlerinnen aus dem **Arbeitsmarkt** fallen und aufgrund mangelnder sozialer Beratung und Unterstützung an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden. Leider ist es so, daß die herrschenden politischen Kräfte in der Bundesrepublik sehenden Auges in eine soziale Katastrophe steuern.

Aussiedlerinnen und Aussiedler werden zunehmend nur noch als Last angesehen, obwohl man sie zuvor jahrzehntelang gerufen hat. Das möchte ich deutlich sagen. Als die Grenzen geschlossen waren, wurden sie jahrelang gerufen, und jetzt, wo die Grenzen offen sind und sie kommen können, werden sie zum Problem. Das halte ich - gelinge gesagt - für unmoralisch.

(Beifall bei SPD und SSW - Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das stimmt historisch nicht!)

Ich möchte nicht nur an die Rußlanddeutschen, sondern auch an die Rumäniendeutschen erinnern. Als die Rumäniendeutschen hierherkommen konnten, wurde das Thema von konservativer Seite sehr stark problematisiert.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Die hat doch keiner gerufen!)

Aussiedlerinnen und Aussiedlern geht es schlecht, vielen Flüchtlingen geht es schlechter. Es darf aber nicht Ziel der Politik sein, Benachteiligte gegeneinander auszuspielen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es muß darum gehen, für alle Migrantinnen und Migranten Bedingungen zu schaffen, die ein gedeihliches Zusammenleben in unserem Land ermöglichen.

In einem solchen Kontext ist vermittelbar, daß Aussiedlerinnen und Aussiedler künftig nicht mehr nach einem deutschümelnden Bundesvertriebenengesetz, sondern wie andere Einwanderer auch aufgrund von **prioritär humanitären Gesichtspunkten** hier **Zugang** finden sollen. Aussiedlerinnen und Aussiedler, Flüchtlinge, Migrantinnen und Migranten dürfen nicht zu Sündenböcken für soziale und ökonomische Fehlentwicklungen in diesem Land gemacht werden.

(Beifall bei der SPD)

Aussiedlerinnen und Aussiedler haben wie alle Zuwanderer einen Anspruch auf Rechtssicherheit und vernünftige Eingliederungshilfen.

Wenn man sich auf so einen Weg einigen kann, wenn wir eine soziale und solidarische Gesellschaft und einen sozialen und solidarischen Umgang mit Aussiedlern fordern, wie es die CDU tut, können wir das nicht nur auf den Umgang mit Aussiedlern beschränken, sondern wir müssen das auf den Umgang mit allen ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern und Einwanderern ausdehnen. Erst dann ist eine soziale und solidarische Gesellschaft möglich und nicht, wenn man das auf einen bestimmten Personenkreis beschränkt.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Kubicki.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrte und sehr geschätzte Frau Kollegin Schwarz! In der letzten Sitzung des Landtages hat uns die CDU-Fraktion erklärt, daß die Große Anfrage der F.D.P. zur Lage der Polizei Erbsenzählerei sei - das habe ich von dem Kollegen Füllner noch im Ohr. Liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion, ich wäre glücklich, wenn wir in der heutigen Debatte über ihre Große Anfrage trotz der ausgefeilten Fragetechnik

überhaupt etwas zu zählen hätten. Ich möchte mich deshalb dem Ertrag entsprechend auf wenige Anmerkungen beschränken.

Das Hauptziel der Spätaussiedlerpolitik kann nur in der möglichst raschen und vollständigen **Integration der Zuwanderer** in das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben unseres Landes sein.

(Beifall)

Der Schlüssel - darauf haben alle Beteiligten bisher hingewiesen - sind hier die Sprachkenntnisse, weshalb ich auch von dieser Stelle aus sage, daß ich kein Verständnis dafür habe, daß der Bund in diesem Bereich Mittel zurückfährt.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Wenn wir der Großen Anfrage entnehmen können, daß die **Deutschkenntnisse** der Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler immer schlechter werden, ist das ein Alarmzeichen. Ich möchte an dieser Stelle nicht die Debatte darüber führen, wie sich dies mit der Tatsache vereinbaren läßt, daß gerade das Beherrschen der deutschen Sprache angeblich eines der Hauptmerkmale für das geforderte Bekenntnis zur deutschen Kultur und damit zur Anerkennung als Spätaussiedler ist.

Solange auf Bundesebene keine Einigung über eine generelle Regelung und Steuerung von Migrationsbewegungen über ein **Einwanderungsgesetz** gefunden wird, müssen wir die **Quotierung** der Spätaussiedlerzahlen auf zirka 200 000 pro Jahr hinnehmen und versuchen, den betroffenen Menschen bestmöglich zu helfen. Sprachkurse sind der wichtigste Teil der Hilfe, die Verbesserung der beruflichen Qualifikation ist eine weitere. Denn die Anforderungen des hiesigen Arbeitsmarktes unterscheiden sich doch in starkem Maße und immer stärker von denen der meisten Herkunftsländer.

(Beifall bei der F.D.P.)

Wir begrüßen deshalb, daß die Landesregierung auf die veränderten qualitativen Anforderungen an die Beratung von Spätaussiedlern reagiert hat. Nicht mehr die Bewältigung von unmittelbaren Kriegsfolgen steht im Mittelpunkt, sondern die Vorbereitung auf ein Leben in einer neuen, und zwar völlig andersartigen Gesellschaft. Die Verteilung der Beratung auf mehrere Vereine beziehungsweise Verbände ist deshalb aus unserer Sicht nur folgerichtig. Wenn dabei auch noch kostengünstiger gewirtschaftet werden kann, ist das ein

weiterer Erfolg dieser Politik. Wir wünschten uns, daß er sich auch in anderen Bereichen umsetzen ließe.

(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau übernimmt den Vorsitz)

Ein Wort zur Frage der **Wohnortzuweisung!** Die Regelung des Wohnortzuweisungsgesetzes zur Vermeidung von Härten hat sich nach unserer Auffassung bewährt, auch wenn nicht alle Härten immer vermeidbar sind. Die Einzelfallregelung zur Vermeidung von besonderen Härtefällen ist aus unserer Sicht ausreichend.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU, die F.D.P.-Fraktion dieses Hauses würde sich freuen, wenn Sie das Engagement für Spätaussiedler auch für Asylberechtigte und Bürgerkriegsflüchtlinge aufbrächten.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch diese Menschen haben ihre Heimat nicht aus freien Stücken verlassen und sind auf unsere Hilfe angewiesen.

(Frauke Walhorn [SPD]: Sehr richtig! - Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Dann machen Sie mal eine Große Anfrage dazu!)

In Richtung des Kollegen Puls sage ich: Es besteht gleichwohl ein Unterschied zwischen Bürgerkriegsflüchtlingen und Asylbewerbern und denen, die wegen ihrer Deutschstämmigkeit zu uns kommen,

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Eben!)

denn sie haben jahrelang in ihren Herkunftsländern darunter leiden müssen, daß sie als Deutsche dort angesehen und diskriminiert wurden.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Genau deswegen!)

Deshalb haben wir hier eine besondere, über das normale Maß hinausgehende Verpflichtung. Aber das befreit uns insgesamt nicht davon, bei denen, die ihre Heimat oder ihr Heimatland nicht aus freien Stücken verlassen haben, in gleicher Weise zu helfen.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Eines dürfte die Beantwortung der Großen Anfrage zur Aussiedlerbetreuung deutlich gemacht haben: Heute brauchen deutschstämmige Einwanderer aus dem Osten nicht vorrangig Hilfe durch Menschen, die selbst aus dem Osten nach Deutschland gekommen sind. Sie brauchen in erster Linie keine Vereinnahmung durch jene, die nach Ende des Krieges aus dem ehemaligen deutschen Osten nach Deutschland gekommen sind. Sie brauchen schlicht und einfach die gleichen **Hilfen zur Integration**, die auch die meisten nach Deutschland kommenden Ausländerinnen und Ausländer benötigen.

Die Bedürfnisse jener Menschen, die nach Deutschland kommen, sind die gleichen, ob sie nun aus Kasachstan oder aus Kurdistan kommen. Sie brauchen Unterstützung, Sprachkurse und Eingliederungshilfen, um sich in unserer Gesellschaft zurechtzufinden.

(Beifall des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Dabei ist es zweitrangig, ob diese Hilfe durch den Landesverband der vertriebenen Deutschen oder andere Träger gewährleistet wird.

(Beifall des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Die Fragen der CDU lassen vermuten, daß es bei ihrer Großen Anfrage weniger um **Spätaussiedler** als um die Interessen der Vertriebenenverbände geht. Wie sonst will sie ihre Aussage erklären, daß jene Verbände am besten zur Betreuung von Spätaussiedlern geeignet seien, deren „Mitglieder selbst das Schicksal von Vertreibung und Neuanfang erlebt haben“? Ich meine, daß Spätaussiedler heute in der Regel keine Vertreibung mehr erfahren. Im übrigen wären die Vertriebenenverbände nach dieser Einschätzung noch besser geeignet, um Asylbewerberinnen und Asylbewerber zu betreuen - und das meinen Sie doch wohl nicht, oder?

Die Große Anfrage zur Aussiedlerbetreuung liegt auf der gleichen Linie wie der CDU-Haushaltsansatz für das Bildungsministerium. Dort hat sie einen Großteil der für kulturelle Belange der Aussiedler und

Förderung der Völkerverständigung vorgesehenen Mittel für den Landesverband der vertriebenen Deutschen beansprucht. Das ist meiner Meinung nach eine Politik von gestern.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Große Anfrage zur Aussiedlerbetreuung in Schleswig-Holstein wirft abermals die Frage auf, ob die geltende Ausländergesetzgebung noch sinnvoll und zeitgemäß ist. Unserer Ansicht nach ist sie es nicht. Wir unterstützen jene Menschen, die quer über alle Parteigrenzen hinweg eine Einwanderungsgesetzgebung für Deutschland fordern.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Bundesrepublik ist bereits ein Einwanderungsland mit all den Bereicherungen und Problemen, die eine multikulturelle Gesellschaft mit sich bringt. Wer das leugnet, ignoriert auf sträfliche Weise unsere ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger, macht sie zu Menschen zweiter Klasse. Wenn heute die Sprachkontrollen als Mittel der Quotierung für Aussiedler verschärft worden sind, ist das ein Schritt in die falsche Richtung, womit ich natürlich nicht meine, daß den Menschen, wenn sie hier sind, nicht geholfen werden soll. Wenn in Deutschland geborene ausländische Kinder jetzt verschärften Visumsregeln unterliegen, ist das schlicht unmenschlich.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß die Türkische Gemeinde aufgrund dieser Visumsregelung zu einem Schulboykott aufgerufen hat.

Wir meinen, daß ein **Einwanderungsgesetz** die sauberste Lösung für eine Ausländer- und Einwanderungspolitik ist.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die bisherige Politik und das bisherige Recht der deutschen Blutsverwandtschaft gehören in die Vergangenheit verbannt. Das haben glücklicherweise auch schon einige Christdemokraten erkannt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zuletzt möchte ich noch eine Anregung aufgreifen, die schon mein Vorgänger, Karl-Otto Meyer, geliefert hat. Er hat vor knapp zwei Jahren eine Kleine Anfrage bezüglich des **Integrationsprogramms HIPPY** gestellt. HIPPY, das heißt Home Instruction Programm for Preschool Youngsters.

(Zurufe)

- Ja, das habe ich auch lange geübt. Das ist ein Programm, das in Israel entwickelt wurde, bei dem Mütter mit ihren Kindern Sprachübungen machen und durch regelmäßige Mütteranleitungen auch selbst Kompetenzen in bezug auf das neue Land erwerben.

Damals war die Antwort des Innenministers, man verfolge die Bremer und Nürnberger HIPPY-Modellversuche mit Ausländerkindern mit Interesse, würde aber die abschließende Auswertung durch das Deutsche Jugendinstitut abwarten.

Dieser Bericht liegt seit geraumer Zeit vor. Das Programm hat sich als effektiv und sehr kostengünstig erwiesen. Mir ist klar, daß die aktuelle Haushaltslage wenig Anreize bietet, neue Programme aufzulegen. Allerdings dürfen die angespannten Finanzen des Landes auch nicht dazu führen, daß wir politische Gestaltung völlig aufgeben und alle in die Rolle der Rechnungsprüfer und Sparkommissare schlüpfen.

(Beifall der Abgeordneten Frauke Walhorn [SPD])

Ich denke, daß dieses Programm gerade wegen seiner verhältnismäßig niedrigen Kosten noch immer eine interessante Perspektive für die Aussiedlerbetreuung bietet. Daher erwarte ich mit Interesse die Aussage der Landesregierung darüber, wie sie heute zu HIPPY steht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. - Es ist beantragt worden, die Große Anfrage federführend in den Sozialausschuß und mitberatend in den Innen- und Rechtsausschuß zu überweisen. Wer so entscheiden will, den bitte ich um das Handzeichen! - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Darf ich fragen, ob es zur abschließenden Beratung in den Sozialausschuß, mitberatend in den Innen- und Rechtsausschuß überwiesen werden soll.

(Zurufe: Ja!)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 12 auf:

Neue Akzente in der Arbeitsmarktpolitik

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 14/485

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat die Frau Abgeordnete Küstner.

Birgit Küstner [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Vor gut zwei Wochen gab dpa eine Meldung heraus mit der Überschrift „Der Wahnsinn hat Methode: DAX und Arbeitslosigkeit auf Rekordhöhe - Jubel an der Frankfurter Börse und Horrormeldungen aus Nürnberg“.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, treffender kann man die Situation in unserem Lande wohl nicht beschreiben. Da meldet die Bundesanstalt für Arbeit einen erschreckenden und alarmierenden Höchststand der Arbeitslosigkeit von nunmehr 4,66 Millionen gemeldeten Arbeitslosen. Gleichzeitig erreicht der deutsche Aktienindex an der Frankfurter Börse ein historisches Hoch mit 3104,14 Punkten, und ein dritter Rekord wird mit einem neuen Zinstief am Rentenmarkt registriert.

Diese drei Rekorde stehen durchaus in einem inneren Zusammenhang, bedenkt man nur einmal die Tatsache, daß die Produktivität in der deutschen Industrie seit Anfang 1993 um rund ein Viertel zugenommen hat. Dies liegt nicht zuletzt daran, daß aufgrund des enormen technischen Wandels immer weniger Beschäftigte immer mehr produzieren können.

Diese Entwicklung kann man je nach Betroffenheit beklagen oder bejubeln. Eines aber steht fest: Das Phänomen des sogenannten **jobless growth** hat inzwischen auch Deutschland erfaßt. Es ist ohne Wenn und Aber Pflicht der Politik, darauf zu reagieren.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die katastrophale Entwicklung am Arbeitsmarkt ist ja nicht erst jetzt bekannt geworden. Ich kann dem SPD-Bundesvorsitzenden Oskar Lafontaine nur zustimmen, wenn er angesichts von knapp 4,7 Millionen Arbeitslosen feststellt - ich zitiere -, „daß die Politik von Bundeskanzler Helmut Kohl gescheitert ist.“

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

„Sein falscher Kurs in der Wirtschafts- und Finanzpolitik hat unser Land in eine dramatische Beschäftigungskrise geführt.“

Wie wahr, wie wahr!

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist doch nicht zu übersehen, daß die sogenannte Standortpolitik der Bundesregierung zwar die Unternehmensgewinne erhöht, aber die Katastrophe am Arbeitsmarkt nicht verhindert. Deshalb ist ein radikaler Kurswechsel in der Bundespolitik unumgänglich.

(Beifall bei der SPD)

Dazu gehört vor allem und sofort ein Ende des Kahlschlages in der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Wir brauchen außerdem neue Wege in der Arbeitsmarktpolitik. Die dramatische Situation schreit geradezu danach. Deshalb sind Sie, lieber Herr Geerds, einfach auf dem falschen Dampfer,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

wenn Sie wie kürzlich in der Debatte um die **sozialen Wirtschaftsbetriebe** behaupten, neue Initiativen in der Arbeitsmarktpolitik würden das bestehende Angebot gefährden.

Was ist denn von diesen bestehenden Angeboten nach den letzten Streichorgien in Bonn überhaupt noch nachgeblieben?

(Zuruf des Abgeordneten Klaus Schlie [CDU])

Auch Sie können die Augen vor den harten Fakten nicht verschließen: Die Mittel der Bundesanstalt für Arbeit wurden um Milliardenbeträge gekürzt, in Zukunft soll der Bundeszuschuß ganz wegfallen.

Der Bereich Fortbildung und Umschulung und damit das einzige präventive Element, das das bisherige Arbeitsförderungs-gesetz kannte, ist rigoros zusammengestrichen worden. Das gleiche gilt für die berufliche Rehabilitation. Dies trifft nicht nur Menschen, die aufgrund gesundheitlicher Beeinträchtigungen besonderer Fürsorge bedürfen, sondern wird auch auf Seiten der Reha-Einrichtungen allein in Schleswig-Holstein Tausende von Arbeitsplätzen gefährden.

(Konrad Nabel [SPD]: Kohl, der Jobkiller!)

- So ist es.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Sie können doch nicht den Kohl als Killer bezeichnen!)

Schließlich ist bei den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen seit dem 1. Januar 1997 die Zuschußobergrenze auf 75 % des berücksichtigungsfähigen Arbeitsentgelts festgesetzt worden. Dies wird mit Sicherheit dazu führen, daß zahlreiche Träger -darunter sicherlich auch viele Kommunen - den auf sie entfallenden Eigenanteil nicht mehr leisten können. Das Angebot an **ABM-Stellen** wird zwangsläufig sinken. Ich sehe schon haarklein voraus, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, daß Sie diese Entwicklung in der Argumentation dann wieder für sich ummünzen werden, etwa in dem Sinne, daß ABM-Maßnahmen nicht mehr genutzt würden und deswegen auch überflüssig seien.

(Frauke Walhorn [SPD]: Das ist klar!)

Soweit zu den bereits vollzogenen tiefen Einschnitten in die aktive Arbeitsmarktpolitik.

Von einem Umdenken der Bundesregierung angesichts der dramatischen Arbeitslosenzahlen ist weit und breit nichts zu spüren - im Gegenteil. Mit dem geplanten **Arbeitsförderungsreformgesetz** wird sich die Situation noch verschärfen. Dieses Gesetz, das das Attribut Reform auch nicht im Ansatz verdient, wird den Anforderungen, die an ein Arbeitsförderungs-gesetz bei konjunkturell wie bei strukturell bedingter Arbeitslosigkeit zu stellen sind, bei weitem nicht gerecht. Deshalb lehnt die SPD auf Bundes- wie auf Landesebene es auch ab.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die SPD-Landtagsfraktion ist sich sehr wohl bewußt, daß es nicht reicht, nur anklagend mit dem Finger auf Bonn zu zeigen,

(Beifall bei der CDU)

und daß es schon gar nicht weiter hilft, etwa auf die Einsichtsfähigkeit der Bundesregierung zu hoffen.

Deshalb stellen wir gemeinsam mit der Landesregierung Überlegungen an, wie die **aktive Arbeitsmarktpolitik** in Schleswig-Holstein weiterentwickelt und den veränderten Gegebenheiten angepaßt werden kann.

Wir bekennen uns jedenfalls zu unserer Verantwortung gegenüber den Menschen, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Es ist nur zu wünschen, daß zumindest, was die Verantwortung gegenüber den Arbeitslosen betrifft, hier im Landtag parteiübergreifend Konsens besteht und daß wir vielleicht aus dieser Verantwortung heraus doch einmal gemeinsam Lösungswege erarbeiten können.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aus der Sicht der SPD-Landtagsfraktion muß eine zukunftsorientierte Arbeitsmarktpolitik im Land wie auf Bundesebene vor allem folgende Elemente enthalten: Sie soll durch Vernetzung, Schwerpunktsetzung und Kontrolle die Effizienz der eingesetzten Mittel erhöhen. Sie muß in Zukunft Arbeitsmarktpolitik noch stärker mit Wirtschafts- und regionaler Strukturpolitik verknüpfen, und sie muß präventive Elemente enthalten.

(Frauke Walhorn [SPD]: Richtig!)

Außerdem muß eine sinnvolle Arbeitsförderung da ansetzen, wo Arbeitslosigkeit entsteht. Das heißt, sie muß betriebsnah wirken.

Ein weiteres Ziel muß verstärkt die Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt sein. Und wir brauchen zusätzliche Instrumente, die arbeitslosen Sozialhilfeempfängern eine Rückkehr in das Arbeitsleben ermöglichen. Wie dies praktisch umgesetzt werden kann, haben wir mit unserem Antrag dargestellt. Ich will dies an drei Beispielen festmachen.

So soll die von uns vorgeschlagene **Innovations- und Personalentwicklungsgesellschaft** im Falle von Betriebsschließungen, Standortverlagerung oder

betrieblichen Umstrukturierungen im Kontakt mit allen Beteiligten Auffanglösungen realisieren. Aus der Sicht der SPD-Landtagsfraktion ist dies ein wichtiges Instrument, um den regionalen wirtschaftlichen Strukturwandel, den wir auch hier bei uns im Land zu verzeichnen haben, sozialverträglich abzufedern.

Die Integrationschancen von Sozialhilfeempfängerinnen und -empfängern wollen wir unter anderem durch eine Arbeitsvermittlung nach der in Holland entwickelten **Maatwerkmethode** erhöhen. Mit dem verstärkten Einsatz der Beschäftigung nach § 242 s AFG im Bereich der präventiven Jugendarbeit wollen wir einen Doppeleffekt erreichen. Dieses Instrument soll für Kommunen und Jugendverbände den Anreiz und die Möglichkeit bieten, dieses wichtige Tätigkeitsfeld zu erhalten und auszubauen. Es soll zugleich neue Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen.

Alles in allem hat die SPD-Landtagsfraktion mit ihrem Antrag ein ausgewogenes Maßnahmenpaket vorgeschlagen, das gemeinsam mit unserem bewährten Programm „Arbeit für Schleswig-Holstein“ auch in Zukunft einen wichtigen Beitrag für eine beschäftigungswirksame Politik in Schleswig-Holstein leisten wird.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für diese Politik stehen wir auch in Zukunft ohne Wenn und Aber. Wir werden uns darin nicht beirren lassen. Darin wissen wir uns einig mit der Landesregierung.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Sinne der Arbeitslosen und von Arbeitslosigkeit bedrohten Menschen in Schleswig-Holstein ist darüber hinaus nur zu wünschen, daß wir in den anstehenden Ausschußberatungen über Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik - wir haben inzwischen einiges, das noch zu beraten ist - über Parteigrenzen hinweg - wie ich schon anfangs gesagt habe - vielleicht doch einmal gemeinsam Wege aus der Arbeitslosigkeit erarbeiten können.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Geerds.

Torsten Geerds [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Hinter der monatlich veröffentlichten Arbeitslosenstatistik stecken über 100 000 Einzelschicksale in Schleswig-Holstein. Wer allerdings berücksichtigt, daß selbstverständlich Angehörige betroffen sind, spürt - egal, wo er politisch steht - die Sprengkraft, die hinter solchen Zahlen steckt.

Arbeitslosigkeit ist das Problem Nummer 1 in unserer Gesellschaft. Natürlich ist es richtig, daß der große Wurf gegen das verordnete Nichtstun nur gelingen kann, wenn die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft stimmen. Richtig ist allerdings auch, daß eine anspringende Konjunktur nicht automatisch zu mehr Beschäftigung führen wird. In genau diesem Dilemma stecken wir alle zur Zeit gemeinsam.

Ich bin froh, daß es während der Haushaltsberatungen in den vergangenen zwei Tagen nicht zu einem großen Streit der Fraktionen über die Maßnahmen auf dem zweiten Arbeitsmarkt gekommen ist. Die reine Ordnungspolitik ist manchmal eben leider doch nur graue Theorie. Der **zweite Arbeitsmarkt** ist zur Zeit unverzichtbar.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Daher ist es gut, daß für das Haushaltsjahr 1997 vom Bund wieder 2,6 Milliarden DM an Mitteln zur Verfügung gestellt worden sind, die es erlauben, in Westdeutschland 80 000 Teilnehmerinnen- und Teilnehmerplätze für **ABM** zur Verfügung zu stellen - so viele, wie im Jahr 1996 eben auch.

Der von der SPD vorgelegte Antrag ist, wenn man die parteipolitische Polemik beiseite räumt, eine gute Diskussionsgrundlage für den Sozialausschuß. Das will ich offen zugeben.

(Beifall bei der SPD)

Wir sollten schauen, welche Förderungsbestandteile des Programms „Arbeit für Schleswig-Holstein“ zu überprüfen und zu ergänzen sind. Von daher beantrage ich schon einmal die Überweisung in den zuständigen Ausschuß.

Bereits während der gestrigen Haushaltsberatungen ist beschlossen worden, den § 242 s AFG verstärkt im Bereich der **präventiven Arbeit in den Jugendtreffs** und Jugendzentren, bei den Jugendverbänden und im

Integrationsbereich von Jugendarbeit und Schule auszubauen. Ich möchte für die CDU-Fraktion erklären, daß eine solche Maßnahme Sinn machen kann. Arbeit im Jugendbereich ist vorhanden. Gerade die Kommunen und die Jugendverbände würden gern mehr tun, wenn die Haushaltslage vor Ort es zuließe. Von daher ist es richtig, diesen Weg zu prüfen.

Die CDU-Fraktion hat auch keine Probleme damit, verstärkt alleinerziehende Sozialhilfeempfängerinnen in das Programm „Arbeit für Schleswig-Holstein“ zu integrieren, indem wir überprüfen, ob auch in diesem Bereich verstärkt Teilzeitbeschäftigungen angeboten werden können.

Mit der CDU-Fraktion kann man mit Sicherheit über neue Formen der Arbeitsvermittlung von Sozialhilfeempfängerinnen und **Sozialhilfeempfängern** reden. Wir verschließen uns dort keiner neuen Idee. Unser Ziel ist es, Sozialhilfeempfänger in Arbeit zu bringen, entweder in vollwertige Arbeit auf dem ersten Arbeitsmarkt oder in gemeinnützige Beschäftigung in den Kommunen.

(Beifall bei der CDU)

Wir tun dies nicht, weil wir die Sozialhilfeempfänger ganz besonders auf dem Kieker haben, sondern wir tun dies, weil Arbeit etwas mit dem Selbstwertgefühl der Menschen zu tun hat. Wir tun dies aber auch, weil wir die Haushaltslage im Sozialbereich der Kommunen sehr gut kennen.

1996 wurde bundesweit durch das sogenannte **Überbrückungsgeld** zur Förderung der Aufnahme einer selbständigen Tätigkeit 86 000 zuvor Arbeitslosen der Start in die Selbständigkeit ermöglicht. Daher haben wir überhaupt kein Problem, wenn sich auch das Land in dieser Frage verstärkt einbringen will.

Vor einem Verhaltensmuster möchte ich in dieser Diskussion allerdings warnen. Tun Sie in Ihrem Antrag bitte nicht so, als sei all das, was sie hier vorschlagen, eine brandneue Idee der Sozialdemokratie! Gerade das Instrument der Förderung der Arbeitsaufnahme einer selbständigen Tätigkeit wird vom Bund bereits praktiziert, wie die eben gehörten Zahlen es beweisen.

Bedenken - auch das will ich sehr deutlich sagen; aber darüber können wir im Ausschuß reden - hat die CDU-Fraktion bei der SPD-Forderung nach Einrichtung einer **Innovations- und Personalentwicklungsgesellschaft** für Schleswig-Holstein. Auch wenn das verfolgte Ziel, nämlich den von Arbeitslosigkeit Bedrohten eine

unmittelbare berufliche Perspektive aufzuzeigen, lobenswert erscheint, so haben wir doch Zweifel, daß an dieser Stelle wirklich Erfolgsaussichten entstehen können.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich hoffe, Sie spüren es, daß wir bereit sind, alle Instrumente zu diskutieren, die Arbeitslose in Beschäftigung bringen; sie dürfen allerdings nicht zu einer Schwächung des ersten Arbeitsmarktes führen. Der erste Arbeitsmarkt braucht unser ganz besonderes Augenmerk.

Die Tarifvertragsparteien müssen das Thema Überstunden endlich aufnehmen, und zwar beide Seiten. Aber auch hier führen wir teilweise eine Phantomdiskussion. Sicher ist es richtig, daß es für einen Betrieb einfacher ist, **Überstunden** zu fahren, als neue Arbeitsplätze auf Dauer einzurichten. Aber genauso richtig ist auch, daß sich ein Großteil der Arbeitnehmerschaft einen Lebensstandard zugelegt hat, der nur durch Überstunden überhaupt noch aufrechtzuerhalten ist. Auch das gehört zur Wirklichkeit in unserer Gesellschaft.

Trotz alledem gibt es durch den Überstundenabbau eine Chance auf mehr Beschäftigung für mehr Bürgerinnen und Bürger in der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heindl
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Aber beide Seiten sind gefordert, die Arbeitgeber genauso wie die Arbeitnehmer. Ich sehe, daß alle am bisher Praktizierten festhalten.

(Thorsten Geißler [CDU]: Die Betriebsräte!)

300 000 Menschen suchen derzeit eine **Teilzeitarbeitsstelle** in Deutschland und können diese nicht finden. Auch hier sind die Tarifvertragsparteien verstärkt gefordert. In 24 % der Fälle sind die Wünsche der Arbeitnehmer deckungsgleich mit den betrieblichen Erfordernissen. Also auch dort gibt es Raum, um zu handeln.

Eine für die CDU-Landtagsfraktion wichtige Sache ist zum 1. Januar 1997 auf den Weg gebracht worden. Jeder, der zu Hause bei sich eine Haushaltskraft sozialversicherungspflichtig beschäftigt, kann die Kosten dafür im Rahmen des Sonderausgabenabzugs bis zu einer Höhe von 18 000 DM im Jahr steuerlich geltend machen. Ich finde, dies ist ein wichtiger und richtiger Schritt, um Arbeitslosigkeit ein Stück weit zu bekämpfen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Durch die Einführung eines Haushaltsscheckverfahrens werden organisatorische Hürden ausgeräumt und die Poolbildung für Minijobs wird ermöglicht. Bislang mußten Privatpersonen dieselben Pflichten erfüllen wie Betriebe, wenn sie jemanden zu Hause beschäftigen wollten. Diese Pflichten sollen nun durch das neue Meldeverfahren für sie deutlich einfacher und unbürokratischer werden.

Wenn die anderen genannten Punkte von den Gewerkschaften und von den Arbeitgebern aufgegriffen werden, wenn die Politik für gute Rahmenbedingungen sorgt - damit meine ich eine vernünftige Steuerpolitik und eine Reduzierung der Lohnzusatzkosten - und wenn es uns an dritter Stelle gelingt, sinnvolle ergänzende Maßnahmen im zweiten Arbeitsmarkt voranzubringen, die nicht zu einer Konkurrenz für den ersten Arbeitsmarkt führen, dann bin ich mir ganz sicher, daß wir auch aus Ländersicht ein Optimum leisten können, um dem Problem der Arbeitslosigkeit Einhalt zu gebieten.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Böttcher.

Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich freue mich, daß die CDU die Notwendigkeit des **zweiten Arbeitsmarktes** hier deutlich bekräftigt hat.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Bisher hatte ich immer den Eindruck, die CDU fürchte den Begriff „zweiter Arbeitsmarkt“ wie der Teufel das Weihwasser.

Eigentlich wäre es bei diesem Thema angebracht und üblich, auf die **Bundesregierung** zu schimpfen, die über ein Jahrzehnt die wesentliche Verantwortung für die Arbeitsmarktpolitik trägt, wobei man im Ergebnis eher feststellen muß, daß sie dies nicht tut. Dabei will ich es dann auch belassen. Die Hoffnung, etwas Positives aus Bonn zu erwarten, braucht einen größeren Optimisten als mich. Bewegen wird sich diese Bundesregierung nur noch, wenn sie auf die

Oppositionsbank wechseln muß. Erst dann ist damit zu rechnen, daß der Schwerpunkt auf die Bekämpfung der **Arbeitslosigkeit** gelegt wird und nicht auf die Bekämpfung der Arbeitslosen.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Massenarbeitslosigkeit ist eine gigantische Verschwendung gesellschaftlicher Ressourcen. Sie gefährdet unsere sozialen Sicherungssysteme, und vor allen Dingen verursacht sie schwerwiegende soziale und menschliche Probleme für die Betroffenen. Man muß dabei nicht immer Weimarer Verhältnisse beschwören; aber der **soziale Friede**, der bisher ein wesentlicher Faktor für die Stabilität dieser Gesellschaft gewesen ist, ist akut gefährdet. Deshalb sind wir in der Pflicht, die uns zur Verfügung stehenden Mittel zur **Arbeitsmarktförderung** so effektiv und zielgerichtet wie möglich einzusetzen und **neue Instrumente** zu entwickeln, die zum Erhalt und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze beitragen, so zum Beispiel, wie von der SPD vorgeschlagen, eine Auffanggesellschaft für von der Schließung bedrohte Betriebe oder die Förderung sozialer Wirtschaftsbetriebe. Ich glaube, es gibt noch eine ganze Menge anderer Ideen, wie man das erreichen kann, wenn man unkonventionell an die Sache herangeht.

Ebenso muß versucht werden, die klassische Arbeitsmarktförderung enger mit der **Wirtschaftsförderung** zu verknüpfen. Diese Bereiche werden traditionell getrennt und in verschiedenen Ressorts angesiedelt, und auch hier im Landtag werden sie in verschiedenen Ausschüssen diskutiert, aber selten zusammengeführt. Ich denke, es lohnt sich, darüber nachzudenken, wie man sie enger zusammenbringen kann und ob dadurch nicht stärkere Arbeitsmarkteffekte zu erzielen sind. Manchmal hat man den Eindruck, daß auch im Bereich der Wirtschaftsförderung die Arbeitsplatzeffekte nicht unbedingt im Vordergrund stehen.

Wir müssen auch darüber diskutieren, ob die **Grundlagen der Arbeitsmarktpolitik** noch stimmen. Wenn aufgrund von Produktivitätszuwächsen immer weniger menschliche Arbeitskraft gebraucht wird, um die notwendigen und absetzbaren Güter zu produzieren, dann muß man sich der Frage stellen, ob die Vorstellung von Vollbeschäftigung und von 38,5 Stunden Wochenarbeitszeit für alle noch aufrechterhalten werden kann.

Neben der Notwendigkeit der verstärkten Arbeitsmarktförderung muß über eine **Neuverteilung der Arbeit** und darüber nachgedacht werden, wie dies durch **staatliche Unterstützung** gefördert werden kann. Die Politik darf die Tarifparteien bei diesem Problem nicht allein lassen; denn Arbeitslosigkeit ist eben nicht allein ein Problem zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften, sondern sie ist ein gesellschaftliches Problem, bei dem staatliche Unterstützung dringend angebracht ist.

Arbeit und damit auch Einkommen für alle muß das Ziel sein. Unter dieser Zielsetzung müssen Lösungen erarbeitet und umgesetzt werden, damit nicht ein großer Teil unserer Gesellschaft ausgebremst wird. Dieser Herausforderung müssen wir uns stellen. In diesem Sinne kann ich auch das, was Frau Simonis am Mittwoch ausgeführt hat, nur unterstützen. Sie hatte ja in ihrem Beitrag auch die Zukunft der Arbeitsmarktpolitik angesprochen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Ich hoffe, daß wir in diesem Sinne eine breite Diskussion im Sozialausschuß darüber führen und daß wir uns vielleicht auch wirklich überlegen - das ist ein ernsthafter Vorschlag von mir -, wie wir Wirtschaftsförderung, Wirtschaftspolitik und Arbeitsmarktpolitik im Interesse derjenigen, die Arbeit suchen, und im Interesse daran, daß es möglichst wenige Arbeitslose in diesem Land gibt, zusammenbringen. Wir sollten auch prüfen, ob man nicht beide Instrumente zusammen wesentlich effektiver nutzen kann, als dies bisher geschehen ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Aschmoneit-Lücke.

Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Angesichts der Rekordzahl von 4,7 Millionen offiziell arbeitslos gemeldeter Frauen und Männer wirkt der heutige Antrag der SPD auf mich - das muß ich hier ganz klar sagen - eher peinlich. Auch die Debatte, die wir führen, jetzt schon seit Monaten immer wieder mit Grabesstimme zu sagen - was völlig richtig ist -, **Arbeitslosigkeit** sei unser großes Problem, reicht schlicht nicht aus. Ich habe manchmal das Gefühl, daß die Debatten, die auch in diesem Hause darüber geführt

werden, eigentlich nur dazu dienen, daß wir alle unsere Betroffenheit zum Ausdruck bringen und daß letztlich überhaupt nichts passiert.

Wenn Sie - da sage ich durchaus: in mancherlei Hinsicht zu Recht - mit dem Finger auf **Bonn** weisen, möchte ich umgekehrt sagen, daß auch die SPD in Bonn mit der Blockade tiefgreifender Reformen, die dort gemacht und angedacht werden, mit Sicherheit nicht dazu beiträgt, daß wirkliche **Reformen** auch durchgesetzt werden.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Herr Böttcher, Sie haben zu Recht von **Wirtschaftspolitik** gesprochen. Nur diese Reformen würden dann - davon bin ich überzeugt - dazu führen, daß Arbeitsplätze geschaffen werden beziehungsweise daß in Schleswig-Holstein auch Arbeitsplätze erhalten werden können.

Natürlich werden wir uns der Diskussion im Ausschuß nicht verweigern. Natürlich werden wir alle inzwischen vorliegenden Anträge zur Arbeitsmarktpolitik ernsthaft diskutieren, aber, wie gesagt, immer unter der Fragestellung, ob diese Maßnahmen denn tatsächlich greifen können oder ob sie nicht möglicherweise für den ersten Arbeitsmarkt eher schädlich sind.

(Beifall der Abgeordneten Silke Hars [CDU])

Meine Damen und Herren, in Ihrem Antrag werden konjunkturelle und strukturelle Arbeitslosigkeit völlig undifferenziert und kunterbunt durcheinandergewürfelt. Da wird wieder einmal das **Programm „Arbeit für Schleswig-Holstein“** gefeiert, von dessen Erfolg mittlerweile noch nicht einmal mehr die eigene Sozialministerin überzeugt ist, wenn ich die Pressemitteilung vom 18. Januar richtig verstanden habe.

(Zuruf von der SPD)

- Wir können uns gern darüber unterhalten. Ich habe im „Flensburger Tageblatt“ gelesen, daß auch Sie, Frau Ministerin, gesagt haben, das Programm „Arbeit für Schleswig-Holstein“ habe zu keinem einzigen Arbeitsplatz geführt.

Auch der mittlerweile obligatorische Hinweis auf den EU-Partner Niederlande fehlt natürlich nicht. Vorbild Niederlande! Ausgerechnet die deutschen Sozialdemokraten sehen in der niederländischen Reform einen Königsweg? frage ich Sie. Sie sprechen

es an. Das überrascht - nicht, weil Teilzeitarbeit dort wesentlich verbreiteter ist als hierzulande. Dies ist ja auch das einzige Argument, mit dem Sie für das **niederländische Modell** werben. Ich will Ihnen einmal etwas mehr über das niederländische Modell sagen. Sie müßten dann nämlich auch für die Kürzung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall werben.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Hört, hört!
- Beifall der Abgeordneten Silke Hars
[CDU])

Sie müßten für ein fast völlig privatisiertes Gesundheitssystem werben, einschließlich der Vorsorge im Pflegefall.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Hört, hört!
- Zuruf von der CDU: Genauso ist es!)

Machen Sie sich doch stark für ein Rentensystem, das bis auf eine Grundversorgung reduziert wurde, und fordern Sie mehr Eigenverantwortung bei der Altersvorsorge! - Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind nur einige Kernpunkte der tiefgreifenden niederländischen Reformen, die nicht zuletzt den dortigen Arbeitsmarkt wieder in Schwung gebracht haben. Von dem schwedischen Maßnahmenkatalog will ich hier gar nicht reden. Man könnte in diesem Zusammenhang übrigens auch auf Neuseeland verweisen. Aber das ist so weit weg, daß viele vielleicht gar nicht wissen, was dort passiert ist.

Meine Damen und Herren, das, was ich Ihnen eben aufgezählt habe, muß doch für Sie ein Horrorkatalog sein, jedenfalls für diejenigen unter Ihnen, die sich unter einer Volkswirtschaft immer noch so eine Art Legobaukasten vorstellen: Bei Bedarf ersetzt Vater Staat einfach ein weißes Steinchen durch ein rotes, und schon funktioniert alles wieder.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]

Meine Damen und Herren, es ist schlicht unehrlich, sich immer nur die eine oder andere Rosine aus dem niederländischen Reformprogramm herauszupicken und dieses dann als umfassende Problemlösung anzubieten.

(Beifall der Abgeordneten Silke Hars
[CDU])

Ähnliches gilt übrigens auch für die populäre Forderung nach der Entlastung der

Sozialversicherungssysteme von sogenannten versicherungsfremden Leistungen.

Meine Damen und Herren, die **Lohnzusatzkosten** - ich glaube, hier gibt es überhaupt keine Divergenzen mehr - haben mittlerweile schwindelerregende Höhen erreicht und werden ja weiter erhöht. Aber bislang endete noch jede ernsthafte Auseinandersetzung über die Frage, wie die Lohnzusatzkosten zu senken sind und welche **versicherungsfremden Leistungen** herausgenommen werden sollen, darin, daß man sich nicht einig war, was versicherungsfremde Leistungen sind und was nicht.

Ich will kurz an ein aktuelles Thema erinnern, das die Grünen im Zusammenhang mit dem **Methadonprogramm** in Schleswig-Holstein angesprochen haben. Da wird gefordert, daß die Krankenkassen sich weiter beteiligen. Meine Damen und Herren, ist das nun eine versicherungsfremde Leistung oder ist es das nicht?

Wir müssen uns doch bei dieser Frage, wenn wir pauschal sagen, die versicherungsfremden Leistungen sollten herausgenommen werden, immer wieder überlegen, was im Einzelfall damit gemeint ist.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Ich habe die Befürchtung - ich sage das ganz ernst -, daß bei jeder Art von Leistung, die wir aus diesem Katalog herausnehmen, letzten Endes alle wieder sagen: Dies ist nicht versicherungsfremd.

Das ist mit Sicherheit nicht der richtige Weg, um die Lohnzusatzkosten zu senken. Das scheint mir einer der wichtigsten Punkte überhaupt zu sein, die wir angehen müssen, um den Arbeitsmarkt wieder in Schwung zu bringen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie fühlt man sich wohl heute in dieser Republik, wenn man als Arbeitnehmer oder Arbeitnehmerin ohne Arbeit dasteht - zusammen mit Millionen anderen, die auch davon betroffen sind? Im Januar 1997 waren es fast 4,6 Millionen Menschen; das ist die höchste

Arbeitslosigkeit in Deutschland seit den dreißiger Jahren. In Schleswig-Holstein haben wir die höchste Arbeitslosigkeit seit den fünfziger Jahren. Wie fühlt man sich wohl, wenn man dann hört, daß trotz guter Wachstumsaussichten unserer Wirtschaft langfristig keine Besserung auf dem Arbeitsmarkt zu erwarten ist?

Diese Menschen brauchen in einer solchen Situation unbedingt Perspektiven, sie brauchen Zuversicht, daß es mit ihrer beruflichen Zukunft weitergehen kann. „Stillstand ist Rückschritt“ sagt man, und das gilt insbesondere für die Lage der Arbeitslosen. Um diese Menschen wieder in Arbeit zu bringen, braucht man Angebote zur **Weiterbildung und Umschulung**. Außerdem müssen sie die Chance bekommen, sich eine eigene Existenz aufzubauen oder für eine Übergangszeit auf dem **zweiten Arbeitsmarkt** beschäftigt zu werden.

Es gibt auch hier keine einfachen Lösungen. Man kann natürlich wie die F.D.P. dafür plädieren, Marktwirtschaft pur einzuführen, und dann darauf hoffen, daß mit dieser reinen Lehre irgendwann genug Arbeitsplätze geschaffen werden. Ich denke, darauf können wir nicht warten, und die negativen Folgen eines strenggläubigen Liberalismus sind hinlänglich aus den USA oder Großbritannien bekannt.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD])

Wir wollen eine Politik, bei der der Staat aktiv eingreifen sollte, um die Probleme auf dem Arbeitsmarkt zu lösen.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Dazu gehört auf der einen Seite eine Finanz-, Steuer- und Wirtschaftspolitik, die langfristig Arbeitsplätze und Investitionen fördert.

(Beifall der Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.])

Ich will hier nicht ins Detail gehen, aber ein Stichwort ist natürlich die **Senkung der Lohnnebenkosten**, finanziert durch eine **ökologische Steuerreform**. Auf der anderen Seite muß die Gesellschaft eingreifen, um durch Qualifizierung und Weiterbildung der Arbeitslosen neue Potentiale auszuschöpfen. Um diese Ziele zu verwirklichen, brauchen wir eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die von allen gesellschaftlichen Gruppen - sowohl von Arbeitgebern als auch von Arbeitnehmern - getragen wird.

Leider zieht sich die Bundesregierung gerade in diesem Jahr mit voller Wucht aus der Beschäftigungspolitik zurück. Die **Bundesanstalt für Arbeit** kürzt massiv die ABM-Stellen und streicht die Mittel für Umschulung und Fortbildung zusammen. 1997 werden in Schleswig-Holstein fast 4000 Arbeitslose weniger als 1996 eine berufliche Umschulung beginnen, und das bei stark steigendem Bedarf.

Deshalb begrüßen wir ausdrücklich, daß die **Landesregierung** versucht, mit ihren zugegebenermaßen begrenzten Mitteln und Möglichkeiten eine eigene aktive Arbeitsmarktpolitik zu betreiben. Uns ist bewußt, daß auch **Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen** nicht unproblematisch sind. Es ist ja richtig, wie auch von verschiedener Seite angeführt wurde, daß beispielsweise viele der geschaffenen ABM-Stellen in Ostdeutschland für den Arbeitsmarkt perspektivlos waren.

Wir treten nicht dafür ein, einfach nur Beschäftigungstherapie für Arbeitslose zu machen. Die Dinge müssen Hand und Fuß haben - mit beruflichen Perspektiven für die Menschen und mit nützlichem Output für die Gesellschaft. Auch das **Programm „Arbeit für Schleswig-Holstein“** muß vor dem Hintergrund der leeren Kassen weiterentwickelt und reformiert werden.

In dem vorliegenden Antrag der SPD sehen wir einige Ansätze, die in diese Richtung weisen. Ich will kurz auf einige Aspekte des Antrages eingehen. Wir werden später im Ausschuß noch genug Gelegenheit haben, uns intensiver mit diesen Ansätzen zu beschäftigen.

Die Idee eines **Ausbaus des zweiten Arbeitsmarktes** ist nicht so abwegig. Es gibt genug gesellschaftliche Aufgaben - beispielsweise im Sozial- oder Umweltbereich -, für die man Arbeitslose sinnvoll einsetzen kann, so zum Beispiel im Bereich der präventiven Jugendarbeit, wie es die SPD vorgeschlagen hat.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das müssen Sie aus Steuern finanzieren und nicht aus dem Arbeitslosengeld!)

- Ja, man kann aber die Rechnung nicht so eng aufstellen.

Besonders **Frauen** haben es in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit schwer. Es gibt unzählige Frauen, die es nach der Geburt eines Kindes nicht mehr geschafft

haben, auf dem Arbeitsmarkt wieder Fuß zu fassen. Das kann doch auch nicht im Sinne der Männer sein. Oder wollen wir für die Frauen wieder nur die drei Ks gelten lassen?

Alleinerziehende Frauen haben es noch schwerer. Der Bundesgesetzgeber macht es diesen Frauen nicht leicht, den Kontakt zum Arbeitsmarkt zu erhalten, wenn sie Sozialhilfe empfangen. Dabei ist es langfristig auch volkswirtschaftlich von Vorteil, wenn solche Frauen beispielsweise durch **Teilzeitarbeit** auf Tuchfühlung mit dem Arbeitsmarkt bleiben und dadurch später leichter wieder eine Vollzeitarbeitsstelle bekommen können.

(Beifall der Abgeordneten Frauke Walhorn [SPD])

Wir können deshalb dem Ansinnen der SPD-Fraktion folgen, diese Teilzeitstellen zusätzlich zu fördern.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Frau Abgeordnete, bitte kommen Sie zum Schluß.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Ich muß zum Schluß kommen. Das ist ärgerlich. Ich meinte, ich hätte mehr Redezeit. Ich hoffe, daß wir diese Problematik im Ausschuß weiter erörtern können. Ich hätte natürlich Lust, noch einmal diesen berühmten Blick über den eigenen Tellerrand hinaus zu wagen, weil gerade nördlich der Grenze in diesem Jahr eine aktive und auch sehr visionäre Arbeitsmarktpolitik mit neuen Urlaubsregelungen, verstärkten Weiterbildungsmöglichkeiten und ähnlichem begonnen hat. Ich denke, darauf kann ich im Ausschuß noch eingehen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Ministerin Moser.

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sprache kann verräterisch sein. Deshalb lassen Sie mich zurückkommen auf eine Äußerung des Oppositionsführers in der Haushaltsdebatte vorgestern. Er sagte „Arbeit gehöre zu den alles überragenden Überschriften“. Wer nur Überschriften produziert,

meine Damen und Herren, und in der Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik gar nichts oder etwas anderes tut, als er vorgibt zu wollen, verschärft das Problem der **Massenarbeitslosigkeit** tatsächlich und psychologisch.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Angesichts der katastrophalen Lage am Arbeitsmarkt möchte ich an uns alle appellieren, meine Damen und Herren, etwas bescheidener und etwas vorsichtiger im Zusammenhang mit politischen Erklärungen, Ankündigungen, Zielsetzungen und Zielvorgaben im Bereich der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik zu sein. Auch deshalb begrüße ich den - wie ich finde - adäquat überschriebenen Antrag der SPD-Fraktion, der da heißt, „Akzente der Arbeitsmarktpolitik“.

(Günter Neugebauer [SPD]: Neue Akzente!)

- Neue Akzente! Bei mir lag der Akzent auf Akzent.

(Heiterkeit - Konrad Nabel [SPD]: Sehr gut!)

Wir haben auch in Schleswig-Holstein eine im wahrsten Sinne des Wortes brandgefährliche Entwicklung. Fast 140 000 arbeitslose Männer und Frauen - das ist eine Quote von 12,3 % - bedeuten 18 700 betroffene Männer und Frauen mehr als im Vorjahr. Da tröstet es gar nicht oder nur wenig, daß es Schleswig-Holstein im Bundesvergleich West keineswegs am schlimmsten getroffen hat und daß wir immer noch deutlich über dem Bundesdurchschnitt liegen. Denn es gibt ja nach allen landeseigenen beschäftigungspolitischen Anstrengungen auch Erfolge, wie ich hinzufügen möchte. Damit meine ich jetzt nicht nur unsere Arbeitsmarktpolitik, sondern auch die Erfolge der Wirtschaftspolitik, wie sie im Jahreswirtschaftsbericht deutlich geworden sind. Trotz dieser Anstrengungen und Erfolge müssen wir feststellen, daß aus den Zahlen, die der Präsident des Landesarbeitsamtes uns mitgeteilt hat, keine positive Entwicklung, keine positive Perspektive ableitbar ist.

Im Gegenteil, wir haben hier im Lande regional vereinzelt Arbeitslosenquoten, die an Zahlen erinnern, die bisher nur in ostdeutschen Bundesländern als Ausdruck eines Strukturbruchs zu registrieren waren. Beispiel: 17,3 % Arbeitslose für den Bezirk des Arbeitsamts Flensburg. Das ist eine katastrophale Zahl, und es ist zugleich sehr viel mehr. Dahinter stehen

allein in diesem umgrenzten Raum 22 216 einzelne Frauen und Männer, deren Arbeitslosigkeit die Familien mitbetrifft. Das bedeutet wirtschaftliche Probleme, das bedeutet Verzicht, Angst und Hoffnungslosigkeit.

Was leistet und was bedeutet **aktive Arbeitsmarktpolitik** vor einem solchen Hintergrund? Frau Aschmoneit-Lücke, Sie haben für die F.D.P. am 6. Februar in einer Presseerklärung erklärt: „Faktisch dient dieses Geld“ - gemeint sind die Mittel für das Programm ASH - „nur dazu, die Menschen aus der Arbeitslosenstatistik herauszukaufen und ihnen vielfach eine Beschäftigung vorzugaukeln, wo es längst keine Beschäftigung mehr gibt.“ Verzeihen Sie mir, aber ich kann nichts dafür, daß mir dabei eine kabarettistische Formulierung einfiel, die ich vor Jahren einmal gehört habe. Sie lautete: Die F.D.P. ist der natürliche Feind des Menschen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD -
Zurufe von der CDU: Oh!)

Das lasse ich einfach einmal so stehen und füge - nicht kabarettistisch, sondern in allem Ernst - hinzu: **Arbeitsmarktmaßnahmen** sind für die Betroffenen eine unverzichtbare Überbrückung

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN und SSW)

zur Erhaltung beruflicher und sozialer Kompetenz. Sie sind darüber hinaus gesamtpolitisch ebenso eine unverzichtbare Brücke zu neuen konsensorientierten Konzepten für eine gerechte **Verteilung der Erwerbsarbeit**.

(Beifall bei SPD und SSW)

Denn, meine Damen und Herren, wenn wir ehrlich miteinander sind: Wir haben diese Konzepte alle miteinander noch nicht entwickelt, und es wird höchste Zeit, daß wir daran gemeinsam arbeiten. Das ist schon mehrfach gesagt worden. Nur, manchmal bezweifle ich, daß ein ernsthafter Wille dahintersteht.

Meine Damen und Herren, wir sind am oberen Ende einer Spirale auch in Schleswig-Holstein, die bedeuten kann: mehr Arbeitslose, weniger Steuern für Bund und Länder. Das wiederum bedeutet weniger beschäftigungswirksame Investitionen und Maßnahmen. Das wiederum bedeutet mehr Arbeitslosigkeit und so fort. Aus diesem Teufelskreis müssen wir heraus. Machen wir uns doch nichts vor - ich glaube, das haben wir immer deutlich gemacht -:

Allein mit einer sozialorientierten Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik werden wir keinen Durchbruch gegen sechs bis sieben Millionen fehlende Arbeitsplätze erzielen. Natürlich nicht! Aber die **Überbrückungsfunktion** habe ich, glaube ich, deutlich gemacht. Ein Durchbruch wird nur dann gelingen, wenn es wieder eine abgestimmte Wirtschafts-, Steuer-, Finanz- und auch Tarifpolitik gibt.

(Beifall des Abgeordneten Günter
Neugebauer [SPD])

Ein solcher integrativer Politikansatz kann weder durch ungezielte Sparorgien ersetzt werden noch allein durch regionale Zeichen des guten Willens.

Eine **sozialorientierte Arbeitsmarktpolitik**, wie wir sie in Schleswig-Holstein betreiben, erreicht Jahr für Jahr 8000 Menschen. Das ist mehr als nur eine Befriedungsstrategie am sozialen Rande des wirtschaftlichen Strukturwandels. Sie flankiert individuelle und gesellschaftliche Übergänge und ist auch deshalb gesellschaftlich überlebenswichtig.

Arbeitsmarktpolitik in Schleswig-Holstein steht für Förderung von **Projekten direkter unternehmens- und wirtschaftsnaher Qualifizierung**. Das ist dann nicht nur individuelle Förderung der Betroffenen, sondern das erhöht auch die Qualität des Wirtschaftsstandorts Schleswig-Holstein.

Arbeitsmarktpolitik in Schleswig-Holstein steht für die Förderung von **Bildungsmaßnahmen**, vor allem für junge Leute, die damit überhaupt erstmals eine Chance kommen, sich am hart umkämpften Lehrstellenmarkt zu behaupten. Und Arbeitsmarktpolitik in Schleswig-Holstein steht für **kommunalorientierte Maßnahmen**, die Menschen dabei helfen, die Sozialhilfe und das damit verbundene Stigma zu überwinden, und die nicht zuletzt dazu beitragen, Mittel einzusparen beziehungsweise sinnvoll an der richtigen Stelle einzusetzen.

Liebe Frau Kollegin Aschmoneit-Lücke, wenn wir die **Maatwerkermethode** der Holländer hierher übertragen, was wir mit verschiedenen Projekten schon tun, dann müssen wir nicht alles genauso machen wie die Holländer im Bereich der Gesundheits- und Sozialpolitik.

Arbeitsmarktpolitik in Schleswig-Holstein will ihrer Tradition entsprechend weiter neue Projekte anschieben, neue Ideen voranbringen, neue Wege testen, auch mit dem Recht auf Irrtum. Ich denke, das müssen wir uns zugestehen. Wir wollen Wege testen,

wie Menschen wieder in Arbeit gebracht werden können. Wir wollen vor allen Dingen aber präventiv Arbeitslosigkeit vermeiden.

Der Inhalt des Antrags mit den einzelnen Vorschlägen bezeichnet genau solche neuen Wege und neuen Ansätze. Die Vorarbeiten zu entsprechenden Projekten laufen im Ministerium und in Zusammenarbeit mit Trägern. Das gilt besonders für den Punkt einer - ich will es einmal so nennen - **Stand-by-Auffanggesellschaft**, die den strukturellen Umbau in einigen Branchen möglicherweise stützen kann. Da sind wir in Sondierungsgesprächen mit den Akteuren am Arbeitsmarkt.

Unsere Arbeitsmarktpolitik steht für einen kooperativen Ansatz, für Vielfalt, für programmatische Sorgfalt - wir machen das ja nicht vom grünen Ministeriumstisch aus, sondern in steter Zusammenarbeit mit allen Akteuren -, und sie steht nicht zuletzt für einen effizienten Mitteleinsatz.

Meine Damen und Herren, nur in einem politisch von allen getragenen integrierten Ansatz - das habe ich schon gesagt - ist es möglich, der Arbeitslosigkeit spürbar zu Leibe zu rücken. Die Wirtschaftspolitik muß sich wieder tatsächlichen Beschäftigungseffekten verschreiben. Die Verteilungssysteme, Steuern und Sozialversicherung, müssen beschäftigungsorientiert umgestaltet werden. Dazu gehört dann auch, daß die versicherungsfremden Leistungen abgebaut werden. Und nicht zuletzt gehört die Umverteilung der Arbeit in den Mittelpunkt der Tarifpolitik der Zukunft.

Zu diesem vielbeschworenen neuen **integrativen Ansatz** gehört auch die entsprechend neue gesellschaftliche Diskussion. Wir müssen nicht gleich das Ende der Arbeitsgesellschaft heraufbeschwören. Aber wir müssen uns schon offensiv mit der Zukunft der Erwerbsarbeit auseinandersetzen. Wir müssen anfangen, uns darüber zu verständigen, wie wir mit der Perspektive umgehen, daß wir, wenn wir nichts tun, möglicherweise auf lange Zeit oder dauerhaft mit einer millionenfachen Unterbeschäftigung zu tun haben.

Damit ist für mich ein Stichwort gegeben: Wandel des Verständnisses einer versorgungs- und erwerbsorientierten Arbeitsgesellschaft zu einem neuen Verständnis von Arbeit, Diskussion neuer Formen einschließlich ihrer gesellschaftlichen und natürlich sozialversicherungsrechtlichen Anerkennung zum Beispiel der Arbeit in einem gesellschaftlichen, bürgerschaftlichen oder ehrenamtlichen Sektor.

Hier geht es dann, meine Damen und Herren, über neue Akzente hinaus. Hier geht es um neues Denken und um politisch innovatives Handeln in die weitere Zukunft. Beides haben wir in Schleswig-Holstein begonnen, und wir finden damit - das freut einen natürlich immer - auch überregional Beachtung bis in die Schweiz, insbesondere für unsere bereits laufenden praktischen **Modellprojekte „Arbeit und Ehrenamt“**.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag erhält Frau Abgeordnete Aschmoneit-Lücke.

Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Ministerin, ich gehe einmal zu meinen Gunsten davon aus, daß das Zitat, das Sie gebracht haben, nicht persönlich gemeint war. Das ist auch nicht der Grund, weshalb ich jetzt ans Rednerpult komme.

Wenn Sie sagen, wir könnten nicht alles machen, was **Holland** macht, und wenn Sie ein Projekt herausuchen, bedeutet das nicht, daß wir das insgesamt übertragen müssen. Das ist sicherlich gar keine Frage. Aber man muß sich natürlich ansehen, wie die Gesamtstruktur in den Ländern gehandhabt wird, damit auch der Gesamteffekt entsteht. Nichts anderes wollte ich damit sagen. Man kann nicht Einzelteile herausnehmen und sagen: So machen wir das. Man muß das Geld dazu haben, und man muß sehen, daß in den Ländern, in denen solche **strukturellen Maßnahmen** durchgeführt werden, auch neue Arbeitsplätze entstehen - neben der Arbeitsmarktpolitik, neben Teilzeitarbeit und neben dem, was Sie „Umverteilung von Arbeit“ nennen. Das muß man meiner Ansicht nach insgesamt betrachten.

Ich komme zur Frage der **Brückenfunktion**. Wir sind uns einig darin, daß dies für die Menschen, die eine Zeit lang in arbeitsmarktpolitische Maßnahmen kommen, eine ganz wichtige Funktion hat. Darüber haben wir auch in der Vergangenheit keinen Streit gehabt. Aber wenn Sie von „Brücke“ sprechen, dann müssen Sie bitte auch so ehrlich sein zu sagen, daß viele der Maßnahmen, die jetzt auf diesem Gebiet in Angriff genommen worden sind, diese Brückenfunktion eben nicht haben. Die Brückenfunktion in den ersten Arbeitsmarkt, die hier ja auch mehrfach angesprochen

worden ist, ist häufig nicht da. Ich glaube, auch da besteht zwischen unseren Auffassungen kein Unterschied, daß es so ist, daß diese Brückenfunktion fehlt.

Ich komme zur Frage der Wichtigkeit für die Personen. Dabei berufen Sie sich ja immer darauf, daß Arbeitsmarktpolitik natürlich auch eine soziale Maßnahme ist. Ich gebe Ihnen darin recht. Aber ich habe manchmal ein ganz großes Fragezeichen zu setzen, wenn ich mit Menschen spreche, die in diesen Maßnahmen sind. Ich persönlich kenne viele Menschen, auch in meinem privaten Umfeld, die über ein Jahr, manchmal auch über zwei Jahre, manchmal sogar über drei Jahre in unterschiedliche Maßnahmen gegangen sind. Ich weiß, mit welcher Euphorie geradezu man am Anfang eines solchen Jahres zum Beispiel über AB- oder über andere Maßnahmen beginnt zu arbeiten, weil diese Menschen dann wirklich das Gefühl haben, sie werden wieder gebraucht. Dann endet dieses eine Jahr oder dieses zweite Jahr, und dann sieht man förmlich, wie diese Menschen am Ende dieser Maßnahme völlig verzweifelt wieder genau da ankommen, wo sie vorher gewesen sind, Frau Moser. Das dürfen wir bitte in der Diskussion über die soziale Komponente nicht vergessen. Das ist mir ganz wichtig.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.] und Silke Hars [CDU])

Zu Ihren letzten Ausführungen, wir müßten in unserer Gesellschaft umdenken, sage ich, daß ich tatsächlich glaube, daß es so ist. Wir werden uns über längere Zeit fragen müssen: Was ist Arbeit eigentlich, wie definieren wir Arbeit. Das ist ein Thema, das sicherlich eines sehr umfassenden Konsenses bedarf. Aber eines möchte ich nicht - das ist hier der ganz wichtige Punkt -, daß wir nämlich damit den Eindruck vermitteln, wir würden uns mit der Arbeitslosigkeit abfinden. Dem werde ich immer dann, wenn das sozusagen auch nur anklingt, widersprechen. Das ist genau das, was die Menschen von uns nicht erwarten. Wir werden uns mit der Arbeitslosigkeit nicht abfinden.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem weiteren Beitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erhält Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Aschmoneit-Lücke, ganz kurz: Sie haben natürlich recht, wenn Sie sagen, man müsse das gesellschaftliche Umfeld mit betrachten, wenn man Vergleiche anstellt. Dem muß ich aber hinzufügen: Wenn der Vergleich mit Schweden gemacht wird, muß man aber sagen, daß es in Schweden eine ganz andere Tradition für Kooperation, für Zusammenarbeit von Arbeitnehmern und Arbeitgebern gibt, so daß die Maßnahmen, die in Schweden greifen - -

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]

- Ich muß das nur noch einmal deutlich machen. Es ist ja kein Zufall, daß man in Schweden Maßnahmen durchführen kann, die man hier vielleicht - -

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:
Rentenkürzung, Arbeitslosengeldkürzung
- alles letztes Jahr passiert!)

- Ja, gut, lieber Kollege Klug. Dann mußt du dich einmal hinsetzen und mußt dir einmal angucken, wie das Niveau in Schweden ist. Das ist von uns ja schon ein paarmal angeführt worden. Wenn man sagt, man kürzt von 90 auf 80 %, dann ist das etwas anderes, als wenn man von 70 auf 60 % kürzt.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich will nur hinzufügen: Wenn man Vergleiche anstellt - dafür bin ich allemal zu haben -, dann darf man das nicht unkritisch tun. Das geht auch anders herum nicht.

Trotzdem möchte ich jetzt noch einmal mit einem kleinen Vergleich kommen; denn ich finde das schon bemerkenswert, was man neulich auch im „Flensburger Tageblatt“ lesen konnte: Nördlich der Grenze hat Sønderjyllands Amt 7 bis 8 % Arbeitslosigkeit - das ist immer noch etwas -, und zwar mit fallender Tendenz. Südlich der Grenze, in Flensburg, haben wir 17 % Arbeitslosigkeit. Nördlich der Grenze hat man Maßnahmen ergriffen, die meiner Meinung nach nicht nur als Therapie aufgefaßt werden können, sondern die auch wirklich Perspektiven aufzeigen, indem man sagt, jetzt müssen wir Handlungspläne für die einzelnen Menschen machen. Wir müssen auch - ich sprach das vorhin schon in meinem Beitrag an - Urlaubsregelungen durchführen, so daß Menschen auch die Möglichkeit haben, einen Sabbat-Urlaub zu machen oder Weiterbildungsurlaub, Erziehungsurlaub zu

nehmen, damit dann auch Menschen wieder in Arbeit kommen. Diese Flexibilität wird auch dazu führen, daß wir uns mit dem Problem Arbeit nicht nur so beschäftigen, wie das hier im Moment groß in Mode ist, sondern auch intelligenter und - so sage ich einmal - kreativer. Das ist allemal angesagt.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Ich schließe damit die Beratung. Es ist Ausschußüberweisung beantragt worden, und zwar federführend an den Sozialausschuß. Gibt es den Wunsch nach Mitberatung durch einen weiteren Ausschuß? - Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich um das Handzeichen, wer für eine Überweisung an den Sozialausschuß ist. - Gegenstimmen! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 15 auf:

Rechtschreibreform

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/520

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort hat Herr Abgeordneter Maurus.

Heinz Maurus [CDU]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Am 1. August 1998 soll die Neuregelung der derzeit diskutierten Rechtschreibreform in Kraft treten, eine Reform, die die derzeit gültigen Rechtschreibregeln, die in der 2. orthographischen Konferenz in Berlin 1901 festgelegt wurden und deren Fortschreibung der Duden übernommen hatte, korrigieren soll.

Zur Vorgeschichte! 1955 hatte die Konferenz der Kultusminister in Zweifelsfällen die im Duden gebrauchten Schreibweisen für verbindlich erklärt. Ende der 70er Jahre haben dann Wissenschaftler aller deutschsprachigen Länder in nationalen Arbeitsgruppen das Thema **Rechtschreibreform** aufgegriffen. 1980 fand die erste gemeinsame Arbeitsberatung statt, wobei Österreich und die Schweiz und damals auch noch die DDR sehr viel weitergehende Reformvorstellungen hatten.

Die zunächst zuständigen staatlichen Stellen - der Bundesminister des Innern für die Amtssprache der Bundesbehörden, die Kultusministerkonferenz für die Schulen - haben sich schon früh am Prozeß der Erarbeitung dieses neuen Regelwerkes beteiligt. Zielsetzung war es, diese Aufgabe nicht wie in der Vergangenheit der Dudenredaktion zu überlassen.

Im Februar 1987 erteilten sie dem Institut für deutsche Sprache in Mannheim den Auftrag, zu den Bereichen Silbentrennung, Interpunktion, Zusammen- und Getrennschreibung, Fremdwortschreibung und Laut-Buchstaben-Beziehung Vorschläge für eine Reform des Regelwerkes vorzulegen. Das geschah dann im September 1988.

Nachdem BMI und KMK zu diesem Entwurf Stellung genommen hatten, wurde das Institut für deutsche Sprache 1990/91 beauftragt, die Arbeiten fortzuführen und abzuschließen.

Am 4. Mai 1993 fand in Bonn eine Anhörung zur Reform statt, deren Ergebnisse ich überhaupt nicht mitbekommen habe, das gilt auch für die Stellungnahmen der Bundesressorts und hinsichtlich der öffentlichen Diskussion. Diese fanden Eingang in die erneute Überarbeitung der Vorschläge zur Neuregelung von 1992, die dann übrigens auch im Narr-Verlag, Tübingen, mit dem Titel „Deutsche Rechtschreibung - Vorschläge zu ihrer Neuregelung“ veröffentlicht wurden.

Vom 22. bis zum 24. November 1994 fanden schließlich die sogenannten 3. **Wiener Gespräche** zur Neuregelung der deutschen Rechtschreibung statt. Die **Abschlußerklärung** wurde einvernehmlich verabschiedet. Den politischen Entscheidungsinstanzen der deutschsprachigen Länder wurde die Annahme der Beratungsergebnisse empfohlen. Die Bundesregierung hat den gesamten Neuregelungsentwurf ohne Einwände zur Kenntnis genommen, und die Ministerpräsidenten haben den Beratungen in der Kultusministerkonferenz zugestimmt.

Am 1. Juli 1996 wurde schließlich von den Vertretern der deutschsprachigen Staatengemeinschaft in Wien in einer gemeinsamen Absichtserklärung bekräftigt, daß sie den abgestimmten Neuregelungsentwurf gleichzeitig in Kraft setzen und einführen wollten. Bei dieser Erklärung handelt es sich - wie es uns auch der Wissenschaftliche Dienst noch einmal bestätigt hat - nicht um einen völkerrechtlichen Vertrag, sondern

vielmehr um ein Memorandum of understanding ohne Verbindlichkeit für die national zuständigen Stellen.

Sieht man sich diese Vorgeschichte der Rechtschreibreform an, so muß in der Tat die Frage erlaubt sein, weshalb sich die Gegner der Reform nicht schon wesentlich früher und massiv in diese Diskussion eingebracht haben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Erkennt man dann aber schon allein an den Zeitabläufen, wie schwierig offenbar bereits die internen Abstimmungen gewesen sein mögen, dann ist verständlich, daß sich erst nach der Präsentation des Reformprodukts mit der abschließenden Erklärung **öffentlicher Widerstand** formiert.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist doch schon drei Jahre her!)

Dieser Widerstand scheint ja auch von Tag zu Tag massiver zu werden. Neben den Protesten von Schriftstellern, Journalisten und der Bürgerinitiative „Wir gegen die Rechtschreibreform“ sollen sich nun weitere Schüler- und Elterninitiativen gegen diese Rechtschreibreform organisieren. Die Bevölkerung ganz allgemein reagiert heute wesentlich sensibler auf dieses Thema - und dies bundesweit.

Wenn wir am 22. Januar 1997 in der „FAZ“ lesen konnten - ich zitiere -, „die zwischenstaatliche Kommission, die im Herbst zur Durchführung der Reform eingesetzt worden ist, solle sich als erstes mit Korrekturen beschäftigen, sie seien durch unterschiedliche Regelauslegungen nötig geworden,“ stärkt auch dies nicht gerade das Vertrauen in die Reformen.

(Beifall bei der CDU)

Dann stellt sich die Frage: Brauchen wir diese Reform überhaupt? Nimmt unsere Sprache gar Schaden, wenn diese Reform nicht realisiert wird, oder ist diese Reform vielleicht doch unnötig -

(Meinhard Füllner [CDU]: Ja!)

so unnötig wie ein Kropf?

(Beifall bei der CDU)

Ich kann ja verstehen, daß der Wunsch besteht, eine solche Reform, an der jahrelang gearbeitet wurde, auch umzusetzen. Aber ist dies denn verantwortbar, wenn Zweifel an ihrer Notwendigkeit und der Akzeptanz, die sie in der Bevölkerung finden wird, bestehen? Unsere Sprache - und dazu gehört auch die Schriftsprache - ist das höchste Gut, das wir haben. Sie ist ein Kulturgut herausragenden Ranges, das sich mit Generationen von Menschen natürlich entwickelt hat und gewachsen ist. Soll sie jetzt tatsächlich künstlich verändert werden? Ich meine, nein!

Ich bedauere, daß diese Diskussion um die Rechtschreibreform bislang nur von der Exekutive geführt worden ist.

(Karl Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was?)

Es ist sicherlich richtig, daß die innerstaatliche Umsetzung einer Neuregelung

(Zuruf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Die Diskussion!)

der deutschen Rechtschreibung im Bereich der Amtssprache in der Zuständigkeit des Bundes für seinen Bereich und in der der Länder für deren Bereich liegt.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir diskutieren das seit 20 Jahren!)

Unstrittig ist auch,

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wo waren Sie denn? - Auf Sylt?)

daß für die innerstaatliche Umsetzung der Neuregelung im Bildungswesen aufgrund der grundgesetzlich in Artikel 70 des Grundgesetzes verankerten Kulturhoheit ausschließlich die Länder zuständig sind. Fraglich könnte jedoch sein, ob die Normierung der Rechtschreibung für den Bereich der Schulen durch den Gesetzgeber, also den Landtag, erfolgen muß

(Beifall bei der CDU)

oder ob eine Regelung durch Verwaltungsvorschrift ausreicht. Das Bundesverfassungsgericht geht hier - das ist auch durch den Wissenschaftlichen Dienst des Landtages noch einmal herausgearbeitet worden - von der Wesentlichkeitstheorie aus. In der Literatur sind

erste Aufsätze zu finden, nach denen die Einführung der Rechtschreibung wegen der Bedeutung für die Allgemeinheit und wegen ihrer möglichen Grundrechtsrelevanz einer **gesetzlichen Ermächtigungsgrundlage** bedürfe.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann macht sie doch!)

Es ist schwer einzusehen, daß die Umgestaltung der gymnasialen Oberstufe zum Kurssystem und die Einführung des Sexualkundeunterrichts in der Schule so bedeutsam sind, daß sie von den Parlamenten beschlossen werden müssen, daß aber die Einführung neuer Rechtschreibregeln durch Verwaltungshandeln sanktioniert werden kann.

(Klaus Schlie [CDU]: Sehr richtig!)

Auch wenn aufgrund der in der Dresdener Erklärung der Kultusministerkonferenz getroffenen Einschränkungen der Verbindlichkeit der Orthographieregeln

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das fällt euch ja spät ein!)

- sie sollen ja ausschließlich das Schreiben in Behörden und Schulen verbindlich regeln - der Ausgang der Kompetenzdiskussion - pro Verwaltungsvorschrift, also Exekutive - vorgezeichnet zu sein scheint, ist doch hochinteressant, daß mehr und mehr Anfragen auch aus anderen Landesparlamenten nach dem Verhalten auch der Schleswig-Holsteiner in der Frage der Rechtschreibreform gestellt werden. Der Gruppenantrag einiger Bundestagsabgeordneter spricht darüber hinaus für sich, und wenn Sie, werter Herr Hentschel, sich einmal die Pressemitteilung Ihrer Bundestagskollegin Altmann ansehen - die spricht auch für sich. Diese Pressemitteilung werde ich Ihnen anschließend gern noch einmal zuleiten.

Die Diskussion um diese Reform ist bundesweit im Gange. Die **Volksinitiative „Wir gegen die Rechtschreibreform“** läuft. Deshalb ist es, wenn man die Instrumente für mehr Bürgerbeteiligung in der Landesverfassung ernst nimmt, Herr Hentschel, geradezu zwingend geboten, den Runderlaß des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur vom 5. November 1996 - Umsetzung der amtlichen Regelung der deutschen Rechtschreibung an den Schulen in Schleswig-Holstein - auszusetzen,

(Beifall bei der CDU)

und zwar so lange, bis über die in den einzelnen Bundesländern laufenden Volksinitiativen gegen die Rechtschreibreform abschließend entschieden worden ist.

Da die Reform ohnehin erst zum 1. August 1998 in Kraft treten soll, ist überhaupt keine Eile geboten, und das Ergebnis der gerade anlaufenden Diskussion kann in Ruhe abgewartet werden.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und die Verwirrung bei den Schülern?)

Ich will gar kein Hehl aus meiner persönlichen Auffassung machen: Diese Rechtschreibreform gehört vom Tisch!

(Beifall bei der CDU)

Sie verkennt die Sprache als tradiertes Kulturgut und fördert gleichzeitig schriftlichen Wildwuchs. Es ist doch der pure Schwachsinn, festlegen zu wollen, daß sich Amts- und Schulsprache an neuen Regeln zu orientieren haben, Schriftsteller aber weiterhin nach alten - oder auch gar keinen - Regeln produzieren können, wie wir es in der Dresdener Erklärung auch noch nachlesen können.

(Beifall des Abgeordneten Klaus Schlie [CDU])

Ich stelle mir hier einen zehnjährigen Bücherwurm vor, der nach neuen Regeln im Deutschunterricht ausgebildet wird und anschließend an der Orthographie der Literaten verzweifelt. Das kann es doch nicht sein!

(Beifall bei der CDU)

Ich hoffe, daß doch noch Vernunft einkehrt und wir den Mut zur Korrektur in dieser Frage aufbringen.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es sind schon Millionen von Schülern an der Orthographie verzweifelt!)

Zunächst bitte ich jedoch um Zustimmung zu unserem Antrag. Ich meine, dies ist der erste Schritt in die richtige Richtung.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Schröder das Wort.

Sabine Schröder [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Rechtschreibregeln haben einen hohen gesellschaftlichen Stellenwert für die Anerkennung, aber auch für das Bloßstellen anderer bei entsprechender Fehlerquote. Das ist aus meiner Überzeugung der eigentliche Grund für die sogenannte Bürgerbewegung gegen die Rechtschreibreform.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

„Der Streit um die Rechtschreibung hat die Stammtische erreicht“, meldet „dpa“ am 13. Januar 1997. Der Widerstand wächst, weil alle betroffen sind. Es geht gar nicht um die Schülerinnen und Schüler, sondern um das eigene Privileg der Richtigschreibenden, denn Umlernen ist schwieriger als Dazulernen.

Die Kritiker verkennen - darauf hat der Kollege Maurus hingewiesen - den unendlich langen Zeitraum. Die orthographischen Konferenzen in Berlin von 1876 sowie von 1901 und 1902 scheiterten bei dem Versuch der Vereinheitlichung; das heißt, Wildwuchs hat es schon damals gegeben.

1950 beschloß die KMK: In Zweifelsfällen entscheidet der Duden. 1956 wurde ein Arbeitskreis der **Rechtschreibreform** eingerichtet, der im Jahre 1959 die Wiesbadener Erklärung veröffentlichte. Dieser Vorschlag schloß die gemäßigte Kleinschreibung ein und wurde abgelehnt.

1987 beauftragten dann die KMK und das Bundesministerium des Innern das Institut für deutsche Sprache, einen Vorschlag unter Aussparung der Kleinschreibung zu erarbeiten, der 1988 vorlag. Proteste gab es auch damals gegen den „Keiser“, den „Al“ und das „Bot“.

1990 fanden die zweiten amtlichen **Wiener Gespräche** statt, 1992 wurden deren Vorschläge veröffentlicht. 1993 wurden 43 Verbände und Organisationen gehört, auch der Pen-Club, die IG Medien, der Börsenverein des Deutschen Buchhandels und der

Journalistenverband, und im Jahre 1995 nahmen die Ministerpräsidenten weitere Korrekturen vor.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: So ist es!)

Die Änderungen sind im Grunde marginal.

Im Juli 1996 unterzeichneten Vertreter der KMK, das Bundesministerium des Innern - soweit ich weiß, ein CDU-Minister, die Schweiz, Österreich, Bozen, Südtirol, Belgien, Rumänien und die Universität Budapest das Abkommen. Von einer übereilten Entscheidung und einem „Überstülpen“ zu reden, geht an den Tatsachen wirklich vorbei.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P.)

Weder die Länder - so „dpa“ vom 10. Februar - noch das Institut für deutsche Sprache in Mannheim sehen neuen Verhandlungsbedarf. In der November-Ausgabe von „schule aktuell“ informierte das Bildungsministerium umfassend über eine ganz, ganz großzügige Umsetzung:

1. Bis zum 31. Juli 2005 werden die bisherigen Schreibweisen nicht als falsch gewertet.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Das ist sehr großzügig!)

2. Bis zum 31. Juli 1998 gilt in Schleswig-Holstein wie in anderen Ländern eine **Übergangsregelung**.

3. Alte Regeln und Schreibweisen werden nicht mehr gelehrt und nicht mehr geübt.

4. Alte und neue Schreibweisen gelten gleichermaßen als richtig.

5. In schriftlichen Nachweisen dürfen nur noch die Schreibweisen als Fehler gewertet werden, die nach der alten und der neuen Regelung falsch sind.

Ein Aussetzen dieses Erlasses würde eine Überarbeitung der neuen Regeln suggerieren und bedeutete ein Abkoppeln Schleswig-Holsteins vom gesamten deutschsprachigen Raum.

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Vor allen Dingen würden Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer sowie Eltern verunsichert.

Wer soll denn für die richtige Schreibweise zuständig sein? Die Regeln von 1901? Der Duden von 1957? Oder der Duden von 1991? Sollen für Schleswig-Holstein eigene teure Schulbücher angeschafft werden, anders als im Bundesgebiet? Wie lange soll denn der Klärungsprozeß noch dauern, bis zu dem Schleswig-Holsteins Schüler aus dem deutschsprachigen Konzert ausscheren und damit benachteiligt sind?

Zum Inhalt. Auch die Uni Kiel und Untersuchungen in NRW haben gezeigt, daß nach den neuen Regeln bis zu 50 % weniger Fehler gemacht werden.

(Lebhafter Beifall des Abgeordneten
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN])

Vereinfacht wird die Zeichensetzung. Nach dem Begleitwort wird generell groß geschrieben. „ß“ wird nur nach langen Vokalen verwendet. Getrennt wird nach Lauten. In der Regel schreibt man getrennt: Rad fahren, Auto fahren. Umlaute werden nach ähnlichen Wörtern geschrieben, auch wenn Sie sprachgeschichtlich anders entstanden sind. Hier setzt ein wesentlicher Kritikpunkt ein. Aber wie hoch ist denn der Prozentsatz derer, die wissen, daß „einbleuen“ von „blüwan“, „schlagen“, kommt?

Aus all diesen Gründen ermuntern wir die Schulen, fortzufahren in der Umsetzung dieser **gemäßigten Rechtschreibreform**. Die CDU setzt auf Populismus und Stimmungsmache. Ihren Antrag lehnen wir ab.

(Zuruf von der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Präsidentin! Die Diskussion über die Rechtschreibreform kenne ich schon seit meiner Jugend, und mittlerweile bin ich Großvater geworden. Seit Jahren ist die Reform beschlossen, die Rechtschreibung international vereinheitlicht, und jetzt kommt Herr Maurus und sagt: Das ist alles übereilt! Herr Maurus, das können Sie doch nicht ernst meinen!

(Heiterkeit bei BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN und SPD - Zuruf von der SPD:
Doch, das kann er!)

Was übriggeblieben ist nach vielen Jahren Diskussion und auf der **Wiener Orthographiekonferenz** vor drei Jahren vereinbart wurde, ist ein **Minimalkonsens**. Vor zwei Jahren haben sich die Kultusminister und Ministerpräsidenten einmütig - einmütig, auch Bayern und alle anderen Länder - auf diese Reform geeinigt. Und jetzt kommen Sie. Mit dreijähriger Verspätung hat eine Allianz von Journalisten und Germanisten, die ihr Berufsethos verletzt sehen, zum Sturm geblasen. Wie nicht anders zu erwarten, springen natürlich die CDU-Politiker auf das Boot und sehen plötzlich die Sprache in Gefahr.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN und SPD)

Ich kann da dem bayerischen Kultusminister Hans Zehetmair nur zustimmen, wenn er die Frage stellt, ob der CSU-Chef Theo Waigel keine anderen Sorgen habe. Die Neuregelung, so der Alphilologe Zehetmair, sei in erster Linie für junge Menschen gemacht worden, zu denen Herr Waigel seines Wissens nicht mehr gehört; das gilt wohl auch für die CDU in diesem Landtag.

(Heiterkeit bei der F.D.P. - Beifall bei der
SPD)

Wer sich die Mühe gemacht hat, eine Seite nach den neuen Regeln zu schreiben, stellt fest, daß sich nichts geändert hat. Man merkt es fast überhaupt nicht, wenn man ein bißchen normal denkt. Das einzige, was auffällt, ist, daß man „dass“ mit zwei „s“ schreibt. Manchmal kommt auch eines von diesen seltenen Wörtern vor, deren Schreibweise sich geändert hat. Diese Wörter habe ich bei dem, was ich bisher gelesen habe, gar nicht gefunden. Bei der wörtlichen Anrede schreibt man klein.

Aber wenn die Zahl von derzeit 51 Kommaregeln auf neun reduziert und eine Reihe von Absonderlichkeiten und Ausnahmen beseitigt wird, was niemandem weh tut, aber künftig vielen Schülern unnötige Fehler in seltsam konstruierten Deutschaufsätzen erspart, dann kann ich das nur begrüßen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Daß die Neuregelung auch Ungereimtheiten enthält, auf die sich alle stürzen wie die Geier, und daß diese Reform nur eine begrenzte, **kleine Reform** ist, ist

sicher zu bemängeln. Aber ich denke, lieber eine kleine Reform als gar keine.

(Zuruf von der SPD: Sehr gut!)

Nun will die Opposition ihren Erlaß zurücknehmen. Ich begreife das nicht. Niemand wird vor dem Jahre 2005 gezwungen, die neue Schreibweise zu verwenden. Aber wollen Sie im Ernst, nachdem bereits neue Duden gedruckt und neue Schulbücher herausgegeben werden und seit Jahren in Übereinstimmung mit allen Bundesländern sowie der Schweiz und Österreich die Weichen gestellt wurden, daß nun die Schulanfänger erst die alte Rechtschreibung lernen, um dann in wenigen Jahren umzusatteln? Und das nur, weil es einige Ungereimtheiten gibt, die in den ersten Schuljahren wahrscheinlich sowieso nicht auftauchen?

Übrigens: Wenn die Reform jetzt von einigen zur nationalen Frage erklärt oder gar in der Zeitung „Die Welt“ vom „Eingriff in die Integrität der menschlichen Person in geistig-seelischer Hinsicht“ gesprochen wird, sollte man vielleicht darauf hinweisen, daß es zu Goethes Zeiten gar keine Rechtschreibung gab. Goethe konnte in einem Brief dasselbe Wort auf drei verschiedene Weisen schreiben, ohne daß das als Verlust für die deutsche Kultur betrachtet worden wäre.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe mir den Spaß gemacht, einmal nachzusehen, was vor der kaiserlichen Vereinheitlichung der deutschen Sprache üblicherweise geschrieben wurde. Lessing schrieb „Malerei“ mit ah und ey, Schiller „Seele“ mit einem „e“, „groß“ mit einem „s“ und „töten“ mit „dt“. Büchner schrieb „indizierte“ mit „c“, Rilke das ö als zusammengeschriebenes „oe“, angelehnt an das dänische „ae“. In der Literaturzeitschrift „Die Gesellschaft“ wurde 1885 „Literatur“ mit zwei „tt“ und „kastriert“ ohne „e“ geschrieben. Weitere Beispiele aus dem 18. Jahrhundert sind das „Schaf“ mit Doppel-“a“, „Hühner“ ohne Dehnungs-“h“, das „Ei“ mit „y“, die „Ernte“ mit „dt“, das „Haus“ mit „ß“, „adelig“ mit „ch“ und, was Sie besonders interessieren wird, „Landkreis“ mit „c“, „ey“ und „ß“.

(Zuruf von der SPD: Wo war Maurus zu der Zeit?)

Ein besonderes Lieblingskind der deutschen Bildung ist natürlich das „ph“ in griechischstämmigen Wörtern wie „Philosophie“. Wer etwas griechisch kann, weiß aber, daß die Griechen sehr wohl ein „f“ kennen, nämlich das „phi“, und in den griechischen Stammwörtern alle

Worte wie „Phantom“, „Orthographie“ und „Phänomen“ mit „f“ geschrieben werden. Nur im Deutschen schreibt man sie mit ph, zum Hohn aller deutschen Altphilologen, die am ph festhalten. Mit klassisch-deutscher Kultur hat die Rechtschreibung überhaupt nichts zu tun.

(Beifall bei der SPD)

Es wäre schön, wenn die Überbetonung der Rechtschreibung, die etwas Elitäres hat, auf angelsächsisches Niveau zurückgefahren würde. Es ist schon merkwürdig, daß die vollständige Beherrschung aller Kommaregeln zum Einstellungskriterium von Auszubildenden im Handwerk gemacht wird,

(Beifall bei der SPD)

während die Kenntnis grundlegender naturwissenschaftlicher Tatsachen in Deutschland selbst bei gebildeten Leuten eher als Kavaliersdelikt gilt.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb wäre vielleicht denen, die Probleme mit der Rechtschreibreform haben - und ich sehe, Herr Maurus, dazu gehören Sie vielleicht auch - zu raten: Schreibt wie Goethe, also wie euch das Maul gewachsen ist, oder wie Gotthold Ephraim Lessing sagte: Schreibe, wie du redest, so schreibst du schön!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Ekkehard Klug.

Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sprache und Schrift sind so lebendig wie die Menschen, die sie weiterentwickeln. Wenn dem nicht so wäre, dann würden wir heute noch so schreiben und sprechen wie Walther von der Vogelweide, ungefähr vielleicht so:

„Swer ungefuege swigen bieze,
waz man noch von fröiden sunge!
und si abe den bürgen stieze,
daz si da die fron niht twunge.“

Nicht von mir in ein 200 Jahre jüngerer Deutsch übertragen:

„Wenn man Unfug schweigen hieße
Hörte man noch schöne Lieder
Und ihn von den Höfen stieße
Würde frei die Freude wieder.“

Vom Althochdeutschen über das Mittelhochdeutsche und Luthers kraftvolle Sprache, deren Lektüre ich übrigens jedem empfehle, der das normale Politikerdeutsch übt, führt uns der Verlauf der **Sprachgeschichte** dann zum Dudendeutsch und schließlich jetzt - die Aufregung ist groß - zur Rechtschreibreform, die den deutschen Michel und seine Michaela wahrlich sehr erschreckt, als ob uns künftig ein sprachlicher Vulkanausbruch nach Art des Krakatau den Himmel der heimischen Lese- und Sprachkultur verdüstert.

(Zuruf von der CDU: Welche Sprachkultur?)

Was, meine Damen und Herren, eint in dieser Stunde der Not die großen Mächte von Kultur und Politik, von Günter Grass über Theo Waigel bis hin zur schleswig-holsteinischen CDU-Landtagsfraktion? Sie stemmen sich mannhaft dem drohenden Ungemach entgegen. Politisch korrekt müßte man sagen: ebenso mannhaft wie damenhaft. Aber eine bereits im laufenden Schuljahr eingeführte, also praktizierte Rechtschreibung wieder zu stoppen, das betrachte ich, bei allem Respekt, eher als herrlichen Unfug.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Rechtschreibung für ein halbes Jahr mal eben im neuen Stil zu unterrichten, danach für eine Zeitlang wieder nach Altvätersitte und dann nach einer Denkpause wieder neu: Das sollte man den armen Kindern nicht antun. Deshalb lehnt die F.D.P.-Fraktion den Antrag der Union ab.

Günter Grass, Theo Waigel und Ottfried Hennig sind gewiß wortgewaltige Ritter der alten Duden-Artusrunde, aber es sieht nicht so aus, als würden sich die meisten teutschen Länder, geschweige denn die sprachverwandten Schweizer und Österreicher und wer sich noch der deutschen Sprache bedient, dem Bannstrahl der Artusritter gegen die Rechtschreibreform beugen.

Lassen Sie mich noch vier Anmerkungen zu dem Thema hinzufügen! Erstens. Eine **Auseinanderentwicklung der Rechtschreibung** von Bundesland zu Bundesland beziehungsweise im

gesamten deutschen Sprachraum wäre eine echte kulturpolitische Katastrophe.

(Beifall bei F.D.P., SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

- Ich sage der Union schon, was zu sagen ist, Herr Kollege, das reicht dann auch, jedenfalls im Landtag.

Zweitens. Eine Entwicklung, nach der am Ende die Landesparlamente darüber beschließen müßten, ob man das Wort „belemmert“ wie bisher mit „e“ oder - wie künftig vorgesehen - nach dem Wortstamm „Lamm“ mit „ä“ schreiben soll, eine solche Entwicklung wäre das Dümme, was sonst noch passieren könnte.

(Beifall bei der F.D.P.)

Übrigens hat auch Ministerpräsident Biedenkopf in diesem Zusammenhang zu Recht die rhetorische Frage gestellt: Muß es überhaupt eine **hoheitliche Aufgabe** sein festzustellen, wie man „Kuß“ schreibt?

(Heiterkeit - Beifall bei der F.D.P. und des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Drittens. Die ganze Aufregung über die Rechtschreibreform offenbart einen typisch deutschen Hang zum Dunkeln und Funkeln: Eher pragmatisch zu bewältigende Probleme werden zu einer kulturellen Schicksalsfrage hochstilisiert, zumindest aber zu einer Sache für die Karlsruher Verfassungsrichter.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Als ob es hierzulande nichts Wichtigeres gäbe, braut sich über diesem Thema ein teutonisches Donnerwetter nach Art einer politischen Wagner-Oper zusammen.

(Sabine Schröder [SPD]: Richtig!)

Viertens. Der **Ansatz der Reform**, die Schreibung der deutschen Sprache zu vereinfachen, ist grundsätzlich vernünftig.

(Beifall bei F.D.P., SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und des Abgeordneten Meinhard Füllner [CDU])

Allerdings - da muß ich doch ein bißchen Wasser in den Wein gießen - hat sich die Obrigkeit, in diesem

Fall die Kultusministerkonferenz, bei der Verwirklichung dieses Vorhabens nicht unbedingt mit Ruhm bekleckert. Das gilt auch für die Fachleute, die - wie man lesen konnte - heute schon wieder über einer notwendigen Korrektur der Reform brüten, jedenfalls in Teilen.

(Zuruf der Abgeordneten Ute Erdsiek-Rave [SPD])

Ein so lange diskutiertes Projekt sollte nicht gleich am Anfang wegen diverser Ungereimtheiten schon wieder korrekturbedürftig sein.

Ministerin Böhrk hätte vielleicht besser den Stichtag 1. August 1998 abwarten sollen, statt den Schulunterricht überhastet schon ein Jahr früher auf die neue Rechtschreibung auszurichten. Dann hätte man zumindest die Kinderkrankheiten noch ausmerzen können, und vielleicht hätten sich dann auch noch die einen oder anderen aufgeregten Gemüter beruhigen lassen.

Wie auch immer, es ist geschehen. Ich sage noch einmal: Ein Rückzieher heute würde nach meiner Überzeugung viel mehr Schaden als Nutzen bringen.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD] - Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Nach Prüfung der Unterschriften der Volksinitiative werden wir uns ja später noch ein weiteres Mal im Landtag mit dem Thema zu beschäftigen haben. Deshalb möchte ich es jetzt mit einigen Abschlußbemerkungen bewenden lassen, und zwar mit dem Hinweis auf ein Goethe-Gedicht - „Die Elemente“ aus dem „Westöstlichen Diwan“ -, das vorgestern von der „Süddeutschen Zeitung“ in drei unterschiedlichen Versionen veröffentlicht worden ist, nämlich in Goethes Originalfassung, in der alten Duden-Rechtschreibung und nach den Vorgaben der Rechtschreibreform. Siehe da: Die neuen Regeln stellen die alte Schreibung Goethes weitgehend wieder her! - Ist das nun Fortschritt, Rückschritt, oder ist das sogar Kulturverlust?

(Konrad Nabel [SPD]: Goethe war gut! - Unruhe)

Über diese tieferschürfende Fragestellung mag jetzt die Kollegin Anke Spoorendonk auf dänisch-pragmatische Weise weitergrübeln. Ich habe dazu weder Lust noch - auch wenn hier noch etwas steht - genügend Redezeit.

(Beifall bei F.D.P., SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Jetzt sollen also die kleinen Spatzen der deutschen Rechtschreibung mit den großen Kanonen der Staatsgewalt umgebracht werden.

(Beifall des Abgeordneten Helmut Plüschau [SPD])

Irgendwie kommt mir dabei der Gedanke: typisch deutsch! Auch kam mir der Gedanke: Ach, was sind wir doch bloß wieder einmal gebildet!

Wie auch immer, die CDU fordert die **Landesregierung** auf, den **Runderlaß** vom 5. November auszusetzen, bis über die in einzelnen Bundesländern laufenden Volksinitiativen gegen die Rechtschreibreform abschließend entschieden worden ist.

Wir sehen keinen Handlungsbedarf und können dem Antrag der CDU beim derzeitigen Stand der Dinge daher nicht zustimmen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In den vergangenen Wochen ist es zu einem regelrechten Volkssport geworden - wir haben hier ja schon ein paar Kostproben bekommen -, verbal auf die Rechtschreibreform einzudreschen. Auch wir von der SSW-Landtagsfraktion könnten uns in das Heer der Unzufriedenen einreihen, denn uns geht - lieber Kollege Klug - die Rechtschreibreform nicht weit genug; dennoch stehen wir zu ihr.

(Zuruf des Abgeordneten Meinhard Füllner [CDU])

Wir hätten begrüßt, wenn im Zuge der Rechtschreibreform die Großschreibung zugunsten einer **gemäßigten Kleinschreibung**, wie sie in fast allen europäischen Ländern de facto existiert, reformiert worden wäre.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Wir bedauern zwar, daß die geplante Rechtschreibreform die gemäßigte Kleinschreibung nicht vorsieht, es wäre jedoch wenig konstruktiv, die Rechtschreibreform aus diesem Grunde abzulehnen, da sie in ihrem positiven Ansatz zu begrüßen ist.

Es wäre schlimm, wenn eine Reform der Rechtschreibung scheitern sollte, und das aufgrund von Ignoranz, Arroganz und eines Denkens, welches die Vergangenheit der Sprache verklärt. Denn trotz aller Kritik an den geplanten Änderungen, die von Fall zu Fall berechtigt sein mag, darf nicht der trügerische Eindruck erweckt werden, daß die Sprache ihren Zenit bereits erreicht habe und keinerlei Reform benötige. Sprache ist etwas Lebendiges, und die **Reformierung von Sprachnormen** ist etwas Natürliches.

Wir vertreten die Auffassung, daß eine negative Haltung den Geist einer begrüßenswerten Rechtschreibreform aushöhlen würde. In diesem Zusammenhang möchte ich auf den Vorsitzenden der Ministerpräsidentenkonferenz, Bernhard Vogel, verweisen, der zu Recht erklärte, eine Reform würde immer auf Gegner treffen, dies dürfe jedoch kein Grund sein, auf als richtig anerkannte Änderungen zu verzichten.

Was ist demnach von dem **CDU-Antrag** zu halten? - Zunächst einmal fällt mir der **Zeitpunkt** des Antrages auf. Es ist ja nicht so, daß die Rechtschreibreform von heute auf morgen ausgearbeitet worden ist. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, das heißt, daß Ihre Bedenken für meinen Geschmack recht spät kommen. Auffällig ist zudem, daß Ihre Bedenken zeitgleich mit der Volksinitiative „WIR gegen die Rechtschreibreform“ kommen. Irgendwie wollen Sie wohl Bürgernähe demonstrieren, wobei Sie ja - auch das muß man mit bedenken - auch eine andere Nähe demonstrieren, die doch eigentlich keiner von uns demonstrieren will.

(Angelika Volquartz [CDU]: Welche?)

- Wir haben uns im Vorfeld dieser Volksinitiative auch mit Berührungen zu Kräften in der Gesellschaft befaßt, die wir hier doch alle nicht stärken wollen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Widerspruch bei der CDU -

Wortmeldung der Abgeordneten Angelika Volquartz [CDU])

- Beruhigen Sie sich wieder, Frau Volquartz! Ich habe gesagt, daß Sie, indem Sie das Thema aufgreifen, diese Nähe irgendwie provozieren. Mehr habe ich nicht gesagt.

(Uwe Eichelberg [CDU]: Schlimm genug!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Volquartz?

Anke Spoorendonk [SSW]:

Ja, das tue ich natürlich.

Angelika Volquartz [CDU]: Frau Spoorendonk, können Sie bitte die Nähe näher beschreiben, was Sie genau meinen? Sonst bleibt etwas im Raum stehen, was auch Sie möglicherweise nicht wollen. Ich bitte Sie, die Nähe, die Sie meinen, ganz klar zu beschreiben.

- Das kann ich natürlich tun, Frau Volquartz. Ich finde, es stimmt bedenklich,

(Angelika Volquartz [CDU]: Was stimmt bedenklich?)

daß wir uns im Innen- und Rechtsausschuß vorher mit der Frage befassen mußten, woher diese Volksinitiative kommt. Wir haben keine eindeutigen Beweise dafür, wer dahintersteht.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Anhaltende Zurufe von der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Maurus?

Anke Spoorendonk [SSW]:

Ja.

Heinz Maurus [CDU]: Frau Spoorendonk, ich war vom Beginn bis

zum Ende der Sitzung dabei. Ich bitte Sie, zu bestätigen, daß die Frage, die Sie hier eben in den Raum geworfen haben, bei den Beratungen im Innen- und Rechtsausschuß keine Rolle gespielt hat, sondern daß es lediglich um die Frage der Zulässigkeit ging.

- Das bestätige ich gern.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Aha, dann haben Sie eben nicht die Wahrheit gesagt!)

- Sie wissen genau, in welchem Zusammenhang wir diese Frage diskutiert haben, Herr Hennig, Sie waren nämlich dabei. Daß es nicht im Innen- und Rechtsausschuß war, ist richtig.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das haben Sie aber gerade behauptet! - Ursula Röper [CDU] und Angelika Volquartz [CDU]: Welche Nähe meinen Sie denn nun?)

- Ich meine, daß wir das diskutiert haben, was auch in der Presse gestanden hat, ob nicht rechte Kräfte in der Gesellschaft dieses Thema für ihre Zwecke instrumentalisieren.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Anhaltende Zurufe von der CDU)

Noch einmal - -

(Anhaltende Unruhe - Zurufe von CDU und F.D.P. - Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Entschuldigung, Frau Abgeordnete! Darf ich um etwas mehr Ruhe bitten? Frau Abgeordnete Spoorendonk hat das Wort. Ich bitte Sie, auch langsam zum Schluß zu kommen.

(Zurufe von CDU und F.D.P.)

Es besteht die Möglichkeit, Kurzbeiträge gemäß § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung anzuschließen. Ich gebe jetzt Frau Abgeordneten Spoorendonk das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Abschließend möchte ich sagen, daß wir meinen, man muß an der geplanten Rechtschreibreform festhalten,

daß sie nicht durch unnötige Verzögerungen in die Länge zu ziehen ist. Wir müssen nämlich für alle Beteiligten und insbesondere in den Schulen schnell Klarheit schaffen. - Darum lehnen wir auch den Antrag ab.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat der Herr Abgeordnete Maurus.

Heinz Maurus [CDU]:

Zunächst einmal: Eine **Reform** lebt davon, daß sie in der **Bevölkerung** akzeptiert wird. Dies gilt selbstverständlich auch für die Rechtschreibreform.

(Ursula Kähler [SPD]: Und für die Steuerreform!)

„Nicht nur namhafte Schriftsteller lehnen die am 1. Juni 1996 beschlossene Reform der deutschen Rechtschreibung als unsinnig und zu teuer ab, auch in der Bevölkerung regt sich Unmut. Offensichtlich wurde über den Kopf der Betroffenen hinweg ein nicht akzeptiertes Regelwerk geschaffen. Die meisten Änderungen werden nicht als vereinfachend akzeptiert. Viele Inkonsequenzen kommen hinzu.“

Herr Hentschel, das habe ich aus der Pressemitteilung Ihrer Bundestagskollegin Frau Altmann vom 15. Oktober 1996 zitiert. Den Rest erspare ich Ihnen.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Zuruf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Maurus, Sie waren immer schon etwas elitär!)

Zur nächsten Frage: Was ist eigentlich von dem CDU-Antrag zu halten?

(Zurufe - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Eine gute Frage!)

- Bleibt mal ganz ruhig, Freunde!

Wenn Sie sich den Antragstext genau ansehen, erkennen Sie, daß sich dieser Antragstext auf die Volksinitiative bezieht. Diese Volksinitiative - das haben wir in einem ersten Schritt bereits geprüft - ist

zulässig und wird hier in Schleswig-Holstein weitere Schritte gehen.

Sie alle gerade auf der linken Seite des Hauses fordern permanent mehr Bürgerbeteiligung ein.

(Dr. Otfried Hennig [CDU]: Das haben die schon aufgegeben!)

Was ist denn eigentlich von dieser **Bürgerbeteiligung** zu halten, wenn bereits im Vorwege die Bemühungen dieser Initiative ad absurdum geführt werden? Das kann es denn doch wohl auch nicht sein.

Wenn wir jetzt feststellen, daß dieser Erlaß seit Beginn dieses Schuljahres in Kraft gesetzt worden ist, ist immer noch die Frage: Wie weit ist er denn in der Umsetzung? Ich habe meine erheblichen Zweifel, daß er bereits umgesetzt wird.

Dann ist es nur recht und billig zu sagen: Wir stoppen hier, wir stellen den Erlaß zurück und zeigen den Menschen, daß wir es mit den Bürgerbeteiligungsrechten, die wir ihnen eingeräumt haben, ernst meinen. Dazu fordern wir Sie auf, nur dazu!

Nun noch ein Wort zu Ihnen, Frau Spoorendonk: Das, was Sie hier eben unterstellt haben, ist mehr als abwegig. Es würde Ihnen wirklich anstehen, nach vorne zu kommen und sich dafür zu entschuldigen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat Herr Abgeordneter Füllner.

Meinhard Füllner [CDU]:

Frau Spoorendonk!

(Unterhaltung der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW] und Erdsiek-Rave [SPD])

- Sie hört nicht zu. Frau Spoorendonk, ich wollte Sie ganz persönlich ansprechen: Hallo!

Ich möchte Ihnen noch einmal in aller Deutlichkeit sagen: Wir kennen Sie hier als eine menschlich anständige Kollegin. Nur das, was Sie eben an Verdacht unterstellt haben, an geistiger Nähe

produzieren wollten, ist nicht hinnehmbar, nicht akzeptabel. Nein, das müssen wir zurückweisen! Wir fordern Sie ganz formell auf, sich dafür hier zu entschuldigen und dies zurückzunehmen.

(Beifall bei der CDU)

Ein weiteres, Frau Spoorendonk: Wir können uns als CDU-Fraktion in der Debatte auch gegen so eine **Unterstellung** wehren. Nicht wehren können sich dagegen die Initiatoren dieser Initiative und die 60 000 Menschen, die kurzfristig unterschrieben haben. Ich denke, eine **Bürgerinitiative** von der Breite müssen wir als Landtag auch ernst nehmen. Da können Sie doch nicht sagen: Das ist eine Initiative, die wir im Landtag einfach übergehen können. Das Thema bewegt die Menschen. Deshalb haben wir das in den Landtag eingebracht. Sie können nicht auch diese Menschen in die „geistige Nähe“ bringen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Frau Spoorendonk, wir haben- anderes als Sie - mit den Initiatoren der Initiative auch Kontakt aufgenommen, haben uns über ihre Motive und Beweggründe unterhalten. Wir haben folgendes festgestellt, als wir mit ihnen konferiert haben. Das sind hochanständige Staatsbürger, Demokraten wie Sie und wie wir, die nichts Unlauteres im Sinne und keine politischen unlauteren Motive haben: Rechtsanwälte aus Lübeck, Bürger aus Kiel, Verleger, Unternehmer, Leute, die wirklich nicht in irgendeine geistige Ecke von Rechtsradikalen oder sonstwohin zu bringen sind.

Deshalb sollten Sie dies noch einmal deutlich korrigieren, Frau Spoorendonk.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort erteile ich Herrn Abgeordneten Klug.

Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In der Sache kann man über alles streiten. Wir haben uns kritisch mit dem Antrag der CDU und mit dem Anliegen der Bürgerinitiative, der Volksinitiative zur Rechtschreibreform, auseinandergesetzt.

Für meine gesamte Fraktion muß ich aber erklären: Es ist schlicht und ergreifend ein mieser Stil, wenn man

diese Volksinitiative, ihre Initiatoren oder in weiterem Rahmen die CDU-Fraktion sozusagen in den Geruch einer Verbindung oder **geistigen Verwandtschaft zu Rechtsradikalen** hineinzieht. Das kann nicht sein.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

So dürfen wir hier nicht politisch diskutieren.

Im übrigen ist das, was die **Volksinitiative** angeht, auch sachlich falsch. Sie wissen aus Presseveröffentlichungen, daß sich ein früherer **Initiator**, der öffentlich erklärt hat, daß er in der Vergangenheit Geschäftsverbindungen zu einem rechtsradikalen Verleger gehabt habe, inzwischen zurückgezogen hat. Das ist etwas, was man dieser Initiative in toto nicht vorwerfen darf. Da sind Mitglieder dabei, die aus allen demokratischen Parteien kommen, auch aus Ihrer Partei.

Wenn Sie - ich habe das eben in einem Zwischenruf jedenfalls so verstanden, Frau Erdsiek-Rave - sich auf Artikel in der „Nationalzeitung“ oder anderen rechtsradikalen Postillen beziehen, „Trittbrettfahrer“ sagen, muß ich Ihnen entgegen: Da läuft seit Jahren auch eine Diskussion gegen die Wirtschafts- und Währungsunion, gegen den Euro. Da kann man auch nicht sagen, wenn beispielsweise SPD-Politiker die Wirtschafts- und Währungsunion mit Fragezeichen versehen, daß sie sich etwa in die Nähe zum Rechtsradikalismus begeben würden.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Wir können doch nicht bei jeder Diskussion um ein Thema Positionen - durchaus vertretbare Positionen, auch wenn man ihnen nicht zustimmt - deshalb tabuisieren, weil sich zufälligerweise ein paar rechtsradikale Spinner oder von mir aus auch linksradikale Spinner dieses Themas bedienen. Das kann doch nicht Stil der politischen Diskussion sein.

Ich möchte die Kollegin Anke Spoorendonk im Interesse des Klimas dieses Hohen Hauses und auch der weiteren öffentlichen Diskussion bitten: Liebe Anke, nimm das, was du gesagt hast, zurück! Das ist ein Ausrutscher gewesen, das sollte nicht so stehenbleiben.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist gut, daß ich jetzt noch einmal das Wort bekommen habe.

Ich habe in meiner Rede vorhin gesagt, daß Sie, indem Sie diesen Antrag jetzt, zu diesem Zeitpunkt stellen, in dem auch gerade die Volksinitiative „WIR gegen die Rechtschreibreform“ läuft, dies vielleicht - jetzt provoziere ich ein bißchen - auch tun, weil Sie **Bürgernähe** demonstrieren wollen. Herr Maurus hat es vorhin auch gesagt.

(Ursula Röper [CDU]: Das hat er anders gesagt!)

Ich sagte: Offensichtlich will die CDU-Landtagsfraktion dadurch auch Bürgernähe demonstrieren. Das habe ich gesagt.

(Zurufe von CDU und F.D.P. - Ursula Röper [CDU]: Nein!)

- Ja! - Dann sage ich: Dadurch wird dann eine andere Nähe nicht demonstriert, aber man könnte doch die Frage stellen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Welche denn?)

Ich will noch einmal sagen: Ich habe nicht

(Zurufe von CDU und F.D.P.)

- laßt mich doch einmal ausreden! - von geistiger Nähe der CDU zu diesen rechten Gruppierungen gesprochen. Das habe ich nicht gesagt.

(Zurufe - Ursula Röper [CDU]: Nehmen Sie es einfach zurück und eiern Sie nicht herum! - Glocke der Präsidentin)

Ich stehe auch dazu, daß die Menschen, die diese Volksinitiative unterschreiben, das aus vielen Motiven heraus tun. Aber Sie müssen es sich doch gefallen lassen,

(Angelika Volquartz [CDU]: Sagen Sie: „Es tut mir leid!“)

daß man sagt: Gut, einige Gruppen versuchen, das zu instrumentalisieren.

Ich finde, es ist ein unglücklicher Zeitpunkt, zu dem dieser Antrag läuft. Das ist es.

(Angelika Volquartz [CDU]: Immer schlimmer! - Vereinzelter Beifall bei der SPD - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das machen wir bei dem nächsten SSW-Antrag auch!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Ministerin Böhrk.

Gisela Böhrk, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Frau Präsidentin! Meine Herren und Damen! Es ist eigentlich ein bißchen schade, daß dann, wenn die Debatte endlich einmal eine gewisse Leichtigkeit und intellektuelle Vergnüglichkeit bekommt - die hatte sie ja; wir alle haben ja mit Vergnügen zugehört -, ein Zungenschlag da ist, der in der Tat mißverständlich und so ist,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wir müssen einmal über die persönlichen Befindlichkeiten von Frau Erdsiek-Rave bei ihrem Dringlichkeitsantrag diskutieren!)

daß die Debatte in einen Sumpf stürzt und alles, was vorher dagewesen ist, vergessen ist. Ich finde das einfach schade.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das stimmt!)

Ich will deutlich sagen - auch Frau Spoorendonk hat das deutlich gemacht -: Natürlich ist es so - und wir wissen es -, daß die Initiativen, die gegen die Rechtschreibreform laufen, durchaus bunt gewürfelt sind, im wahrsten Sinne des Wortes sehr bunt gewürfelt sind. Ich darf vielleicht als Aperçu hinzufügen, daß gerade das Lübecker Klägerpaar gut mit mir befreundet ist und wir mit einem gewissen Entsetzen, aber auch Heiterkeit festgestellt haben, daß wir in dieser Frage konträr auseinander sind! Das ist in Demokratien durchaus möglich. Wir sollten das auch auf dieser Ebene belassen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P.)

Was mich in der Debatte um die Rechtschreibreform neben den inhaltlichen Fragen ganz besonders interessiert und fasziniert, ist die Frage: Warum wird sie eigentlich bei uns in der Republik so geführt?

(Konrad Nabel [SPD]: Weil sie vorher nicht geführt wurde!)

Warum hat sie diesen Stellenwert?

Die „Süddeutsche Zeitung“ hat eine große Beilage zur **Rechtschreibreform** gemacht. Herr Dr. Klug hat Teile daraus zitiert. Ich lese nur einmal Überschriften vor:

„Die Tschechen verfolgen verwundert die Aufregung um die neue geheiligte Schrift der Nachbarn
Teutonischer Wirbel um ein Korrektürchen
In Prag, wo einst die neuhochdeutsche Kanzleisprache vorstrukturiert wurde, rät man zu souveräner Gelassenheit“

„Franzosen begrüßen die Reform“

„Eidgenossen sehen ihre Heimatsprache nicht bedroht
Keine Staatsaffäre
In der Schweiz schlägt die Reform kaum hohe Wellen“

Ich frage mit Ulrich Greiner, der das in der „Zeit“ vom 8. November 1996 getan hat:

„Warum erregen sich die deutschen Schriftsteller in einer Nebensache (Rechtschreibung) und schweigen in der Hauptsache?“

Was ist das für ein Zeichen für unsere Politik, wo es Volksbegehren gibt für Polizeipferde, für bayerische Biergärten, gegen die Rechtschreibreform und das Stillschweigen der mehr oder weniger intellektuellen Öffentlichkeit bei Massenarbeitslosigkeit, bei gleichzeitiger Gewinnexplosion oder etwa „nur“ bei dem Zerbröseln und Austrocknen von kulturellen Stätten wie Frankfurt und Berlin?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wie wäre es, wenn Sie zu der Initiative reden würden?)

Kein Aufschrei der großen Dichter zu diesem Thema,

(Beifall bei der SPD)

kein Aufschrei! Aber - ich zitiere noch einmal Ulrich Greiner -:

„Politische oder literarische Differenzen zählen nicht mehr. Ernst Jandl steht an der Seite Walter Kempowskis, Günter Grass verbündet sich mit Ernst Jünger. Als ob es um das Äußerste ginge, als ob deutsche Fregatten die Küste Kaliningrads beschießen wollten. Es geht aber nur darum, daß der Schuß mit doppeltem s geschrieben werden soll.“

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das finde ich auch nicht vernünftig!)

Herr Kubicki, Sie haben gestern gesagt: „Die Republik ist dabei, aus den Fugen zu geraten.“ Ich stimme Ihnen darin zu. Gerade deshalb finde ich es sehr bedrückend festzustellen: Theo Waigel taumelt von einer Haushaltskrise in die andere,

(Meinhard Füllner [CDU]: Der Bogen ist sehr weit gespannt!)

die öffentlichen Einnahmen befinden sich in freiem Fall nach unten,

(Meinhard Füllner [CDU]: Es gibt noch die Bundeswehr!)

aber der Finanzminister weiß eines ganz genau und ist ganz sicher: Er ist gegen die Rechtschreibreform.

Wir haben mit der Rechtschreibreform offensichtlich endlich wieder ein Thema, das nicht so schwierig ist,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist wie mit dem Wahlalter!)

das nicht differenziert betrachtet werden muß, sondern wo es endlich wieder einmal ganz einfach ist: Bist du dafür oder dagegen, ja oder nein? Die Welt ist wieder einteilbar. Endlich haben wir wieder einen binären Code.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Wieder sind es die Kultusminister!)

Wir können wieder einmal mit uns selbst Konsens bilden. Wir können zufrieden sein. Wir haben keine kritischen Fragen an uns selbst. Wir müssen nicht selbst differenzieren und Fragen stellen, „wie geht es denn?“, sondern wir können ganz sicher sein.

Dies ist ein Grund, warum uns die Rechtschreibdebatte, die Reform der Rechtschreibung, dieses Reförmchen, diese Nebensache so stark beschäftigt und wir immer noch sprachlos und ratlos in den Hauptsachen sind, die uns eigentlich viel mehr bedrücken.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Maurus und auch Frau Schröder haben die lange **Geschichte dieses Reförmchens** dargelegt. Herr Maurus hat bei den einzelnen Stationen, die er hier sehr genau aufgelistet hat, vergessen zu sagen, daß es zu keinem einzigen Zeitpunkt, zu keinem dieser einzelnen Schritte jemals einen **Parlamentsvorbehalt** oder einen wie auch immer gearteten parlamentarisch instrumentalisierbaren Vorbehalt gegeben hat.

Was Schleswig-Holstein anbetrifft, will ich nur hinzufügen, daß auch unser Erlaß nicht einfach erlassen worden ist,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sondern?)

sondern es natürlich eine Anhörung gegeben hat, und zwar der Elternverbände, der Lehrerverbände, all derjenigen, die wir immer vor Veröffentlichung eines Erlasses angehört haben. Es hat eine breite Zustimmung zu diesem **Erlaß** gegeben. Also ein ganz normales Verfahren!

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Haben Sie auch irgendein Parlament unterrichtet?)

Im Vertrauen auf die Gültigkeit dieser Beschlußlagen und im Vertrauen darauf, daß der demokratische Fortschritt insoweit unbezweifelbar ist, daß eben nicht - wie in den vergangenen fast 100 Jahren - die Herren der „Duden“-Redaktion entscheiden, was die richtige Schreibweise ist, sondern dies in einem gemeinsamen, konsensualen Prozeß der deutschsprachigen Länder und darüber hinaus entstanden ist, im Vertrauen auf die Gültigkeit dieser Beschlußlage haben alle Bundesländer Übergangsregelungen für die Schulen erlassen und nicht - wie auch zu lesen war - überstürzt und voreilig.

In Sachsen zum Beispiel ist der **Unterricht** gemäß der **Neuregelung** für die ersten Klassen seit Beginn dieses Schuljahres verbindlich. Im Gegensatz zu der Regelung in Schleswig-Holstein gibt es dort keine Übergangsregelung.

In Baden-Württemberg gilt die Neuregelung seit Beginn dieses Schuljahres verbindlich für die ersten Klassen. Ansonsten ist es den Schulen freigestellt, bis 1998 über die Einführung zu beschließen.

Die Volksinitiative ist zu einem Zeitpunkt aktiv geworden, als das Umsetzungsverfahren national und international abgeschlossen war. Im Vertrauen auf die Beschlußlage haben alle Länder gehandelt.

Die Übergangsregelungen sind in Kraft gesetzt.

Die Schulbuchverlage stellen die Schreibung in den Schulbüchern mit Hochdruck um.

Lehrkräfte und Eltern haben viel Zeit investiert, um sich mit den Neuregelungen vertraut zu machen.

Schulen - und damit auch die Schulträger - haben erste Materialien und Bücher angeschafft.

Ich kann mir im übrigen nicht vorstellen, daß - die rechtliche Zulässigkeit von Volksinitiativen mal außer Betracht gelassen - die **Kinder** in Schleswig-Holstein tatsächlich eine **andere Rechtschreibung** lernen sollten als etwa die Kinder in Hamburg oder in Niedersachsen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich kann mir schlichtweg nicht vorstellen, daß wir in einem Zeitalter eines galoppierend zusammenwachsenden Europa, in dem wir über den Euro diskutieren, in die Rechtschreibkleinstaaterei verfallen

(Beifall bei der SPD)

und in Schleswig-Holstein, in Hamburg und in Niedersachsen die Erstklässler jeweils nach einem anderen Regelwerk unterrichtet werden sollten.

(Meinhard Füllner [CDU]: Das will auch keiner!)

Ein Aussetzen des Erlasses zum gegenwärtigen Zeitpunkt - das ginge ja noch - wäre nicht einmal ein herrlicher Unfug, sondern würde heillose Verwirrung stiften.

Es würde eine zu späte oder spät angefangene Diskussion auf dem Rücken der Kinder ausgetragen, die sich nicht wehren können. Ich rate also zu

Augenmaß und Rationalität. Wir sollten uns nicht von der Wut über den verlorenen Buchstaben leiten lassen, sondern davon, daß es durchaus auch im Sinne internationaler Verständigung ein Gewinn ist, daß wir uns mit Österreich, der Schweiz und den anderen Ländern in der Rechtschreibfrage endlich geeinigt haben.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag erhält der Abgeordnete Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Präsidentin! Die Volksinitiative und die Möglichkeit, eine Volksinitiative zu machen, sind hier im Lande nicht von der CDU durchgesetzt worden.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Sie müssen noch vieles lernen, Herr Hentschel! Wie sollte denn die Verfassung sonst geändert werden?)

- Es ist erstaunlich, daß Sie das immer begrüßen. Es freut mich. - Ich halte die **Volksinitiative** gegen die Rechtschreibreform nicht für rechtsradikal. Ich halte sie von ihrem Charakter her für elitär. Wenn die Hälfte der Bevölkerung Probleme hat, richtig zu schreiben, und ein gewisses Bildungsbürgertum die Frage, ob man gebildet ist oder nicht, an der Rechtschreibung festmacht, dann hat das sehr viel mit elitärem Verhalten zu tun.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Und wenn sich hierbei ausgerechnet Journalisten, Schriftsteller und Verleger zum Sprecher machen, dann habe ich damit Probleme - sage ich. Ich finde, es ist auch eine Verunglimpfung von deutschen Schriftstellern wie Schiller, Goethe, Lessing und anderen, die sich nie an die Rechtschreibung gehalten haben.

(Zurufe von CDU und F.D.P.)

- Wenn sich die Aufregung gelegt hat, kann ich weitermachen. - Es ist allerdings richtig, daß es rechtsradikale Kreise gibt, die sich auf jedes Thema

stürzen, bei dem auch nur entfernt das Wort „deutsch“ oder auch nur der Anfangsbuchstabe „D“ vorkommen. Dafür kann auch die Union nichts.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Die rechten Kreise sind auch für die Bücherverbrennung!)

Aber wenn Sie im Zusammenhang mit der Rechtschreibreform von „deutscher Kultur“ reden - hierzu ist genug gesagt worden -, so muß ich sagen: Man muß sich doch nicht auf jedes Thema stürzen, nur weil man glaubt, es ist gerade populär, oder?

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Ursula Röper [CDU]: Das überlassen Sie einmal uns, welche Themen wir behandeln! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Herr Hentschel, das müssen Sie einmal nach links sagen!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich komme daher zur Abstimmung.

Es ist nur Abstimmung in der Sache beantragt worden.
- Wer dem Antrag der CDU-Fraktion, Drucksache 14/520, zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Enthaltungen? - Dieser Antrag ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. und SSW abgelehnt.

Ich rufe jetzt Punkt 10 der Tagesordnung auf:

Ecstasy in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/481

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 14/527

(Unruhe)

- Darf ich um etwas mehr Aufmerksamkeit bitten? - Liebe Kolleginnen und Kollegen, es liegt an uns allen, wie schnell wir fertig werden und wann wir die Sitzung beenden können.

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. - Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort hat die Frau Abgeordnete Tengler.

Frauke Tengler [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! - Der Minister schläft nicht, er liest.

(Heiterkeit - Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das hat er auch nötig! - Minister Rainer Steenblock: Das Bonmot des Tages!)

- Herr Minister, ich wollte das nur klarstellen, weil andere Beobachtungen gemacht wurden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die **Rauschgiftbilanz 1996**, vorgelegt am 17. Februar 1997, spricht zum wiederholten Male eine deutliche Sprache.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Entschuldigung, Frau Abgeordnete! Ich möchte ernsthaft um etwas mehr Ruhe bitten! - Sie haben das Wort, Frau Tengler.

Frauke Tengler [CDU]:

Der auffällige Anstieg im Bereich der erstmals erfaßten Konsumenten harter Drogen geht auf den noch immer alarmierend ansteigenden Mißbrauch synthetischer Drogen zurück. Der Anteil der Erstkonsumenten macht 1996 42,5 % aus. Diese Entwicklung findet auch ihren Niederschlag in den polizeilichen Sicherstellungsmengen. Für Amphetaminderivate, namentlich **Ecstasy**, ist binnen Jahresfrist eine Steigerungsrate von über 80 % festzustellen. Diese Entwicklung deutet auf einen wachsenden Zufuhrdruck für synthetische Drogen hin, der vor allem aus den Niederlanden kommt. Das belegt eindrucksvoll: Ecstasy ist auf dem Vormarsch.

Laut BKA Wiesbaden wurden 1991 4000, 1995 380.000 und bis zum November 1996 588 000 Ecstasytabletten sichergestellt. Das sind Zahlen, die für sich sprechen und das Ausmaß dessen, was auf uns zurollt, nur andeuten.

Es gibt einen offenbar immer stärkeren **Trend zu synthetischen Drogen**. Kenner rechnen mit einer weiteren Verschärfung der Situation, und dies nicht nur quantitativ, bezogen auf Konsumentenzahlen oder Konsummengen, sondern auch qualitativ. Immer mehr wird über die psychotropen Effekte, die psychiatrischen, neurologischen, neurobiologischen und internistischen Nach- und Nebenwirkungen von Ecstasy bekannt. Dazu gibt es Hinweise, daß Ecstasy zum

Einstieg in andere harte Drogen führt, wenn etwa aufgrund von Gewöhnung die Wirkung nachläßt. Besonders Kinder und Jugendliche, die sonst keinen Kontakt zur Betäubungsmittelszene haben, bekommen speziell über die Technoszene Kontakt zu harten Drogen.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Kein zuständiger Minister, kein zuständiger Staatssekretär ist da! Das ist eine tolle Sache!)

Die Auswertung von Einsatzberichten nach Großeinsätzen in Rheinland-Pfalz ergab zum Beispiel, daß zwischen 50 % und 70 % der Besucher von Techno-Veranstaltungen illegale synthetische Drogen konsumierten. Der gebräuchliche Begriff „Party-Droge“ oder „Disko-Droge“ sollte nicht dazu verführen zu glauben, der Konsum könne auf eine bestimmte Szene begrenzt werden. Das, was Ecstasy verspricht, zielt auf ein Lebensgefühl, das über den Besuch von Techno-Tempeln weit hinausgeht.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Es zeichnet sich insofern eine Trendwende im Drogenkonsum hin zum Gebrauch antriebssteigernder und psychostimulierender Drogen ab. Ecstasy kommt in diesem Zusammenhang die überragende Bedeutung zu.

(Minister Peer Steinbrück und Ministerin Heide Moser betreten den Plenarsaal - Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das wird aber auch Zeit! - Konrad Nabel [SPD]: Herr Hennig verteilt wieder einmal Zensuren! - Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Es ist ungeheuerlich, daß zu diesem Thema die Regierung nicht anwesend war! Das finde ich allerdings!)

Es entwickeln sich neue Konsummuster, die nach einem veränderten Auftreten beziehungsweise einer Differenzierung des Suchthilfesystems verlangen. - Ich bin froh, daß die Ministerin jetzt da ist. -

Lehrer rufen seit zirka zwei Jahren immer häufiger in Beratungsstellen an, um Informationen über die neue Droge zu erhalten. Dr. Rainer Thomasius, Leiter der Forschungsgruppe „Designerdrogen“ der Psychiatrischen Klinik der Universität Hamburg, spricht von einer dramatischen **Zunahme des Ecstasykonsums**, einhergehend mit einem Anstieg der Todesfälle, von schwersten psychischen,

neurologischen und internistischen Komplikationen, die auf den Gebrauch von Ecstasy zurückzuführen sind.

Die Forschungsgruppe „Designerdrogen“ wertet Fallbeschreibungen aus. Bisher gibt es noch keine Langzeitforschung mit wissenschaftlich abgesicherten Erkenntnissen, die die Folgen des Ecstasykonsums belegen.

Dr. Thomasius warnte in einer Information der Forschergruppe vom Mai 1996 nachdrücklich:

„Eine Verharmlosung von Ecstasy wäre verheerend, gefährlich, Ecstasy ist eine harte Droge.“

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Auch Dr. Rainer Dahldorf, wissenschaftlicher Mitarbeiter des BKA für Kriminaltechnik und Toxikologie, wies bei dem Expertenhearing am 16. Oktober 1996 in Bonn auf Erkenntnisse des BKA hin, daß 50 bis 70 % der Technopartybesucher Ecstasy konsumieren. Ecstasy ist eine völlig neue Droge mit verharmlosendem Tablettenimage: Weg von der Nadel, Blut, Dreck, raus aus den Schmutzedecken, rauf auf die Diskobühne!

Während Hasch und Heroin Aussteigerdrogen sind, ist **Ecstasy** eine **Leistungsdroge**. Sie vermittelt in ihrer Form unbewußt die hohe Akzeptanz der Tablette, sie suggeriert Sicherheit. Sie ist im Gebrauch sauber, gut proportionierbar, einfach einzunehmen, gut transportierbar, gut lagerbar und in der Herstellung absolut anspruchslos. In der Wirkung ist sie katastrophal. Bereits nach Einnahme weniger Tabletten können irreparable Schäden auftreten.

Der **Wirkstoff MDMA** in Ecstasy galt während des Zweiten Weltkrieges als „Angstwegmacher“. Gertraud Tauchert-Noodt, Professorin für Neuroanatomie an der Universität Bielefeld, weist in ihren Untersuchungen darauf hin, daß die Wirkstoffe der Designerdroge MDMA, MDM/MDT alle in die internen Steuerungsprozesse des menschlichen Gehirns eindringen. Die Reizweiterleitungen der Nervenzellen können blockiert oder unglaublich verstärkt werden. Durch Strukturverwandschaft von MDMA zu hirneigenen Substanzen kann schon die Einnahme einer Tablette zu dramatischen, irreversiblen Strukturprozessen im Gehirn führen.

Die Diplompsychologin Birgit Spoker vom Therapieladen e. V. Berlin warnt in ihrer

Stellungnahme davor, die hohe **Suchtpotenz** der Technopartys zu unterschätzen. Die Technoszene erweist sich als überaus leistungsorientiert: Man ist gut gestylt, gut drauf, macht eine gute Show! Unter der Droge kommt es zu unrealistisch überhöhten Glückserwartungen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Schön!)

Die sogenannten Abturns allerdings, in denen dann nur noch Reststoffe der Droge im Körper der Drogenkonsumenten sind, zeigen sich in totaler körperlicher Erschöpfung und Depressionen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Weniger schön!)

Vor dem Hintergrund der vorgetragenen Fakten erscheint der CDU-Landtagsfraktion ein **Bericht der Landesregierung** über die **Erkenntnisse zum Konsum von Ecstasy** in Schleswig-Holstein außerordentlich dringend zu sein.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Längst überfällig!)

Zusätzlich beunruhigen die CDU-Landtagsfraktion die nebulösen Pläne der SPD-Bundestagsfraktion zur Freigabe von Heroin und Kokain in Wochenrationen. Ein bereits vom SPD-Fraktionschef unterschriebener Gesetzentwurf wurde zurückgezogen. Vom Tisch ist er noch nicht!

Ein Volk, leicht bekifft, schwer zgedröhnt, fern der Realität, welch ein Vorteil für den Standort Deutschland!

Um auf allen Gebieten vorwärts zu kommen, brauchen wir Menschen, die auf dem Boden der Tatsachen stehen, die realistisch Gegebenheiten einschätzen können, um sinnvolle Lösungen zu finden.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So wie die Grünen!)

Es gibt kaum einen unfreieren Menschen als den Süchtigen. Die Legalisierung der harten Drogen ist die Bankrotterklärung der Politik gegen den Drogenhandel.

(Beifall bei der CDU)

Eine wirksame Nachfragereduzierung kann bei Suchstoffen nur erfolgen, wenn es gelingt - meine Damen und Herren, ich hoffe, daß wir da zusammenarbeiten können -, ein

gesamtgesellschaftlich mitgetragenes **Präventionsbündnis** unter Einbeziehung von Eltern, Lehrern, Vereinen und anderen Multiplikatoren aufzubauen. Wir müssen Suchtimmunität individuell und kollektiv fördern. Diese Aufgabe wird in ihrer Wirksamkeit und Schlüssigkeit jedoch untergraben, wenn ständig neue Modelle für eine Erleichterung des Rauschgiftkonsums in die Öffentlichkeit getragen werden. Dies gilt besonders auch im Hinblick auf die Entwicklung bei den synthetischen Drogen. Differenzierungen nach gefährlichem und weniger gefährlichem Drogenkonsum werden der Problematik nicht gerecht und können leicht als Gebrauchsanweisung für einen risikoärmeren Konsum mißverstanden werden.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie um Zustimmung zu unserem Antrag und sehe den SPD-Antrag als Ergänzung an.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Nabel.

Konrad Nabel [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich versuche mit einer Beschreibung und ein bißchen Analyse einen etwas anderen Weg zu gehen, als Sie, Frau Tengler, zur Erarbeitung der Ursachen der **Zunahme des Ecstasykonsums**. Auch wenn wir in manchen Punkten gleiche Ziele haben, haben wir doch aus besserer Einsicht einen differenzierteren Weg vor Augen, denn gerade auf die Differenzierung zwischen harten und weichen Drogen - davon gab es übrigens kein Wort in Ihrer Rede - legen wir großen Wert.

(Beifall der Abgeordneten Frauke Walhorn [SPD])

Wissen Sie, Frau Tengler, was eine Goa ist? - Ich nehme an daß Sie, wie die meisten Kolleginnen und Kollegen hier im Hohen Hause, das nicht wissen. Der Begriff wurde geprägt in Anlehnung an den Namen einer indischen Stadt

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Goa ist keine Stadt, sondern ein Staat!)

und soll den Anspruch belegen, daß es bei Goapartys vergleichbar zu indischer Philosophie um die geistige

Durchdringung der Welt, um Meditation, gegenseitiges Verständnis und Selbstfindung geht.

(Zuruf von der F.D.P.)

Die Realität liegt oft weit davon entfernt. Ich will Ihnen - ohne den Anspruch einer tiefgreifenden Analyse, für die heute leider die Zeit fehlt - ein Schlaglicht auf die Szene geben, in der immer häufiger und von immer mehr Menschen die schon Anfang unseres Jahrhunderts von der deutschen Firma Merck entwickelte synthetische **Droge Ecstasy** oder MDMA konsumiert wird, und die nicht allein von Technodiskos, sondern viel mehr auch von den erwähnten Goas, House-Partys, Loveparades oder Veranstaltungen im privaten Raum geprägt ist.

Auf Goas spielen Musik und Lichteffekte, der DJ, körperliche Bewegung bis zur Extase oder bis zur Erschöpfung und die Droge Ecstasy eine große Rolle, nicht in erster Linie philosophische Gedanken, die Reflexion eigenen Verhaltens oder die Auseinandersetzung mit anderen.

Viele der jungen Menschen, die zu solchen Raves zusammenkommen, sind ganz normale Kids - um in der Sprache zu bleiben - in ganz normaler Kleidung; das haben Sie auch schon gesagt. Andere fallen als Punks auf, wieder andere durch besonders teure Designerklamotten, wie das so in der Szene heißt.

Die Erwartungen, mit denen die Leute kommen äußern sich so - ich zitiere mit Genehmigung der Frau Präsidentin einige Äußerungen -:

„Ich will Spaß - ich will gute Musik - ich will eine geile Lightshow - will mich wohlfühlen - mich ausleben - will mit netten Leuten zusammen sein, die mich nicht irgendwie blöd anmachen - will nichts wissen vom Alltag und schon gar nichts von irgendwelchen Oldies.“

Manche Veranstalter legen sich für die **Partynacht** ein dramaturgisches Konzept zurecht, um möglichst viele Besucherinnen und Besucher zu möglichst langem Verweilen und zum Besuch der nächsten Veranstaltung zu bewegen. Viele DJs empfinden ihre Arbeit als Kunst.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ja!)

Während der gesamten Veranstaltung wird Musik als ein ununterbrochener Klangteppich mit monotonem Rhythmus, gemischt aus Synthesizer, von Platten oder

CDs geboten, zum Teil live am Synthesizer aus Samples eingespielt. Musik und Rhythmus ohne Pause, ebenso die Lichteffekte, zum Beispiel die Projektion von Computeranimationen oder unter dem Einfluß der Wärme einer Projektorlampe zwischen Glasplatten ineinander zerlaufende Farben, die im Rhythmus der Musik pulsieren. Klang- und Lichteindrücke verändern sich nicht unvermittelt. Der DJ baut Spannung durch Steigerung und allmählichen Wechsel im Zusammenspiel mit dem Publikum auf.

Die Bewegungen der Tänzerinnen und Tänzer sind nicht normiert wie bei klassischem Tanz; sie werden als persönliche Ausdrucksmöglichkeiten verstanden und genutzt. Kommunikation findet, wenn überhaupt, nicht verbal statt.

Sechs, acht, zehn oder zwölf Stunden dauert so eine Party, endet im Chill-Out-Room - Abklingraum würde man das deutsch übersetzen -, oder, wenn das Fest im Freien stattfindet, auf einem entsprechenden Platz außerhalb der Reichweite der überdimensionalen Lautsprecher.

Die meisten der jungen Leute meinen, bei diesem Erlebnis ohne Ecstasy nicht auskommen zu können. Sie sagen, es befreie, es mache den Kopf frei für Gedanken außerhalb des Alltags und öffne für Dinge, für die sonst keine Zeit sei.

In Safer-Use-Broschüren wird die Wirkung so beschrieben - ich zitiere wieder -:

„MDMA wirkt euphorisierend und zentral anregend. Der Körper verspürt ein leicht prickelndes Gefühl, die Pupillen weiten sich und das Herz beginnt stärker zu schlagen. Der Mund wird trocken. Unter Umständen tritt Übelkeit auf. Anfangs kann es auch zu Atemnot kommen. Empfindungen und Sinneswahrnehmungen werden intensiviert, und Hemmungen werden abgebaut. Der Kopf erscheint klar, Heiterkeit und Entspannung können eintreten.“

Oft beschrieben wird der Wunsch nach Gesprächen und einem wachsenden Vertrauen, auch einem wachsenden Selbstvertrauen. Man glaubt, man könne es mit der ganzen Welt aufnehmen. Die Symptome lassen nach etwa vier bis sechs Stunden nach. Bei längerem Gebrauch der Droge kommt es zur Toleranzbildung. Bei Überdosierung können Vergiftungserscheinungen mit Übelkeit oder Halluzinationen auftreten. Die starke körperliche Beanspruchung, zum Beispiel durch exzessives Tanzen, wird nicht ernst genommen, der

große Flüssigkeitsbedarf nicht gedeckt, so daß Nierenschäden auftreten können. Bei längerem Gebrauch in zu kurzen Abständen wirkt die Droge nicht wie gewünscht. Es treten Konzentrationsschwächen auf. Langfristiger Gebrauch von MDMA kann zu Schädigungen vor allen Dingen im Stirnhirn führen; da soll, wie ich mir von wissenschaftlich klügeren Menschen habe sagen lassen, die Emotionalität sitzen. Körperliche Abhängigkeit allerdings entsteht nicht.

Ecstasy wird wegen des großen Flüssigkeitsbedarfs sehr häufig in Kombination mit Alkohol konsumiert. Ungewollte Wirkungen treten durch die der Kombination beider Drogen auf.

Soweit eine kurze Beschreibung, ein Einblick in die Situation. Wir müssen uns aber mehr mit den Gründen der jungen Menschen für den Konsum von Ecstasy beschäftigen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Wir brauchen Gedanken über eine **Analyse**. Dafür ist heute keine Zeit. Wahrscheinlich reichen die Grundlagen dafür auch noch nicht aus. Das ist ein Grund, weswegen wir einen **Berichtsantrag** stellen.

Der **Konsum** der Modedroge Ecstasy hat besorgniserregende Ausmaße angenommen. Die Designerdroge erlebt einen wahren **Boom** - das wurde auch anderweitig schon gesagt -, und dies nicht nur in den Städten. Auch in eher ländlichen Bereichen unseres Landes wird Ecstasy vor allem von jungen Menschen in wachsendem Maße konsumiert.

Die herkömmlichen Präventionsmaßnahmen, das Beratungsangebot, das gesamte Hilfesystem sind eher auf Drogen wie Alkohol, Nikotin, Heroin und bestenfalls Cannabis eingestellt und greifen bei der ganz anders gearteten Ecstasyklientel überhaupt nicht.

Was also tun? Wie kann ein der Droge angemessenes **Präventionskonzept** aussehen? Zunächst einmal müssen die Benutzerinnen und Benutzer erreicht werden. Bei Veranstaltungen der beschriebenen Art ist dies sehr schwierig. Sie müssen vorurteilsfrei informiert werden, damit sie selbst die möglichen Risiken gegen erwartete oder bereits bekannte Wirkungen abwägen können. **Informationsbedarf** muß wahrscheinlich erst einmal geweckt werden. Es müssen die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß die Zielgruppe überhaupt bereit ist, die angebotene Information auf sich selbst zu beziehen und dann auch aufzunehmen.

Das erfordert Denken vorm Reden, ein Konzept, an dessen Erarbeitung alle betroffenen Einrichtungen und Gruppen mitarbeiten müssen und das folgenden Anforderungen genügen muß: Es muß aufmerksam machen, in den Augen der Zielgruppe positiv auffallen, ohne aufdringlich zu wirken. Es muß Betroffenheit erzeugen. Es muß Informationen ohne den erhobenen Zeigefinger geben, eher unter dem Motto „Enjoy the rave, but rave safe“ ein „Safer-Use-Konzept“ anbieten. Es muß Hinweise auf Hilfe bei Problemen im Umgang mit der Droge geben.

Ich weiß nicht, liebe Kollegin Tengler, ob Sie dafür geeignet wären. Ich vertraue da schon eher auf die Fachleute von der Landesstelle gegen die Suchtgefahren in Schleswig-Holstein und der Koordinationsstelle schulische Suchtprävention, deren Veröffentlichungen und Aktionen eher einem von mir skizzierten Konzept als Ihrer Politik der Abschreckung, der Prohibition und der Repression entsprechen.

Meine Damen und Herren von der CDU, Ihre Drogenpolitik ist gescheitert.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

Zahlenfriedhöfe bringen uns der Lösung des Problems nicht näher, Frau Tengler. Das zeigen nicht nur Ihre heutigen Ausführungen, sondern auch die jüngst veröffentlichten neuesten Statistiken und Zahlen von Drogentoten. Auch abenteuerliche Vorschläge wie der von Herrn Lintner zu Zwangstherapien zeigen nur auf, wie sehr Sie sich verrannt haben, und auch Ihre Drogenkonferenz vom Montag war ein Flop.

(Meinhard Füllner [CDU]: Das denken Sie sich! - Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Sie haben wirklich keine Ahnung!)

Hören Sie endlich auf, in diesem vor allem sozial- und gesundheitspolitischen Bereich durch Ihre ideologische Verbohrtheit den Weg zu vernünftigen Lösungen zu verbauen! Diese Politik wird auch dem Problem vieler Jugendlicher mit der Modedroge Ecstasy nicht gerecht. Auch im Bereich der synthetischen Drogen sind durch repressive Maßnahmen keine nennenswerten Erfolge bei den betroffenen Jugendlichen zu verzeichnen. Es müssen auch in diesem Bereich andere Wege beschritten werden. Erste Erfolge der neuen speziell auf Ecstasy abgestellten Präventionskampagne der Landesstelle gegen die Suchtgefahren und der Koordinationsstelle schulische Suchtvorbeugung zeigen dabei die Richtung auf.

Die SPD-Landtagsfraktion fordert die Gesundheitsministerin auf, dem Landtag über die sozialen Gruppen, aus denen die Konsumentinnen und Konsumenten stammen, deren Konsumgewohnheiten und den Stellenwert der Droge Ecstasy zu berichten. Darüber hinaus erbitten wir Informationen über präventive Konzepte und den derzeitigen Stand präventiver Maßnahmen in Schleswig-Holstein sowie die Einordnung der Maßnahmen gegen den Ecstasykonsum in das vorhandene Hilfesystem.

Die SPD-Landtagsfraktion bleibt bei alledem dabei: Wir werden den Weg der **Entkriminalisierung** der Drogenkonsumentinnen und -konsumenten fortsetzen. Wir setzen auf umfassende Prävention und Aufklärung und begrüßen in diesem Zusammenhang auch den Antrag der Landesregierung zur Durchführung eines kontrollierten Versuchs zum begrenzten legalen Erwerb von Cannabis. Den Antrag der CDU-Fraktion lehnen wir ab.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Auf der Tribüne begrüße ich jetzt den Deutschkurs des Deutschen Gymnasiums in Varde.

(Beifall)

Das Wort hat Herr Abgeordneter Böttcher.

Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das Problem Ecstasy ist schwierig zu beurteilen und deshalb nicht geeignet, sich parteipolitisch zu profilieren zu versuchen. Ich hatte gehofft, daß diese Debatte nicht so geführt wird wie zum Thema Cannabis. Aber offensichtlich werden wir das gleiche Verwirrspiel erleben in der etablierten **Drogenpolitik**, und das Verwirrspiel wird weiter getrieben wie in der Frage des Modellversuchs.

Daß die CDU zum Teil nicht weiß, was sie redet, möchte ich an einem Beispiel belegen. In ihrer Broschüre, die sie jetzt überall breit verteilt, heißt es: „Die CDU ist der Ansicht, daß Cannabis eine eindeutige Einstiegsdroge ist.“ Drei Sätze später heißt es: „Haschisch ist zwar keine Einstiegsdroge, aber es ist eine wichtige Umstiegsdroge.“

(Zurufe von der CDU)

- Tut mir leid; das ist Ihre Broschüre!

Abgesehen davon, die Zahlen, die für den Gebrauch von Ecstasy genannt werden, sind alarmierend. Sie sagen jedoch nichts aus über Ursachen, Folgen und mögliche Gegenmaßnahmen.

Ecstasy gehört zu den Modedrogen. Die Konsumenten werden in der Regel eher als sozial unauffällig beschrieben. Sie wollen weder provozieren noch protestieren. Das **Umfeld** der Droge, die Technokultur, steht für Modernität, Spaß, Gemeinschaft und Erfolg. Viele junge Menschen empfinden die Einnahme von Ecstasytabletten als ungefährlich. Von härteren Drogen distanzieren sie sich hingegen. Alkohol macht dick, Hasch macht schlapp, Heroin macht kaputt. Diese verheißen weder das gewünschte Lebensgefühl noch führen sie in unsere Erfolgs- und Konsumgesellschaft hinein.

Die gesellschaftliche **Akzeptanz** von **Pillen** und **Tropfen** ist enorm hoch. Nichts gegen Zahnprophylaxe. Aber bereits im Kindergartenalter werden Kinder über die morgendliche Einnahme von Fluortabletten für die Pharmaindustrie positiv konditioniert.

Eine schleswig-holsteinische Lehrerin scheint es, wie diese Woche bekannt wurde, völlig legitim zu finden, unruhige Schüler und Schülerinnen mit Baldrian zu versorgen. Und wenn Erwachsene meinen, daß Kinder zur Bewältigung ihres Schulalltags Pillen benötigen, scheint der Schritt nicht weit zu sein, daß Kinder und Jugendliche zur Bewältigung ihrer Freizeit ebenfalls auf Drogen angewiesen sind.

Diese Aussage bestätigt die am Dienstag dieser Woche vorgestellte Studie der Techniker-Krankenkasse und der hessischen Landesregierung. Der Streß, dem Kinder und Jugendliche sowohl in der Schule als auch in der Freizeit ausgesetzt sind, scheint enorm zu sein. **Tabletten** als Mittel zur Lösung von Problemen sind in unserem Kulturkreis so anerkannt, daß Hemmungen und Bedenken mit oder ohne Segen des Arztes schnell beiseite geschoben werden. Der unvorstellbare Zuwachs von Medikamentenverschreibungen in den letzten Jahren scheint bestens geeignet zu sein, Akzeptanz für die sogenannten Designerdrogen zu schaffen.

Den meisten Jugendlichen geht es bei **Ecstasy**, wie gesagt, nicht um Ausstieg, um Selbstfindung und Rebellion, sondern um den Einstieg oder den Verbleib in unserer Gesellschaft, den Einstieg in eine **Leistungs-**

und Konsumgesellschaft, die Jugendlichen keine sichere Zukunft mehr zu garantieren scheint.

Ecstasy in der Wirkung zu verharmlosen, wäre leichtfertig. Doch ein Verbot macht die Gefahren selten glaubwürdiger. Im Gegenteil, es ist mitunter bestens dazu geeignet, den Reiz der Sache zu erhöhen.

Drogenpolitik darf nicht länger von diffusen Ängsten und Vorurteilen blockiert werden. Es geht vielmehr erstens um konkrete Hilfe für die Betroffenen und zweitens um eine Senkung der Kriminalitätsrate, die im Zusammenhang mit dem Drogenkonsum steht.

(Beifall der Abgeordneten Frauke Walhorn [SPD])

Das, was wir brauchen, ist ein greifender **Jugendschutz**, und Jugendschutz ist mehr als Verbot und Strafe; Jugendschutz ist **Prävention** durch Aufklärung und funktioniert am besten, wenn die, die geschützt werden sollen, auch ehrlich und offen und kompetent und ohne Doppelmoral aufgeklärt werden. Von daher fordern wir die Einführung von präventiven und sekundärpräventiven Maßnahmen.

Sinnvolle Maßnahmen im Bereich des Ecstasykonsums sind - wie sich auch schon an einigen Beispielen in Großstädten gezeigt hat; das gilt auch für Berlin; wenn ich richtig informiert bin, gibt es dort eine große Koalition in der Regierung - Informations-, Beratungsgespräche für Konsumenten synthetischer Drogen, Infostände auf Technoveranstaltungen, verbunden mit einem Angebot von praktischer Hilfe wie zum Beispiel **Stoffchecking** für die Analyse von Pillen, Infogespräche mit Angehörigen, Fortbildungsveranstaltungen mit Multiplikatoren.

Vor dem Hintergrund der bereits in den anderen Bundesländern ausgewerteten positiven Erfahrungen mit mobiler Drogenprävention ergeben sich an die Bundespolitik die folgenden Forderungen: Förderung von Modellen aufsuchender Arbeit im Jugendbereich, rechtliche Absicherung neuer Maßnahmen der Sekundärprävention wie zum Beispiel Drogentests. Ich glaube, das, was sich in Bremen am Beispiel Heroin gezeigt hat, sollte sich bei Tests von Ecstasy nicht wiederholen.

Eine große Gefahr im Zusammenhang mit Ecstasy ist ja, daß die Leute nicht wissen, was sie schlucken. Ich glaube, dort müssen gesundheitspräventive Maßnahmen entscheidend ansetzen.

(Beifall bei der SPD - Dr. Ottfried Henning: Das ist doch ein Genußmittel!)

Dafür müssen die gesetzlichen Grundlagen geschaffen werden. Ich halte es für einen absoluten Fehler, immer mit einem Verbot zu drohen, das man nicht aufrechterhalten kann.

(Zurufe von der CDU und der F.D.P.)

Wenn wir versuchen, aus gesundheitspräventiven Gründen den Menschen auch tatsächlich zu helfen, halte ich es für falsch, das als Aufgabe des Staates den Dealern und diesem Problem entgegenzuhalten. Ich glaube, das ist dem Problem, das diese Menschen haben, nicht angemessen. Eher ist es das Gegenteil.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Aschmoneit-Lücke.

Christel Aschmoneit-Lücke (F.D.P.):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Presseberichten zufolge ist die Designerdroge **Ecstasy** auch in Schleswig-Holstein, und zwar gerade in der Altersgruppe der 14- bis 25jährigen auf dem Vormarsch. Erste medizinische Erkenntnisse über Folgeschäden und Wirkungen des Konsums von Ecstasy liegen vor. Einiges dazu haben wir heute gehört.

Ganz offensichtlich macht diese Droge zwar nicht körperlich, dafür aber um so stärker psychisch abhängig. Nach einer Studie des Max-Planck-Instituts in München sollen derzeit rund 540 000 Menschen in Deutschland Erfahrung mit der Droge haben. Hierbei sind in erster Linie **Jugendliche** aus der eben genannten Altersgruppe betroffen. Die Nebenwirkungen dieser Droge sind verheerend. Sie führen in erster Linie zu Langzeitschäden im Gehirn sowie zu schwersten Leberschäden.

Eine erfolgreiche Prävention setzt neben einer intensiven Suchtforschung an Hochschulen und Instituten vor allem die gezielte Aufklärung voraus. Der Konsumentenkreis rekrutiert sich vor allem aus der sogenannten Technoszene; das heißt, wir sprechen hier bundesweit von 2,5 Millionen jungen Menschen. Hier gilt Ecstasy als Sahnehäubchen, um die ganze Nacht durchtanzen zu können oder um einfach richtig gut drauf zu sein.

Ebenso wie bei anderen Drogen, also auch bei Alkohol und Nikotin, entwickelt sich sehr schnell ein Gruppenzwang. Nur der, der mitschluckt, gehört auch dazu.

Dealer haben das Ecstasygeschäft längst für sich entdeckt. Die Gewinnspannen für die Pillen sind exorbitant. Während sich die Herstellungskosten auf etwa 18 Pfennig pro Pille belaufen, zahlt der Konsument zwischen 15 und 35 DM pro Pille.

Angesichts dieser Problematik begrüße ich die Initiative der Lübecker Ärzte unter der Leitung von Professor Knölker, die mit der Fachklinik in Schleswig eine Arbeitsgemeinschaft zur Erforschung der psychischen Auswirkungen des Ecstasykonsums gegründet haben. Außerdem müssen der ersten Ecstasyfachtagung vom Juni des vergangenen Jahres weitere folgen, und zwar nicht zuletzt deshalb, um das Problembewußtsein bei uns allen weiter zu schärfen.

Die **Aufklärung** an Schulen und auch in Diskotheken muß weiter intensiviert werden. Dabei ist sowohl die Arbeit der Landesstelle gegen die Suchtgefahren als auch die der Koordinationsstelle schulische Suchtvorbeugung zu unterstützen.

Zu den Anträgen von CDU und SPD! Beide **Anträge** - ich betone „beide“ - können dazu führen, eine **Informationsgrundlage** zu schaffen, und werden daher von uns unterstützt. Herr Nabel, ich verstehe überhaupt nicht, warum Sie den Antrag der CDU ablehnen wollen.

(Beifall bei der CDU - Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Es wäre doch so leicht gewesen, hier eine Ergänzung vorzunehmen. Da es sich in beiden Fällen um einen Berichtsantrag handelt, sehe ich überhaupt gar keinen Ansatz, da noch zu einer gemeinsamen und sachlichen Diskussion zu kommen, wenn Sie hier gleich so einsteigen.

(Ursula Röper [CDU]: Richtig!)

Ich erhoffe mir wirklich, daß wir in Zukunft zwar kontrovers, aber eben sachlich mit diesem Thema umgehen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Union, wer - wie Sie - die zweifellos tiefsitzenden Ängste der

Bevölkerung für eine fragwürdige Aktion „rote Karte“ mißbraucht, der handelt fahrlässig.

(Beifall der Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.], Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Ursula Kähler [SPD])

Ich war hierüber schlicht entsetzt.

Die Kolleginnen und Kollegen der Grünen haben zu dieser mehr als fragwürdigen Aufklärungskampagne jedoch bereits alles gesagt, so daß ich hierauf nicht weiter eingehen werde. Ich hoffe, daß Ihr jetziger Antrag, Frau Tengler, wirklich ernstgemeint ist und nicht Profilierung meint.

Aber ebenso fahrlässig ist die Forderung der Bundestagsabgeordneten der Grünen, Frau Knoche, nach **Legalisierung** und Freigabe von Ecstasy. Das, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ist in der Tat ein krimineller Vorschlag, wenn man weiß, was Ecstasy bedeutet.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Ich wollte Sie, Herr Böttcher, eigentlich bitten, hier heute nach oben zu kommen und sich ausdrücklich von diesem Vorschlag zu distanzieren. Wenn ich Ihre Ausführungen von eben richtig verstanden habe, haben Sie sich allerdings verklausuliert auch wieder für die Legalisierung von Ecstasy eingesetzt. Das werden wir mit Sicherheit so nicht hinnehmen. Das können wir den betroffenen Jugendlichen nicht antun.

(Beifall des Abgeordneten Thorsten Geißler [CDU] - Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Nach der Koalitionsvereinbarung ist das ein Genußmittel!)

Es ist höchste Zeit, daß wir zu einer sachgerechten Diskussion in der Drogenpolitik zurückkehren. Die 1996 erstmals wieder gestiegene Zahl Drogentoter muß uns alle aufrütteln. 1712 Drogentote sowie der drastische Anstieg der Beschaffungskriminalität auch in Schleswig-Holstein sind der traurige Beweis dafür, daß wir uns neuen Wegen in der Drogenpolitik nicht verschließen dürfen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU sowie der Abgeordneten Ute Erdsiek-Rave [SPD], Ursula Kähler [SPD] und Konrad Nabel [SPD])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Irgendwie ist es für mich ein bißchen schwierig, jetzt nach dem vorherigen Thema einen Übergang zu diesem Tagesordnungspunkt zu finden. Ich möchte deshalb noch einmal sagen, daß ich nicht immer jedes Wort auf die Goldwaage lege. Das kann man bedauern. Aber so ist das - muß ich ehrlicherweise sagen. Ich stehe auch zu meinen provozierenden Äußerungen. Aber ich wollte Ihnen als CDU damit natürlich nicht zu nahe treten.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ottfried Hennig [CDU])

Jetzt will ich gern etwas zu diesem Thema sagen. Das Zentrale bei einer Diskussion über **Präventionsmaßnahmen** gegen **Ecstasykonsum** ist für mich, daß wir hier endgültig den Grund der herkömmlichen Drogenpolitik verlassen müssen. Totale Abstinenz zu predigen nach dem Motto „Keine Macht den Drogen“, zieht hier gar nicht mehr. Wer wie der Drogenbeauftragte des Bundes, Herr Lintner, auch bei Ecstasy nur Abstinenz predigt, der grenzt abermals Menschen aus, nämlich die vielen jungen Konsumentinnen und Konsumenten. In Verbindung mit dem fehlt ein jegliches Unrechtsbewußtsein der Konsumentinnen und Konsumenten. Das müssen die Maßnahmen berücksichtigen.

Von daher begrüße ich, daß vor allem auch **sekundärpräventive Maßnahmen** ergriffen worden sind. Ich erwähne nur beispielhaft das Lifetime-Projekt in Liverpool, die holländische Linie des Jellinek-Zentrums in Amsterdam und vor allem Initiativen wie Eve und das Rave-Büro in Berlin, die sich aus der Technoszene entwickelt haben.

Ich finde es bemerkenswert, daß es dieser Zweig der Drogenprävention bisher auf hervorragende Weise geschafft hat, sich auf die Prämissen der Ecstasykonsumenten einzulassen. Wir sind gefordert, uns auf diese neuen Gedankengänge einzulassen. Dabei müssen wir akzeptieren, daß auch der Schutz des einzelnen Konsumenten das Ziel sein kann und muß. „Safer use“ ist das Leitwort. Vor allem angesichts einer anscheinend bestehenden Tendenz hin zur Polytoxikomanie in der Szene scheint mir eine Prävention und Beratung dringend erforderlich, die sich den jungen Menschen auf der Ebene ihrer Lebenswelt nähert.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Die wollen aber keine Beratung!)

Solche Ansätze von unten sind vielversprechend und vermeiden den großen Zeigefinger von oben. Ich will jetzt nicht dem Bericht der Ministerin vorgreifen, aber soweit ich es verstanden habe, sollen die Maßnahmen der Landesstelle gegen die Suchtgefahren und des KOSS in Zukunft auch verstärkt solche Konzepte nutzen. Das ist sehr erfreulich.

Ein Punkt, an dem wir momentan aus rechtlichen Gründen nicht „zu Potte“ kommen, ist das sogenannte „**Stoffchecking**“; das ist die Möglichkeit für Ecstasykonsumenten, den Stoff - dessen Qualität und Zusammensetzung bekanntlich stark schwankt - chemisch analysieren zu lassen, bevor sie ihn nehmen. Ich halte eine solche Maßnahme für äußerst sinnvoll. Wir dürfen uns dieser Option nicht verschließen und sollten uns dafür auch einsetzen.

Neben der Verstärkung des „Safer Use“-Ansatzes besteht ein dringendes Bedürfnis, die Wirtschaft aus diesem Bereich herauszudrängen. Viele Unternehmen haben die konsumfreudige Raver-Generation als Zielgruppe entdeckt und bearbeiten diesen Bereich massiv durch Sponsoring und andere Werbung. Besonders prekär ist es, daß auch schleswig-holsteinische Alkoholproduzenten in Verbindung mit der Technoszene massiv für alkoholhaltige Aufputschgetränke werben, obwohl die **Kombination von Ecstasy und Alkohol** erwiesenermaßen fatal ist, weil sie dehydrierend wirkt. Ich meine, wir alle sollten diese Kommerzialisierung der Drogenszene problematisieren und verurteilen. Stoppen können wir sie leider nicht.

Leider habe ich nicht mehr genug Redezeit, um auf die vielen anderen wichtigen Aspekte einzugehen; lassen Sie mich aber noch eines sagen: Die beste Prävention gegen Drogenabstürze ist für mich noch immer eine soziale, menschliche Gesellschaft.

(Beifall des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Oder anders ausgedrückt: Jede Gesellschaft hat die Drogen, die sie verdient. Ecstasy, Eve, Pep, Kokain, Speed und Trips halten der individualisierten Leistungsgesellschaft den Spiegel vor. Drogenkonsumenten sind nicht dumme, schlechte oder minderwertige Menschen, die den angeblich einzig richtigen Pfad der Tugend verlassen haben; sie sind

vollwertige Mitglieder unserer Gesellschaft und sollten als solche behandelt werden.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Mir liegen jetzt noch einige Wortmeldungen nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung vor.

Zunächst erteile ich Herrn Abgeordneten Nabel das Wort.

Konrad Nabel [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es war die Sprache des CDU-Antrags, die uns zunächst veranlaßte zu sagen: Das lehnen wir ab. - Wir haben uns zwischenzeitlich geeinigt; wir können Ihrem Antrag auch zustimmen, aber nicht als Ergänzungsantrag, sondern wir sollten nach meinem Empfinden über beide **Anträge** gesondert abstimmen.

Der **Bericht**, Frau Ministerin, sollte dann allerdings zu gegebener Zeit gegeben werden - nur ein Bericht, nicht mehrere!

Auf einen zweiten Punkt möchte ich aufmerksam machen, der in der Debatte eigentlich wiederum deutlich geworden ist. Wir debattieren jetzt erneut singulär über ein Problem der gesamten Drogenfrage. Wir haben über Cannabis singulär diskutiert, und vor einigen Jahren haben wir singulär über Heroin und das Substitutionsproblem diskutiert. Es ist an der Zeit, daß wir uns auch einmal über die **Gesamtproblematik** Gedanken machen, daß wir hier auch eine echte Ursachendebatte führen, in der wir dann auch zu Aspekten kommen, die uns weiterführen, statt immer nur an einzelnen Drogentypen entlangzudiskutieren.

In diesem Zusammenhang halte ich den Gesetzentwurf der Bundestagsfraktion der SPD von 1992, der unlängst überarbeitet aufgrund des Bundesverfassungsgerichtsurteils wieder zu heftigen Diskussionen geführt hat, durchaus für einen Bestandteil der Diskussion. Ich halte auch den Vorstoß der Grünen in der Frage „Ecstasy“ für einen Diskussionsbestandteil. Wir sollten uns da nichts vormachen - die Realität geht an ganz vielem vorbei, was sich bei den Gesetzesmachern im Bundestag oder im Landtag da ansammelt. Die Jugendlichen sehen in Cannabis und sehen auch in Ecstasy nicht das Verbotene; sie wissen, daß sie die Droge überall bekommen,

(Präsident Heinz-Werner Arens
übernimmt den Vorsitz)

und Sie wissen auch, daß es sehr schwer ist, auf repressiver Basis dagegen etwas zu unternehmen.

Wir müssen uns den **Ursachen** zuwenden. Dazu möchte ich eigentlich alle Parteien in diesem Hause aufrufen.

(Beifall bei SPD und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Böttcher.

Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte einmal kurz aus der aktuellen Stellungnahme der Bundestagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Ecstasy zitieren, weil Sie gerade auch die Position der Bundestagsfraktion angesprochen haben. Ich möchte dies einmal ganz kurz vorlesen und es dabei dann auch belassen:

„Die Bundestagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sieht die Sammeldroge Ecstasy als medizinisch bedenklicher an als Haschisch oder Marihuana. Aus diesem Grunde sollte sie rechtlich nicht mit diesen Drogen gleichbehandelt werden. Gleichwohl wird die Subsumtion dieser Droge unter das Strafrecht als nicht geeigneter Weg angesehen. Es werden Hunderttausende (vor allem) jugendliche Konsumenten und Konsumentinnen, dadurch in die Illegalität getrieben. Die Bundestagsfraktion favorisiert darum den von Fachleuten gemachten Vorschlag, für Ecstasy eine neue Anlage IV des Betäubungsmittelgesetzes (BtmG) mit der Bezeichnung „verkehrsfähige, aber nicht verschreibungspflichtige Betäubungsmittel“ zu schaffen und damit eine Sonderstellung zu begründen. Hiermit seien auch Kinder- und Jugendschutzmaßnahmen wie die medizinische Prüfung der Substanzen arzneimittel- oder lebensmittelrechtlich zu normieren.“

Das bedeutet keine Legalisierung, sondern das ist ein Lösungsvorschlag, um mit diesem Problem vernünftig umzugehen. Das wollte ich an dieser Stelle noch einmal richtigstellen.

Herr Nabel hat das zentrale Problem bereits angesprochen. **Drogenpolitik** kann man nicht auf bestimmte Drogen allein beschränken, sondern wir müssen eine grundsätzliche Diskussion darüber führen. Dieser Debatte geht die CDU aber regelmäßig aus dem Weg.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Aschmoneit-Lücke.

Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Böttcher, ich bin Ihnen dankbar dafür, daß Sie dies eben noch klargestellt haben. Ich habe allerdings auch nur von Ihrer Kollegin und Bundestagsabgeordneten Knoche gesprochen, die sich in der Presse so geäußert hat, wie ich es hier vorgetragen habe.

Lassen Sie mich aber an dieser Stelle noch eines klarstellen. Es ist völlig richtig: Wir sprechen hier über völlig unterschiedliche **Drogen** und auch unterschiedliche **Konsumenten**; deswegen kann man dies nicht alles in einen Topf werfen. Aber wenn wir heute das Thema „Ecstasy“ zum erstenmal in diesem Landtag behandeln, dann möchte ich mich ganz vehement dagegen aussprechen, sozusagen ein Signal zu geben - auch an die Jugendlichen und an die übrige Bevölkerung -: „Das ist ja alles nicht so schlimm, macht das man ruhig!“ Das möchte ich in dieser Diskussion doch auf alle Fälle von Anfang an vermeiden.

(Beifall bei der F.D.P.)

Ich will das nur noch einmal deutlich machen. Wir befinden uns in der gesamten Drogenpolitik - und Sie wissen, Herr Nabel, daß wir da eher auf Ihrer Seite sind als auf der der CDU; das haben wir immer deutlich gemacht - in einer schwierigen Situation.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Nicht immer! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Hier immer!)

Wir haben immer gesagt, daß wir den **Modellversuch** von Voscherau wollen. Das haben wir schon vor Jahren gesagt. Wir haben auch in der Cannabisdiskussion hier eine sehr differenzierte Haltung vertreten, und dazu stehen wir. Aber wir befinden uns derzeit in der

gesamten Drogendiskussion in einer ganz schwierigen Situation, weil wir zwar einerseits wissen, daß wir neue Wege gehen müssen, andererseits aber in die Gefahr geraten, dieses Signal nach außen zu geben, was äußerst problematisch wäre und insbesondere den Jugendlichen eine wirklich falsche Vorstellung vermitteln könnte. Das muß auf alle Fälle von allen Seiten in der weiteren Diskussion vermieden werden.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde, es ist wichtig, daß wir dieses Thema zum Anlaß nehmen, in der **Drogenpolitik** weiter voranzukommen; da stimme ich mit Ihnen, Frau Aschmoneit-Lücke, völlig überein: Wir müssen auf eine differenzierte Drogenpolitik hinarbeiten.

Ich hatte leider nicht die Zeit, an der Fachtagung der CDU teilzunehmen. Ich habe die Reaktionen deshalb nur der Presse entnehmen können.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Die waren aber falsch!)

Ich finde das schon bemerkenswert, wenn ich jetzt von den Pressemeldungen ausgehe und feststelle, daß auch die Fachleute eher für eine differenzierte Drogenpolitik plädieren.

Darum bitte ich Sie nochmals, sich nicht einem Konsens in diesem Bereich zu verschließen, indem Sie Gräben aufbuddeln oder sich verschanzen;

(Caroline Schwarz [CDU]: Das ist doch nicht wahr, daß wir Gräben aufschütten!)

ich akzeptiere ja, daß Sie in bezug auf das Apothekenmodell eine andere Auffassung vertreten.

(Zuruf von der CDU: Sie reißen Gräben auf!)

- Ich habe dazu ein paar Bemerkungen gehört. Aber ich halte es für das wichtigste, daß wir uns darin einig sind: Wir müssen gemeinsam für eine differenzierte Drogenpolitik werben. Das wollte ich gerne noch einmal positiv hinzufügen vor dem Hintergrund dessen, was Frau Aschmoneit-Lücke vorhin sagte.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Frau Ministerin Moser.

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich freue mich aus zwei Gründen über beide Anträge: zum einen, weil ich dieses Problem **Ecstasy** für vorrangig bei der Prävention, der Aufklärung und den Bemühungen zur Vermeidung von Drogenmißbrauch halte, dem wir uns alle zu stellen haben.

(Beifall bei der SPD)

Der zweite Grund ist der, daß ich gern die Chance ergreife, nicht nur einen engagierten **Bericht** vorzulegen,

(Zuruf von der CDU: Aha!)

sondern einen **Konsens** zu versuchen in dem Bemühen, Drogenmißbrauch in dieser Gesellschaft zu bekämpfen, gefährdete Menschen zu schützen und ihnen zu helfen. Dies wäre sehr schön. Deshalb bin ich überhaupt nicht daran interessiert, irgendwelche Gräben aufzureißen oder zu vertiefen.

Allerdings, Herr Kollege Hennig, empfehle ich Ihnen auch, daß Sie nicht leise, aber für mich hörbar sagen: Wir haben die Spritze doch zu Recht abgebildet.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ottfried Hennig [CDU])

Dies, Herr Kollege Hennig, macht allen Konsens zu nichts und geht auf Kosten derjenigen, die Sie zu schützen vorgeben. Wir müssen gemeinsam vorgehen, das können wir, das zeigen Ihre Anträge. Ich bin dazu bereit. Aber ich bin nicht bereit, mich denunzieren und diffamieren zu lassen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der **Vormarsch von Ecstasy**, auch XTC geschrieben, ist mehrfach angesprochen worden. Ich will jetzt nicht die Zahlen nennen. Aber allein der Bericht von Eduard Lintner macht deutlich, daß die prozentualen Anstiege bei Erstkonsum und Mißbrauch ganz besonders hoch

sind; dabei haben wir auch noch von einer ganz besonders hohen Dunkelziffer auszugehen.

Lassen Sie mich für mich sagen: Die Einstufung von Ecstasy als **harte Droge** halte ich für richtig. Weil die gesundheitliche Gefährdung groß und auch individuell nur schwer abschätzbar ist, kommt für mich in diesem Falle eine kontrollierte Abgabe nicht in Frage.

(Beifall bei der F.D.P.)

Allerdings heißt das nicht, daß man die Nutzer dieser Droge von vornherein kriminalisiert und nur über das Strafrecht zu erreichen versucht; denn damit erreicht man sie nicht, sondern vertreibt sie.

(Beifall bei der SPD)

Aber noch einmal: Eine kontrollierte Abgabe ist in diesem Falle nicht angesagt - im Unterschied zu unserem Ansatz der Trennung der Märkte und der besseren Glaubwürdigkeit von Prävention bei Cannabis.

Die euphemistischen Bezeichnungen dieser Droge sind schon erwähnt worden. „Designerdroge“ klingt sehr schick, „Partydroge“ klingt auch schick, „Ecstasy“ ist nicht so schick, aber man stellt sich etwas Spannendes darunter vor. Auch aus meiner Sicht knüpft das Konsummuster bei dieser Droge an verbreitete gesellschaftliche Mißbräuche an, beginnend mit Medikamentenmißbrauch und der Einnahme leistungssteigernder Pillen schon im Schulalter. Früher gab es Lebertran. Heute geben die Kinder ihren Eltern lieber irgendwelche Pillen.

(Zuruf von der SPD: Anders herum!)

- Die Eltern ihren Kindern! Ja, vielleicht ist es manchmal auch so, daß die Kinder sagen: Du Mama, das war neulich so schön, versuch das doch auch mal! Das will ich gar nicht ausschließen. - Aber Spaß beiseite.

Schüler gehen vor der Schule in die Apotheke und kaufen Koffeintabletten, so mitgeteilt von einzelnen Apothekern. Sie sehen im Fernsehen, wenn sie Sportfans sind, daß legales und illegales Doping gesellschaftlich akzeptiert ist.

Wir haben auch schon gemeinsam festgestellt, daß die Konsumenten keineswegs randständig sind. Ich füge allerdings im Unterschied zu der Darstellung, die Sie bisher gegeben haben, hinzu: Es gibt auch nicht mehr

diese nur auf **e i n e Droge** eingefuchste Gruppe, sondern es gibt zunehmend mehr Menschen, die die ganze **Palette** probieren. Das müssen wir bei unseren Ansätzen von Prävention auch berücksichtigen. Ich habe den Eindruck, daß hier an der Droge Ecstasy etwas ganz besonders deutlich wird: Daß Menschen und Jugendliche zunehmend ein ganz mechanistisches Verständnis vom Funktionieren ihres Körpers und ihrer Seele haben. Sie glauben, man könne körperliche und seelische Zustände und Stimmungen herstellen, indem man sich irgend etwas reinschmeißt. Wir müssen uns bei Prävention fragen: Wie kommen sie zu dieser Einstellung? Da gucken wir kritisch in unsere Umgebung, und da fällt uns einiges ein. Prävention muß hier ansetzen. Ich glaube, dann kommen wir auch ein gemeinsames Stück weiter.

Deshalb soll das Hauptgewicht des **Berichts**, den ich geben möchte, auch auf der Prävention liegen und weniger auf Problemen des weiteren strafrechtlichen Umgangs mit einem Betäubungsmittel, die das Land nur schwer lösen kann. Sie wissen, daß dieser Umgang seit einigen Jahren nach dem Betäubungsmittelgesetz verboten ist. Teile dieser Drogen fallen aber auch bisher nur unter das Arzneimittelgesetz. Das sind Fragen, die uns in diesem Bericht nicht so sehr beschäftigen sollen, jedenfalls wenn ich Ihre Anträge richtig verstehe. Ich freue mich auf die Fortsetzung einer hoffentlich dann noch sachlicher werdenden Debatte zum Thema Drogen und Drogenmißbrauch.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Dann schließe ich die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Es ist Abstimmung in der Sache beantragt. Zustimmung zu beiden Anträgen wurde signalisiert. Ich stelle sie nacheinander zur Abstimmung.

Wer dem Antrag Drucksache 14/481 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

Wer dem Antrag Drucksache 14/527 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Ebenfalls einstimmig so beschlossen.

Dann sehen wir der Berichterstattung durch die Regierung entgegen.

Wir kommen damit zum Tagesordnungspunkt 16 a:

Verlässlichkeit bei der Postreform

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 14/537

Wird erneut das Wort zur Begründung gewünscht? - Nein. Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort hat Herr Abgeordneter Poppendiecker.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das ist der mit der Feuerschutzsteuer!)

Gerhard Poppendiecker [SPD]:

Aber diesmal nicht zur Feuerschutzsteuer, sondern zur Postreform, Herr Hennig.

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich werde das ein bißchen kürzer als vorgesehen machen, weil ich, als uns gesagt wurde, wir wollten mittags durchziehen, gedacht habe, wir wollten eher nach Hause. Jetzt habe ich langsam das Gefühl, wir wollen das durchziehen und trotzdem bis 18.00 Uhr tagen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Das Thema **Postreform** bewegt zur Zeit alle Bürgerinnen und Bürger unseres Landes.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Fast alle!)

- Nein, die F.D.P. ist davon ausgenommen, die hat ja diesen unsinnigen Antrag in Bonn gestellt.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Lassen Sie mich mal ein Bild so im Jahre 2010 zeichnen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ja!)

Die Post ist total privatisiert. Ein Unternehmer oder ein Unternehmen will eine Million Briefe aufgeben und sucht sich den billigsten Anbieter heraus. Das ist legal und auch in Ordnung. Jetzt kommt die Oma aus Nordfriesland und möchte ihren Brief aufgeben. „Silke, ich habe an dich gedacht, weil ihr da hinten so schön platt seid.“ Sie möchte ihren Brief per Post befördern.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist doch ein Unsinn!)

Da es die Post aber nicht gibt, wird sie wahrscheinlich für einen Brief zwischen 12 und 15 DM bezahlen. Das wird sie nicht mehr können, weil inzwischen die Rentenkürzung voll gegriffen hat. Das ist der Punkt.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Ich verstehe deshalb die **Aufhebung des Monopols** zu diesem Zeitpunkt nicht, Herr Kubicki. Man kann doch nicht einerseits die Post in den freien Wettbewerb entlassen und andererseits sagen: Bitte schön, ihr müßt sehen, wie ihr die vier Milliarden erbringt, die ihr für die Versorgung der pensionierten Beamten vor euch herschiebt. Ich kann doch nicht die Post in den Wettbewerb entlassen, wenn ich den Mitbewerbern keine oder ganz andere Chancen biete, als sie die Post hat, weil die Post gezwungen ist, flächendeckend zu arbeiten und dafür die Infrastruktur vorzuhalten.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

- Es sind doch auch Ihre Kommunalpolitiker, die vor Ort rumschreien, wenn wieder eine Poststelle dichtgemacht wird. Die möchten dann diese Poststelle erhalten.

(Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup [SPD] - Beifall bei der SPD)

Was fällt denn weg, wenn die Post - -

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Eure Strukturform!)

- Es muß doch irgendwo auch einen Schutz geben, um diese Infrastruktur auch in Zukunft gewährleisten zu können. Das ist doch das Entscheidende dabei. Es kann doch nicht angehen, daß die Post irgendwann sagt: „Wir werden die Briefe nur noch alle vier Tage zustellen, Pakete überhaupt nicht mehr,“ und wenn der Kunde das Paket abholen soll, weiß er nicht, wo, weil die Poststelle oder das Postamt geschlossen sind. Das kann es nicht sein.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

In den städtischen Bereichen mag das alles möglich sein. Da lohnt sich eine lukrative Post. Herr Kubicki, wenn wir beide in Kiel eine private Post aufmachen und jeden Brief für 50 Pfennig anbieten, werden wir tüchtig daran gewinnen. Nur, wenn Sie mit mir nach Rendsburg, Eckernförde oder nach Ostholstein, in die flache Landschaft gehen, stimmt das alles nicht mehr. Oder glauben Sie im Ernst, daß ein privater Anbieter von Burg auf Fehmarn nach Westermarkelsdorf fährt, um auf dem Einödhof morgens die „Lübecker Nachrichten“ abzuliefern?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Natürlich! Genau wie die Deutsche Bundespost!)

Das wird er nicht tun. Das wird unbezahlbar sein.

Wenn die F.D.P. und teilweise auch die CDU meint - ich hoffe, daß Sie unserem Dringlichkeitsantrag zustimmen -, das sei noch Lebensqualität in unserem Land, frage ich mich, was man darunter verstehen soll.

Die Postgewerkschaft befürchtet den Verlust mehrerer 10 000 Arbeitsplätze. Wir haben heute morgen, gestern und vorgestern quer durch alle Parteien immer wieder die Arbeitslosenquote, die Arbeitslosen in unserem Land bedauert. Hier sind wir dabei, neue Zehntausende von Arbeitslosen zu produzieren, was nicht notwendig ist.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist doch Quatsch!)

- Das ist kein Quatsch, Herr Kubicki, das ist Fakt.

(Beifall bei der SPD - Widerspruch des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

- Machen Sie die Telekom völlig frei, werden Sie sehen, was passiert, wo die Dinge bleiben. Genauso wird es bei der Post kommen. Private Anbieter werden sich die lukrativen Aufträge herausnehmen, und alles andere geht weg.

Ich nehme einmal das Beispiel des großen Paketbeförderers United Parcel Service. Fragen Sie einmal die dort Beschäftigten, wie hoch ihr Stundenlohn ist. Wenn sie 40 Stunden in der Woche normal abrechnen, liegen sie mit zwei Kindern glatt unter dem Sozialhilfesatz.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wenn Sie das wollen, werden wir das nicht mitmachen.

Unser Land kann es sich nicht leisten, in Elmshorn das **Briefzentrum** vielleicht nicht zu kriegen und damit 500 Arbeitsplätze nicht zu bekommen. Denken Sie einmal daran, was allein der Bund in den letzten Jahren in diesem Land an Arbeitsplätzen abgebaut hat.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist nicht mehr zu finanzieren!)

Es ist schade; irgend jemand hat hier vorn wieder die rote Lampe gedrückt, ich finde das unfair, jedesmal, wenn ich hier bin. Aber gut.

Ich möchte Sie abschließend bitten, unserem Antrag zuzustimmen, weil das, was wir für unser Land, für unsere Bevölkerung, für unsere Kommunen wünschen, sehr wichtig ist.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Kayenburg.

Martin Kayenburg [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Poppendiecker, das war ja ganz launig, aber in der Sache natürlich falsch.

(Unruhe)

Nach Ihrem Beginn habe ich gedacht, Sie sind in der Tat schon beim Feierabend; das waren Geschichten à la Sesamstraße, aber es war keine sachliche Auseinandersetzung mit dem Thema.

(Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir haben der Dringlichkeit Ihres Antrages zugestimmt, damit Sie nachher nicht behaupten können, wir hätten Angst, uns mit dem Thema oder mit Ihnen über dieses Thema auseinanderzusetzen. Ihr Antrag war überflüssig, denn erstens hat die Bundesregierung inzwischen einen akzeptablen Kompromiß vorgelegt, zweitens haben selbst die Gewerkschaften bis heute keine Einwendungen gegen den Kompromiß vorgenommen,

(Holger Astrup [SPD]: Wie bitte?)

und drittens hat dazu gestern eine Aktuelle Stunde im Bundestag stattgefunden. Also hätte das Thema eigentlich gar nicht hierher gehört.

Gleichwohl halte ich es für wichtig, daß wir darüber diskutieren, um in der Öffentlichkeit deutlich zu machen, daß Ihre Ansätze jedenfalls zum Teil falsch sind. Konkrete europäische Beschlüsse, wie Sie behaupten, gibt es bis heute nicht. Der **Postministerrat** hat lediglich beschlossen, im Jahr 2000 darüber zu sprechen, ob ab 2003 eine Liberalisierung stattfinden sollte oder nicht. Insoweit geht Ihr Dringlichkeitsantrag von falschen Voraussetzungen aus.

Wenn Sie sagen, Sie forderten die Einhaltung einmal getroffener Vereinbarungen oder Fristen ein, sage ich Ihnen: Die hat es überhaupt nicht gegeben. Es gibt lediglich eine Absprache zwischen dem Vorstand der Post AG und der Gewerkschaft, daß bis zum Jahr 2000 keine betriebsbedingten Kündigungen ausgesprochen werden sollen, und das ist auch gut so.

(Ursula Kähler [SPD]: Was heißt hier „lediglich“?)

- „Lediglich“ bezog sich darauf, daß es keine anderen Absprachen gibt, Frau Kähler. Wenn Sie mir gefolgt wären, hätten Sie den Zwischenruf nicht machen müssen.

(Gerhard Poppendiecker [SPD]: Sie müssen einmal mit der Post reden, wie groß die Angst ist!)

- Wie groß die Angst ist, ist nicht maßgeblich. Die Frage ist, um welche Fakten es sich handelt und daß wir die richtigen Informationen weitergeben, damit es diese Angst eben nicht gibt, Herr Poppendiecker.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Im übrigen wissen Sie genau, daß es unterschiedliche Auffassungen zwischen Herrn Bötsch und Herrn Rexrodt gibt

(Holger Astrup [SPD]: Für wen reden Sie denn jetzt?)

und daß diese Auffassungen zu dem eben erwähnten Kompromiß geführt haben. - Ich stehe nicht an, hier zu sagen, daß ich eher Herrn Rexrodt zustimmen würde, Herr Astrup. Gleichwohl bin ich überzeugt, daß der Kompromiß für alle eine sozialverträgliche Lösung bietet. Ich will den Kompromiß - ich unterstelle, daß er

Ihnen bekannt ist - aus Zeitgründen hier nicht im einzelnen wiederholen.

Wenn es so ist, daß nach diesem Kompromiß mehr als 86 % der Briefe bei der Post bleiben und nur 14 % unter den freien Wettbewerb fallen, daß man weiter davon ausgeht, daß die Post eine komplette Infrastruktur hat, kann man unterstellen, daß deutlich mehr als die 86 % auch künftig von der Post transportiert werden.

Im übrigen gibt es da gute Beispiele. Schauen Sie doch einmal nach Schweden oder in die Niederlande. Da hat vor sieben Jahren eine Liberalisierung stattgefunden.

(Holger Astrup [SPD]: Ja, aber unter anderen finanziellen Voraussetzungen!)

- Das ist doch kompletter Blödsinn. Eine totale Liberalisierung! Dort sind die Beamten von einem Tag auf den anderen aus dem Staatsdienst entlassen worden, es hat keine Übergangsfristen gegeben, Herr Astrup.

(Zuruf des Abgeordneten Gerhard Poppendiecker [SPD])

Das ist heute das preisgünstigste Postunternehmen in der Europäischen Union.

(Holger Astrup [SPD]: Ja, aber ohne den Ballast!)

Die Deutsche Bundespost ist die teuerste. Darum geht es doch. Ich verstehe überhaupt nicht, daß Sie zu einem solchen Antrag kommen.

(Holger Astrup [SPD]: Es geht darum, gleiche Voraussetzungen zu schaffen!)

Ich verstehe nicht, daß Sie die Verbraucherseite gar nicht sehen.

(Ingrid Franzen [SPD]: Gerade die Verbraucher!)

Es geht auch darum, daß wir den Kunden adäquate Angebote machen.

Glauben Sie bloß nicht, daß private Unternehmen die Post aus dem Markt drängen könnten, wenn sie kein flächendeckendes Angebot machten.

(Ingrid Franzen [SPD]: Natürlich tun Sie das!)

Gucken Sie doch die eben erwähnten Paketdienste an. Die können nur funktionieren, weil sie ein **flächendeckendes Angebot** machen. Anders hätten sie überhaupt keine Chance, mit der Post zu konkurrieren.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Insoweit geht es nur darum: Wenn die Post wettbewerbsfähig bleiben will, muß sie eine angemessene Tarifstruktur machen; dann hat sie Chancen, künftig im Markt zu bleiben.

Insofern sind wir der Auffassung, daß hier ein Angebot gemacht wird, das für die Liberalisierung bei Sicherung der flächendeckenden Versorgung zukunftsweisend ist, und wollen nicht eine Monopolisierung, wie Sie es einfordern - gegen die sind Sie ja sonst -, um künftig eine Versorgung zu angemessenen Preisen sicherstellen zu können.

Vor diesem Hintergrund werden wir die Nummern 1, 2 und 3 Ihres Antrages ablehnen; der Nummer 4 werden wir zustimmen, weil es dort darum geht, daß die flächendeckende Versorgung im Lande sichergestellt werden soll.

Ich habe auf das niederländische Beispiel hingewiesen. Daher möchte ich noch einmal unterstreichen, daß Ihr Antrag Kunden- und Verbraucherfreundlichkeit vermissen läßt und daß er im übrigen mit dem Grundgesetz nicht vereinbar ist. Sonst hätten Sie schon 1994, als der Beschluß gefaßt worden ist, protestieren müssen. Damals hatten Sie offenbar eingesehen, daß es mit dem Grundgesetz nicht vereinbar ist, daß es keine Vorteile in der flächendeckenden Versorgung bringt und daß es schließlich keine zusätzliche Sicherheit für Arbeitsplätze bietet.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat der postpolitische Sprecher der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Herr Abgeordneter Hentschel.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Endlich mal ein Amt, das er ausfüllen kann!)

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Post! Ich sage ganz deutlich: Auch ich glaube, daß die Post sehr ineffizient ist. Ich glaube, daß es da sehr viel Reformbedarf gibt. Ich glaube auch, daß es sinnvoll ist, Konzepte zu entwickeln, um eine Reform voranzubringen; es ist ja auch schon eine Menge passiert.

Ich glaube - da kommen wir zu einem Kernthema, das man in diesem Zusammenhang ansprechen muß -, daß es natürlich ein Problem ist, wenn wir bei einem Bereich wie der Post in der Vergangenheit Beamte beschäftigt haben. Da muß man wieder zu dem Thema der Beamten kommen. Wir leiden heute unter den Folgen, denn die Post leidet jetzt unter den Pensionslasten. Ich gebe einmal zu bedenken, was Sie im Lehrerbereich vertreten, wo Sie fordern, wir sollten lieber Beamte als Angestellte beschäftigen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wollen wir die jetzt auch privatisieren? - Angelika Volquartz [CDU]: Kann man das vergleichen?)

Die Folgen einer solchen Politik erleben Sie am Beispiel der Bahn, die Folgen einer solchen Politik erleben Sie am Beispiel der Post, wo jetzt offenbar wird, daß die ganzen **Pensionslasten** getragen werden müssen. Es stellt sich also die Frage: Wer trägt jetzt eigentlich die Pensionslasten? - Ich hoffe, das gibt zu denken.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Zum zweiten: Meiner Meinung nach kann man das Problem der **flächendeckenden Versorgung** nicht einfach beiseite schieben.

Wenn Sie sagen, 84 % der Briefe bleiben bei der jetzigen Reform bei der Post, ist das richtig. Bis 100 g bleibt bei der Post, aber das, was jetzt herausgehen wird, sind Massenwurfsendungen. Der Weg, der beschritten wird, hat eine ganz bestimmte Charakteristik: Man will die flächendeckende Versorgung aufrechterhalten, also überläßt man die Verpflichtung zur flächendeckenden Versorgung im normalen Briefbereich auf dem Lande der Post; aber da, wo es besonders lukrativ ist, wo es besonders interessant ist - Massenwurfsendungen; das nächste werden Sendungen von Firmen und so weiter sein; das

kenne wir auch aus anderen Bereichen -, zieht man es heraus, privatisiert es.

Da ist die Logik: Man privatisiert die Gewinne, aber man sozialisiert die Verluste.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Das ist meiner Ansicht nach keine Lösung. Das heißt nur, daß der Staat nachher auf den Folgelasten der allgemeinen Flächenversorgung sitzen bleibt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Quatsch!)

Das, was bisher an Gewinnen aus den Bereichen kam, die lukrativ waren und transferiert wurden, geht verloren und wird privatwirtschaftlich abgeschöpft.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kayenburg?

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja, mache ich.

Martin Kayenburg [CDU]: Herr Hentschel, haben Sie bei Ihrer Betrachtung berücksichtigt, daß die Post über ein immenses Immobilienvermögen verfügt und daß die Infrastruktur der Post sich ebenfalls als Firmenwert niederschlägt und damit in der Bilanz kein Startvorteil für andere Unternehmen gegeben sein dürfte?

(Beifall bei der CDU)

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich habe vor meinen Überlegungen keine Bilanz der Post aufgestellt; das gebe ich gern zu. Ich bin auch kein Postexperte, das gebe ich auch gern zu.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Aber Sie sind Sprecher!)

Ich habe nur auf die wunden Punkte hingewiesen. Die wunden Punkte sind: Die Versorgung in der Fläche und

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

die Frage: Was privatisiere ich und was nicht?

Die Beschlüsse, die gefaßt worden sind, machen deutlich, daß es ein Problem gibt, denn sonst hätte man die Beschlüsse nicht gefaßt oder man hätte sie anders gefaßt. Die Auseinandersetzung ging ja jetzt bloß um 350 g oder 100 g.

Die Fragen sind aber: Wohin fährt der Zug? Welches ist nachher das endgültige Modell? Wie berücksichtigt das endgültige Modell eine vernünftige Flächenversorgung, und wie vernünftig ist auch eine Flächenversorgung zu akzeptablen Preisen?

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Wenn ich mir ein solches Modell der Liberalisierung vorstelle, dann bin ich dabei.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Solange aber ein solches Modell nicht existiert, ist das meiner Meinung nach alles nur Quatsch: Man schiebt die Sache immer weiter hinaus und kommt nicht zu endgültigen Entscheidungen. Keiner weiß, woran er ist. Das finde ich schade.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Kubicki.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon abenteuerlich und atemberaubend, was die Kolleginnen und Kollegen der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gerade zum Besten gegeben haben.

Frau Ministerpräsidentin ist leider nicht hier. Ich werde mir die Debatte im Mai über die Strukturreform im öffentlichen Dienst in der Landesverwaltung angucken. Wenn ich dann wie Kollege Poppendiecker auftreten - ich will es einmal nachmachen - und sagen werde: Nein, dieses Amt in Flensburg und jenes in Husum muß erhalten bleiben, weil Arbeitsplätze verlorengehen,

dann ist die Diskussion sofort zu Ende, Herr Poppendiecker.

(Zurufe von der SPD)

- Frau Kollegin Franzen, nur einmal folgendes zur Sache: 1994 - das kann Ihnen vielleicht weiter helfen - , hat die Koalition mit den Stimmen der SPD und der entsprechenden Mehrheit des Bundesrates in Artikel 87 f) des Grundgesetzes festgelegt - das können alle nachlesen -, daß die Postdienstleistungen als privatwirtschaftliche Tätigkeit durch die aus dem Sondervermögen Deutsche Bundespost hervorgegangenen Unternehmen und durch andere private Anbieter erbracht werden. So der Text des Grundgesetzes.

Mit der SPD Arm in Arm verlangen nun Deutsche Postgewerkschaft und Deutsche Post AG die Aufrechterhaltung des Monopols für Postdienstleistungen. Ich kann nur warnen. Wenn der ehemalige Staatsmoloch, wenn Gewerkschaft und Sozialdemokraten gemeinsam Forderungen aufstellen, dann ist Vorsicht angebracht - Vorsicht, daß es keine Beschlüsse zu Lasten Dritter gibt.

Scharfe Geschütze werden von Post und Gewerkschaften aufgefahren, um ihre Besitzstände zu verteidigen. Die Infrastruktur, also Postfilialen und flächendeckende Zustellung, seien akut gefährdet. Von teureren und schlechteren Postdienstleistungen für Privatkunden und kleinen Unternehmen ist die Rede. Außerdem gingen Zehntausende Arbeitsplätze verloren - so das Horrorszenario.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer grundlegende ökonomische Zusammenhänge nicht völlig ignoriert, wird sehr bald feststellen, daß sich diese scharfen „Geschütze“ als „Platzpatronen“ entpuppen. **Monopolrenten** gehen über erhöhte Portokosten, Herr Kollege Hentschel, zu Lasten der Verbraucher, das heißt zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger und der Unternehmen, und sie verhindern vor allen Dingen das Entstehen neuer zukunftsfähiger Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich.

Tatsache ist, daß heute bereits über die Hälfte der Bevölkerung mit den Leistungen der Deutschen Post AG unzufrieden ist. Als die Postgewerkschaft demonstrierte, vernahmen wir am gleichen Tag bundesweit, daß die Post wiederum ihre Dienstleistungen für die Kundinnen und Kunden einschränken will.

Tatsache ist ebenso, daß im Bereich des **Kurier-, Expres- und Paketmarktes** seit Ende der achtziger Jahre der Umsatz um nahezu 100 % gestiegen ist, daß in diesem Bereich mehr als 40 000 neue Arbeitsplätze geschaffen wurden, und zwar keineswegs nur geringfügige Beschäftigungsverhältnisse.

Tatsache ist aber auch - vielleicht nehmen Sie das, liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD, endlich zur Kenntnis -, daß dieser Bereich ebenso wie der Bereich Infopost bereits teilweise in den Wettbewerb entlassen wurde. Ich erinnere mich noch gut an die Schwarzmalerei der Gelben Post, als die F.D.P. die Forderung nach der **Marktöffnung** bei der **Infopost** erhob.

Von Großverlusten war damals die Rede. Was passierte? Tatsächlich hat die Post nach der Liberalisierung Gewinne erzielt - und dies, obwohl auch andere Wettbewerber am Markt erfolgreich sind. Mit einem Umsatzzuwachs in Höhe von 21,6 % im Jahre 1995 ist dieser Bereich sogar der wachstumsstärkste Bereich der Post AG.

Völlig abwegig ist auch der Versuch, uns klarmachen zu wollen, die finanziellen Probleme der Post AG entstünden durch die Forderung der F.D.P. nach mehr Wettbewerb. Herr Hentschel, Sie sind doch auch immer ein Verfechter davon, daß mehr Wettbewerb im Zweifel auch bessere Ergebnisse mit sich bringt.

Ursächlich hierfür ist vielmehr die starke Kostenunterdeckung im **Frachtdienst**. Der jährlich entstehende Verlust liegt bei rund 2 Milliarden DM. Er wird aus überhöhten Erlösen des Briefbereiches gedeckt. Diese Quersubventionierung ist wettbewerbsverzerrend. Die **Europäische Kommission** hat bereits ein Verfahren wegen dieses **Wettbewerbsverstoßes** eingeleitet.

Die jetzt von den Koalitionsfraktionen zugesicherte fünfjährige Exklusivlizenz für **Briefsendungen** unter **100 g** stellt sicher, daß die Privatisierungsfähigkeit der Post AG hergestellt werden kann. Der Koalitionskompromiß stellt gleichzeitig einen wichtigen Schritt in Richtung **Marktöffnung** dar.

Auch hier werden Sie sehen: Das ist eine Entscheidung, die zur besseren Versorgung der Bevölkerung mit hochwertigen und preiswerten Postdienstleistungen führen wird. Es ist vor allem aber eine Entscheidung, die neue Beschäftigungschancen eröffnet. Wettbewerb schafft Arbeitsplätze, erhöhte Effizienz schafft Märkte.

Die Ängste demonstrierender Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nehme ich sehr ernst. Wir müssen diesen Menschen aber auch klarmachen, daß mehr Markt in diesem Bereich insgesamt zu einem Anstieg der Beschäftigung führen wird. Natürlich wäre das auch die Aufgabe der Sozialdemokraten hier im Land.

Statt dessen, Kollege Poppendiecker, schüren Sie Ängste, weil Sie es bis heute nicht fertigbringen, einen Blick über den eigenen Tellerrand zu werfen. Warum nutzen denn schon heute viele die legalen Möglichkeiten des Remailings oder andere Ausweichformen wie Faxe oder E-Mails? - Sie tun es, weil Preis und Qualität des Angebots der Briefpost oftmals zu wünschen übriglassen.

Das liegt aber nicht an den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Post, sondern an der veralteten Struktur. Glauben denn wirklich alle diejenigen, die heute nach Strukturkonservierung rufen, so ließen sich auf Dauer Arbeitsplätze sichern? - Im Gegenteil. Würde der Postmarkt nicht liberalisiert, gingen in den nächsten Jahren Hunderttausende Arbeitsplätze verloren. Das wollen wir nicht, und das können auch die Sozialdemokraten nicht wollen.

Ein letzter Satz zur flächendeckenden Versorgung: Die angemessene Grundversorgung der Bevölkerung mit Postdienstleistungen schreibt bereits das Grundgesetz Artikel 87 f) vor. An diesen Versorgungsauftrag hat sich natürlich jeder künftige Anbieter zu halten. Einseitige Auflagen zu Lasten der Gelben Post darf es im Wettbewerb nicht geben. Deshalb werden wir - nur deshalb! - den Punkt 4 aus Ihrem Antrag mittragen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Frau Abgeordnete Spoorendonk!

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie beim Energiemonopol wird auch bei der Post eine Aufhebung des Monopols diskutiert. Auch im Postbereich gibt es bei dieser Liberalisierung erhebliche Probleme, die von der Bundesregierung bisher noch nicht vernünftig gelöst worden sind.

Ich will jetzt nicht weiter ausführen, was wir der Presse haben entnehmen können; aber, wie Sie alle wissen, hat es jetzt diesen Kompromißvorschlag gegeben, von CDU, F.D.P. ausgehandelt, wonach bis Ende des Jahres 2002 noch weiterhin Briefe von weniger als 100

g von der Post befördert werden sollen. Ich weiß nicht, wie man diesen Kompromiß beurteilen soll. Vielleicht ist es nur ein Bonbon für die F.D.P.; vielleicht ist es mehr.

Wir sind nicht grundsätzlich gegen eine Liberalisierung - das möchte ich auch noch einmal hervorheben -, aber wenn man solche Änderungen herbeiführen will, dann muß man auf jeden Fall vernünftige und langfristige Übergangslösungen sichern, weil es gerade auch um viele Arbeitsplätze geht und weil es ein altes Unternehmen ist! Man muß Strukturen aufbrechen, die vielleicht gar nicht so leicht aufgebrochen werden können. Die Bundesregierung ist gefordert, längere Übergangszeiten zu schaffen als geplant.

Richtig ist natürlich auch, daß die Kunden in einem Flächenland wie Schleswig-Holstein selbstverständlich weiterhin flächendeckend zu vernünftigen Preisen bedient werden müssen. Man kann also nicht die Filetstücke des Postbetriebes in den Ballungsgebieten für Private freigeben und die Post dann nicht so ausstatten, daß sie ihren Auftrag nicht weiter wahrnehmen kann. Es muß sichergestellt werden, daß auch die **ländlichen Räume** und die Inseln weiterhin Post bekommen können.

Noch etwas! Es gibt auch andere Strukturprobleme. Bei einer Privatisierung, bei einer Liberalisierung befürchte ich, daß bei den privaten Postzustellern das Problem der Sozialabgaben, der 610 DM-Kräfte deutlich ansteigen wird. Ich befürchte das, was Herr Hentschel vorhin ansprach, nämlich daß die Pensionslasten der Post nicht mehr gezahlt werden können. Ich sehe auch ein Problem in dem Punkt Vermögen der Post AG. Ich bin keine postpolitische Expertin,

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

- Auch! Herr Hentschel sagte es vorhin. - aber irgendwie habe ich Probleme damit zu begreifen, wieso die Post mit einem Vermögen, das doch unser aller Vermögen ist, in Zukunft privatwirtschaftlich - -

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das heißt Privatisierung!)

- Aber das ist gerade der Punkt, daß aus einem gesamtgesellschaftlichen Vermögen ein privatrechtliches Vermögen für Aktionäre und andere wird. Da muß noch nachgebessert werden. Darum werden wir dem Antrag der SPD zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Minister Steinbrück!

Peer Steinbrück, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist eine ziemlich komplexe und schwierige Materie. Ich will versuchen, diese Materie mit einigen klaren Strichen zu beschreiben und nach Möglichkeit auch zu bewerten.

Am Anfang stand die Postreform II, an die hier einige auch schon erinnert haben, nämlich die Umwandlung unserer damaligen herkömmlichen Gelben Post in eine privatrechtliche Aktiengesellschaft zum 1. Januar 1995. Das ist, wenn Sie so wollen, der Urknall oder der Ausgangspunkt, der uns heute zu diesem Thema zusammenführt.

Die wenigsten wissen, daß ein solches **privates Unternehmen**, also eine privatrechtliche Aktiengesellschaft, auf Dauer nicht mit **Monopolrechten** beliehen werden kann oder darf. Das ist gesellschaftsrechtlich definitiv nicht möglich. Daher ist es naheliegend, fast zwingend, daß an die Stelle des Monopolesetzes für den Briefdienst ein **Postgesetz** tritt. An diesen Fakten kommt niemand vorbei. Diese Entwicklung ist so abgelaufen mit den Mehrheiten, die hier zitiert worden sind.

Insofern steht der Bundespostminister, Herr Bötsch, unter dem Druck, ein solches Postgesetz vorzulegen, das den Postmarkt - wenn man es so ausdrücken will; übrigens genauso wie den Telekommunikationsmarkt - ab 1998 liberalisiert. Er steht nicht unter dem Druck der Europäischen Union. Das haben Sie, Herr Kayenburg, ganz richtig gesagt. Es gibt keine Beschlußlage zum Beispiel des Postministerrates in Brüssel, der ihm irgendwelche Vorgaben macht. Der Anfangspunkt liegt in der **Postreform II**, in der Überführung der alten Gelben Post in eine Aktiengesellschaft.

Herr Kayenburg, in einem Exkurs füge ich folgendes hinzu: Sie irren, wenn Sie die Privatisierung der Gelben Post mit der KPN, der Königlich-Niederländischen Post, vergleichen. Die nämlich hat nach wie vor ein Briefmonopol für Briefe bis 500 g. Das ist eine völlig andere Ausgangssituation und ist etwas anderes als das, was jetzt gerade als Kompromiß zwischen den beiden Regierungsfractionen in Bonn ausgehandelt worden ist.

(Holger Astrup [SPD]: Das ist ein kleiner Unterschied!)

Ich gebe Ihnen recht: Sie ist eine der inzwischen kostengünstigsten Postgesellschaften in Europa. Die Deutsche Post AG kann sich nicht damit brüsten, einem Vergleich mit der Königlich-Niederländischen Post auch nur nahezukommen.

Der Bund hat damals - übrigens unter maßgeblicher Mitwirkung der Länder, auch der SPD-Bundestagsfraktion, um nämlich verfassungsmäßige Mehrheiten zu gewährleisten - in das **Grundgesetz** einen neuen Artikel 87 f) eingefügt. Auf den kommt es nun an. In Artikel 87 f) wird der verfassungsrechtliche Auftrag der Infrastruktursicherung mit Postdienst festgelegt. Gemeint ist ein Postuniversaldienst. Der soll sichergestellt werden.

Der entscheidende Punkt ist folgender. Wie kann - um eine Art Bonbonwirtschaft, eine Art Rosinenpickerei zu vermeiden - ein solcher Universaldienst gewährleistet werden? Wie kann er finanziert werden? Wie können gleichzeitig die Altlasten - sprich: die Pensionslasten der Deutschen Post - finanziert werden?

(Holger Astrup [SPD]: Das ist der entscheidende Punkt!)

Deshalb reden wir über einen reservierten Bereich für die Post, den sie haben muß, um den **Infrastrukturauftrag** erfüllen und die Lasten tragen zu können. Genau darüber reden wir.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD] und Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

Wir reden nicht über Monopol, Antimonopol, wir reden nicht über Privatisierung oder staatliche Organisation, sondern wir reden über die notwendigen Voraussetzungen, damit die Post ihren Infrastrukturauftrag in der Fläche erfüllen und ihre Pensionslasten finanzieren kann. Darauf ist das abzuklopfen und zu prüfen, was in Bonn nun beschlossen worden ist.

Da allerdings teile ich Ihre Auffassung, Herr Kayenburg, und auch Ihre Auffassung, Herr Kubicki, nicht, daß das so harmlos sei. Das ist es nicht. Die Folgen dieses Kompromisses in Bonn, der darauf hinausläuft, daß zwar bis zum Jahr 2002 noch eine Exklusivlizenz für Briefpost bis 100 g besteht, bedeuten letztlich die völlige Freigabe des Marktes für

Massensendungen und - wie Sie ganz richtig zitieren - eine Absenkung des **Beförderungsanteils** der Post um ungefähr 13, 14 %. Die 13, 14 % sind nicht so schlimm. Der Punkt ist, daß sich dahinter ein Marktsegment von 1,2 Milliarden DM befindet. Das ist der entscheidende Punkt.

(Beifall der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD] - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Die müssen sich dem Wettbewerb stellen!)

Ich muß mich dann fragen - wenn Sie einen Moment Geduld haben; ich versuche, das einigermaßen verständlich zu erklären -, ob die Post mit dem Verlust dieses Ertragssegmentes

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das verliert sie doch nicht vollständig!)

die notwendigen Kapitalmittel hat, um wenigstens drei Dinge zu erfüllen, nämlich den Infrastrukturauftrag mit der Finanzierung eines Filialnetzes in der Fläche, die Altlasten, die Pensionszahlungen - -

(Unruhe bei der SPD)

- Ich freue mich insbesondere, wenn mich die Fraktion meiner politischen Freunde dabei unterstützt, mich hier durchzusetzen!

(Heiterkeit - Beifall bei SPD, CDU und F.D.P.)

Wenn sie mit dem Wegfall von 1,2 Milliarden DM den Infrastrukturauftrag in der Fläche - Stichwort Filialnetz, wie es Herr Poppendiecker herausgestellt hat - und die Altlasten finanzieren: Wie will der arme Herr Bötsch unter diesen Voraussetzungen einen erfolgreichen Börsengang machen? -, Ich befürchte ich, daß das, was das Management der Deutschen Post sagt, und die Befürchtungen der Deutschen Post AG korrekt sind. Ich befürchte dies insbesondere dann, Herr Kubicki, wenn das richtig ist, was mich gerade erreicht hat, nämlich daß es auch noch Interpretationsschwierigkeiten zwischen CDU und F.D.P. zu diesem Kompromiß gibt.

(Der Abgeordnete Wolfgang Kubicki [F.D.P.] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

- Herr Präsident, ich stehe bereit, um eine Frage entgegenzunehmen.

(Heiterkeit)

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Herr Minister, ist meine Information richtig, daß der Deutschen Post AG nicht verboten werden soll, sich auch in dem von Ihnen beschriebenen Marktsegment weiter zu betätigen und möglicherweise im Wettbewerb erfolgreich zu sein, so daß sie nicht den Verlust von 1,2 Milliarden DM Umsatz befürchten muß?

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Minister, ich bitte Sie, mit Ihrer Beantwortung die Schlußbemerkung zu verbinden.

(Heiterkeit - Beifall bei der SPD)

Peer Steinbrück, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Das wird mir sehr schwerfallen, Herr Präsident, weil ich erst im ersten Drittel meiner Ausführungen bin.

(Heiterkeit)

Um die Frage zu beantworten: Herr Kubicki, Sie haben recht. Es ist der Post nicht verwehrt. Der entscheidende Punkt ist: Welche Wackersteine, welche Fixkosten, muß die Post gegenüber anderen Konkurrenten zusätzlich schultern und mitbefördern?

Nach der Ermahnung durch den Herrn Präsidenten will ich nur noch folgendes deutlich machen: Ich kann mir nicht vorstellen, insbesondere liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, daß Flächenländer wie Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und Nordrhein-Westfalen diesen Kompromiß im Regulierungsrat und im Bundesrat mittragen werden. Ich sage Ihnen: Das Land Schleswig-Holstein wird es auch nicht tun.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter Kayenburg, haben Sie Ihre Wortmeldung zurückgezogen? - Nein. Nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Kayenburg das Wort.

(Konrad Nabel [SPD]: Schicken Sie uns Ihren Beitrag mit der Post!)

Martin Kayenburg [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Nabel, ich kann Ihnen das auch per E-Mail schicken. - Nur eine kurze Ergänzung. Das Problem Grundversorgung ist uns natürlich bekannt und macht auch uns Sorge. Aber es sollte auch bekannt sein, daß es in Bonn Diskussionen darüber gibt, einen Ausgleichsfonds zu schaffen. Dieser **Ausgleichsfonds** soll dafür vorgesehen werden, daß der Wettbewerber mit dem größten Marktsegment, sprich die Post, dann auch die flächendeckende Versorgung vornimmt. In diesen Ausgleichsfonds haben alle, die an den Postdiensten beteiligt sind, einzuzahlen. Ich denke, die Sorge um die Grundversorgung des Landes können wir bei Schaffung dieses Fonds sehr schnell als erledigt ansehen.

Im übrigen haben ja Herr Kubicki und - in Beantwortung der Frage - Minister Steinbrück darauf hingewiesen, daß der Markt frei ist, und daß es die Post mit der vorhandenen Infrastruktur sehr leicht haben wird, auch in diesem Marktsegment neue Wettbewerber abzuwehren, so daß sie die Chance haben wird, den Markt auch künftig - so wie bis heute, nur liberalisiert - zu versorgen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit schließe ich die Beratung. Wir kommen zur Abstimmung. Es ist Abstimmung in der Sache beantragt, und es ist signalisiert worden, daß abschnittweise Abstimmung gewünscht wird.

(Martin Kayenburg [CDU]: 1 bis 3 und 4!)

Sicherlich spricht nichts dagegen, daß ich die Abschnitte 1 bis 3 aus der Drucksache 14/537 zunächst zur Abstimmung stelle. - Wer also den Abschnitten 1 bis 3 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit sind diese Abschnitte mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. angenommen.

Ich stelle den Abschnitt 4 zur Abstimmung. Wer diesem Abschnitt seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Abschnitt einstimmig angenommen.

Ich stelle die Drucksache insgesamt zur Abstimmung. - Wer der Drucksache insgesamt die Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. angenommen.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 16 b):

Zahlung von Kriegsofferrenten

Antrag der Fraktion der SPD

Drucksache 14/548

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Ich eröffne die Aussprache und erteile der Frau Abgeordneten Erdsiek-Rave das Wort.

Ute Erdsiek-Rave [SPD]:

Herr Präsident, ich möchte vorschlagen, daß zunächst die Frau Ministerin zu dem von uns geforderten Bericht das Wort erhält und daß wir dann in eine kurze Aussprache eintreten.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Es war mir nicht signalisiert worden, daß es einen Bericht geben soll.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das wußten wir bisher auch nicht!)

Dann gebe ich Frau Ministerin Moser gerne das Wort.

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte den vom Parlament gewünschten Bericht zur Versorgung von Kriegsoffern in Dänemark abgeben.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das haben wir zwar nicht beschlossen, aber machen wir es einmal!)

Eine Entschädigung nach dem Bundesversorgungsgesetz wird ausschließlich denjenigen Personen gewährt, die im Sinne des § 1 Abs. 1 des Bundesversorgungsgesetzes durch eine militärische oder militärähnliche Dienstverrichtung oder durch einen Unfall während der Ausübung des

militärischen oder nichtmilitärischen Dienstes eine gesundheitliche Schädigung erlitten haben. Die Entschädigungsleistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz stellen mithin keine Honorierung im Sinne einer Art Ehrenrente dar. Über die §§ 7, 8 und 64 des Bundesversorgungsgesetzes können auch nichtdeutsche Kriegsbeschädigte eine Versorgung nach dem **Bundesversorgungsgesetz** beziehen. Bei diesen Nichtdeutschen handelt es sich in der Zuständigkeit Schleswig-Holsteins, speziell in der Zuständigkeit des Versorgungsamtes Schleswig, zum Teil um freiwillige Kriegsteilnehmer, die sich als dänische Staatsangehörige der Deutschen Wehrmacht über die Kampfverbände der Waffen-SS angeschlossen hatten.

In den Beratungen des Gesetzentwurfs zum Bundesversorgungsgesetz im Jahre 1950 im Deutschen Bundestag war ausdrücklich erörtert worden, ob die **Verbände der Waffen-SS** in den Kreis der Versorgungsberechtigten aufzunehmen seien. Es ist dann eine Entscheidung gefallen, die eine Versorgungsleistung ausdrücklich auch für diesen Personenkreis vorsieht. Ausweislich des Protokolls ist diese Entscheidung einstimmig gefallen.

In Dänemark erhalten zur Zeit noch 29 - nennen wir sie einmal - Freiwillige vom Versorgungsamt Schleswig eine Versorgung für durch Kriegshandlungen erlittene Körperschäden. Die Zahlung der Versorgungsansprüche erfolgte in der Vergangenheit aufgrund besonderer Verwaltungsrichtlinien des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung. Diese Richtlinie stammt in ihrer Ursprungsfassung aus den 50er Jahren, eine Neufassung stammt von 1988, und sie ist 1990 noch einmal geändert worden. Die Zahlungen wurden nach dieser Richtlinie verdeckt über das Deutsche Rote Kreuz ausgezahlt, und zwar seinerzeit mit der Begründung, diesen Personenkreis der Versorgungsberechtigten vor Repressalien der dortigen Bevölkerung zu schützen.

Von den vom Versorgungsamt Schleswig zur Zeit noch zu versorgenden 29 Freiwilligen ist bekannt, daß diese durch ihren freiwilligen Dienst in der Deutschen Wehrmacht in Dänemark zu langjährigen Haftstrafen verurteilt worden sind und diese auch abgesessen haben.

Mit Erlaß vom 3. Juni 1996 hat der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung dazu aufgefordert, die bis dahin geltenden Richtlinien für die **verdeckten Zahlungen** nicht mehr anzuwenden, eine Umstellung des Verfahrens auch in Dänemark zu prüfen und nach Möglichkeit auf eine offene Zahlung umzustellen.

Durch das Versorgungsamt Schleswig wurde daraufhin auf Weisung des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales eine Briefumfrage beziehungsweise eine Mitteilungsaktion unter den Betroffenen gestartet.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: In welchem Monat war das?)

- Das ist im Laufe des zweiten Halbjahres 1996 gewesen. - Das Ergebnis dieser Umfrage ist erst vor wenigen Wochen vollständig gewesen. Es hat ergeben, daß ein Teil, nämlich die Mehrheit dieser betroffenen 29 Personen, weiterhin an einer verdeckten Zahlung interessiert sei. Dementsprechend hat auch die Deutsche Botschaft in Kopenhagen ihre Bedenken gegen eine offene Zahlung angemeldet. Ende 1995, also noch vor dem Erlaß des Bundesministers, hatte das Versorgungsamt Schleswig schon von sich aus sondiert, ob es nicht möglich sei, auf offene Zahlung umzustellen. Damals hat die Deutsche Botschaft einen solchen Vorstoß negativ beschieden, und auch jetzt hat sie Bedenken angemeldet.

Trotz dieser Bedenken haben wir die verdeckte Zahlung jetzt eingestellt. Die Zahlungen erfolgen in Zukunft offen. Damit, denke ich, hat sich im Grunde der zweite Punkt des vorliegenden Antrages erledigt.

Wir sind dabei, eine ähnliche Regelung auch für die norwegischen Versorgungsberechtigten herzustellen.

Darüber hinaus wurden dem BMA Listen mit Namen und Geburtsdaten dieser Freiwilligen zur Verfügung gestellt, um diese über das Auswärtige Amt der Dänischen Botschaft auszuhändigen und im Zweifelsfalle eine Strafverfolgung durch die dänischen Strafverfolgungsbehörden zu ermöglichen. Die Akten des Versorgungsamtes Schleswig selbst ergeben keine Anhaltspunkte, daß unter diesen Freiwilligen tatsächlich auch Kriegsverbrecher sind.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Hört, hört!)

Für die verdeckten Zahlungen an die Freiwilligen in Dänemark über das Deutsche Rote Kreuz wurde dem Deutschen Roten Kreuz in der Vergangenheit eine Verwaltungspauschale gezahlt. Die Zahlungen über das Deutsche Rote Kreuz für die in Dänemark lebenden Freiwilligen werden, wie gesagt, eingestellt. Das heißt, auch die Pauschale ist in Zukunft nicht mehr zu zahlen.

Die an das Deutsche Generalsekretariat in Dänemark gezahlte **Verwaltungspauschale**, von der in der Öffentlichkeit auch die Rede war, wird nicht für die

Vornahme von verdeckten Zahlungen, sondern für die Beratung und Betreuung aller in Dänemark lebenden Versorgungsberechtigten gezahlt. Das sind Menschen, die nach dem Kriege von Deutschland nach Dänemark verzogen sind, Versorgungsberechtigte und ihre Hinterbliebenen. Unter diesen vom Generalkonsulat insgesamt betreuten 185 Personen sind auch diese besagten 29 sogenannten Freiwilligen.

Meine Damen und Herren, dieser Bericht macht deutlich, daß hier ein Stückchen unaufgearbeiteter Vergangenheitsbewältigung zu Tage tritt, die wir vielleicht an diesem einen Zipfelchen einmal wieder vornehmen müßten, und wenn dieser Bericht nun dazu dient, dieses Problem noch einmal zu erörtern, würde ich mich freuen. Ich denke allerdings, wir sollten uns vorsehen, die betroffenen 29 Menschen jetzt pauschal als Kriegsverbrecher zu verdächtigen. Dies kann nicht Sinn unserer Debatte heute im Landtag sein.

(Beifall bei SPD, CDU, F.D.P und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich danke der Frau Ministerin für den Bericht und eröffne die Aussprache. Das Wort hat die Frau Abgeordnete Erdsiek-Rave.

Ute Erdsiek-Rave [SPD]:

Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Ich bin der Frau Ministerin dankbar, daß sie anlässlich des gestrigen Berichts in Panorama und des Berichts im Schleswig-Holstein Magazin unserer Bitte so schnell gefolgt ist, sofort sachlich alle Hintergründe aufzuklären.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Herren und Damen, bei der Begründung für die Einführung dieser Art der Zahlungen seinerzeit im Deutschen Bundestag und fortwirkend bis heute - wenn man hört, daß die Notwendigkeit dafür immer noch gesehen wird - müssen sich die **Opfer des Naziterrors** wieder einmal die Augen gerieben haben. Vieler dieser betroffenen, heute hochbetagten Menschen, die immer noch um eine finanzielle Entschädigung und eine ideelle Anerkennung ihres Leides und des erlebten Unrechts kämpfen müssen, wie etwa Deserteure, die immer noch auf ihre Rehabilitierung warten oder diejenigen, die als Homosexuelle oder als Sinti und Roma immer noch

keine Opferrente erhalten, müssen mit Unverständnis auf diese Praxis reagieren.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich meine die Praxis der schnellen und unbürokratischen Regelung der Opferrentenauszahlung an ehemalige SS-Angehörige.

Die Entscheidung sowohl des Bundesministeriums im letzten Jahr wie auch jetzt des Sozialministeriums, die **verdeckte Zahlung** der Kriegsofferrenten in dieser Form nicht mehr vorzunehmen, war überfällig. Sie ist richtig und findet unsere ganze Zustimmung.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damit ist in der Tat der Spiegelstrich 2 unseres Antrages bereits erfüllt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Gar nicht!)

Wir sind auch der Auffassung, daß wir dieses Thema, so wie Sie dies heute morgen bei der Dringlichkeitsdebatte bereits gesagt haben, im Ausschuß noch einmal erörtern sollten, wo dann die Chance einer weiteren konkreten und sachlichen Erörterung und Nachfrage besteht.

Es ist nämlich nachzufragen - Frau Ministerin, das war aus Ihren Ausführungen nicht eindeutig abzuleiten, weil die Akten noch einmal übergeben worden sind -, ob wirklich eine individuelle Akteneinsicht durchgeführt wurde oder noch durchgeführt werden muß. Wir müssen sicher sein, daß unter denjenigen, die diese Rente erhalten, sich wirklich keine Kriegsverbrecher befinden.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das hat sie doch gesagt! - Ursula Röper [CDU]: Ja, das hat sie gesagt!)

- Sie hat den Vorgang genau geschildert, aber wir müssen hellhörig werden, daß Fälle, wie etwa in Bremen, wo zwei Fälle von ähnlicher Qualität offensichtlich geworden sind und sich CDU und SPD gemeinsam dafür ausgesprochen haben, diese Zahlungen einzustellen, bei uns nicht vorkommen.

(Beifall der Abgeordneten Holger Astrup [SPD], Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD] und Anke Spoorendonk [SSW])

Ich möchte in diesem Zusammenhang auch, weil indirekt die Deutsche Minderheit in Nordschleswig angesprochen ist, ein zweiten Aspekt ansprechen. Das **Zusammenleben von Dänen und Deutschen** in der Grenzregion ist in den vergangenen 50 Jahren und immer weiter zunehmend durch Akzeptanz, Toleranz und Anerkennung gekennzeichnet. Es ist unstrittig, daß dies fortwirkt. Etwa die derzeitigen Ansätze zur Gründung einer Euroregion Schleswig empfinde ich als ein positives Zeichen. Dies ist nicht zuletzt das Verdienst beider Minderheiten nördlich und südlich der Grenze, deren Geschichte in ganz besonderer Weise mit der Geschichte dieser Region verknüpft ist. Ich möchte deshalb warnen vor jeder Verurteilung des Bundes Deutscher Nordschleswiger, der als Verwaltungsstelle sozusagen in diesen Vorgang involviert ist.

(Beifall des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

In diesem Zusammenhang muß gesagt werden, daß es in letzter Zeit Angriffe etwa von einer PDS-nahen Zeitung gegen die **Nordschleswiger** gegeben hat, nicht nur gegen Einzelpersonen, sondern auch gegen Institutionen und in jüngster Zeit auch gegen das Minderheitenzentrum in Flensburg. Deswegen dürfen solche Vorbehalte, die da geschürt worden sind, durch diese Angelegenheit nicht wieder auflackern. Es ist meine Absicht, dies heute auszuräumen, daß nicht etwa die deutsche Minderheit in Nordschleswig in irgendeiner Weise involviert ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich habe heute mit dem Vertreter des BDN gesprochen. Es gibt keinen Anlaß, hier argwöhnisch zu sein oder gar Geschichtsfeindlichkeit zu unterstellen, wie dies etwa in dem Panoramabericht oder im Schleswig-Holstein Magazin anklang.

Ich möchte noch einen Blick über diese Angelegenheit hinaus tun und zwei konkrete Vorschläge machen, die in einen größeren historisch-politischen Zusammenhang gehören.

Erstens: Führen wir auch im Grenzland - dies ist eine Aufforderung an die Hochschulen und an die Geschichtsinteressierten im Lande - einen neuen und erweiterten historischen Dialog! Begreifen wir das Grenzland auch als Geschichtsregion und arbeiten wir gerade die Nachkriegsgeschichte noch stärker auf!

Zweitens: Aufklärung über die Naziverbrechen, auch über diejenigen, in die die Wehrmacht involviert war, über das komplizierte System des Schreckens bringt eine Ausstellung, die sich mit der Rolle der Wehrmacht im Dritten Reich befaßt und zur Zeit in München gezeigt wird. Holen wir diese Ausstellung doch nach Kiel hierher ins Landeshaus und präsentieren wir sie gemeinsam der Öffentlichkeit!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aus der Geschichte kann man nicht aussteigen. Wir werden mit ihr - da stimme ich der Frau Sozialministerin ausdrücklich zu - immer wieder und oft auch sehr plötzlich, wie dieses Beispiel zeigt, konfrontiert. Und weit über dieses Beispiel hinaus lassen Sie mich sagen: In Deutschland wird derzeit leider immer noch eine Diskussion anhand von Einzelfällen über Kriegsofferrenten geführt. Diese Diskussion lassen sie uns gemeinsam endlich einmal zum Abschluß bringen. Die Opfer müssen wissen, daß wir an ihrer Seite sind. Sie müssen endlich ihr Recht auf Entschädigung erhalten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Beifall der Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD] und Holger Astrup [SPD])

Ich habe die Gruppen bereits genannt.

Die Täter müssen wissen, daß ihre Taten weder vergeben noch vergessen sind und daß dafür ein Bezug von Renten von uns nicht hingenommen würde. Geschichte kann man nicht entsorgen; Vergangenheit ist nicht vorbei, sie ist noch nicht einmal vergangen. Es geht nicht um Wahrheiten in den Geschichtsbüchern, sondern es geht um unsere Demokratische Republik, und das, was wir gemeinsam gestalten.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Hennig.

Dr. Ottfried Hennig [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es geht um einen Abschnitt der deutschen Geschichte, bei dem es sich empfiehlt, mit großer Behutsamkeit zu formulieren und mit großer Ruhe Argumente

abzuwägen. Ich bin der Frau Ministerin dankbar, daß sie genau das getan hat.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sehr schön! - Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Man fragt sich allerdings inzwischen, ob nicht ein einziger Anruf im Sozialministerium genügt hätte, diese Dinge aufzuklären, anstatt am Freitag nachmittag uns mit einem Dringlichkeitsantrag zu beschäftigen. Wir haben der Dringlichkeit zugestimmt. Selbstverständlich haben wir das getan, denn wir mußten uns erst um die Hintergründe kümmern, weil sie im wesentlichen Bonner Gesetzgebung und nicht Kieler Gesetzgebung betreffen. Aber das, was sich bis jetzt herausgestellt hat, bestätigt die Dringlichkeit nicht. Das will ich an dieser Stelle deutlich sagen.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Zuruf von der CDU: Bravo!)

Ich will auch deutlich sagen, daß diese Tatsachen natürlich auch der Sendereihe Panorama hätten bekannt sein können, möglicherweise auch bekannt gewesen sind; denn es handelt sich ja keineswegs um Geheimsachen, wie wir unschwer durch Anrufe bei Peter Iver Johannsen oder auch beim Bonner zuständigen Ministerium feststellen konnten. Daß dennoch eine Sendung gemacht worden ist, in der in einer sehr kurzen textlichen Ausführung dreizehnmal die Worte „SS“, „Täter von damals“ und „Kriegsverbrecher“ für diejenigen verwendet werden, die diese 29 darstellen, ist nicht gerade ein Ausweis qualifizierter öffentlich-rechtlicher Recherche, um es sehr milde zu sagen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

In Wahrheit geht es um einen Sachverhalt, der wie alles in dieser Zeit außerordentlich schwierig ist. Es handelt sich um 3000 deutsche und 7000 **dänische Freiwillige**, die zur Deutschen Wehrmacht wollten oder auch unter Druck dort hingegangen sind - das muß man sich alles sehr genau anschauen -, insgesamt also um 10 000, die samt und sonders dänische Staatsbürger gewesen sind und bei der Deutschen Wehrmacht Dienst tun wollten, was nicht ging, weswegen sie samt und sonders zur **Waffen-SS** gekommen sind. Aber niemand von ihnen hat in der sogenannten schwarzen SS Dienst getan. Dies verstieß damals nicht gegen dänisches geltendes Recht. Ich will darüber gar kein Urteil sprechen.

(Zuruf der Abgeordneten Ute Erdsiek-Rave [SPD])

- Wenn Sie nicht gewillt sind, da gewisse Unterschiede zu machen, dann sollten Sie wirklich jedes Studium der Zeitgeschichte drangeben!

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Das ist eine unverschämte Bemerkung!)

Das verstieß nicht gegen geltendes dänisches Recht, und ich will mich auch nicht zu der Tatsache äußern, daß rückwirkend Strafrecht eingeführt worden ist. Das ist eine innerdänische Angelegenheit, eine heikle juristische Strafaktion, in deren Verlauf anschließend Urteile wegen Landesverrats gesprochen worden sind. Das will ich hier nicht beurteilen.

Meine Damen und Herren, was jetzt dort abgewickelt wird, geschieht mit vollem Wissen der Behörden in Dänemark. Es gibt in jedem Einzelfall eine Meldung an das dänische Finanzamt. Das heißt, wer sich hier hinstellt und meint, es sei etwas hinter dem Rücken der dänischen Behörden gelaufen, der kennt den Vorgang nicht genau genug. Insgesamt betrifft es 24 800 Versorgungsempfänger im Osten und 11 000 im Westen - eine große leidvolle Hinterlassenschaft dieses Kapitels! In Dänemark betrifft es noch insgesamt 185 Personen, zirka die Hälfte Witwen. Die Empfänger sind Personen, die damals als in der Deutschen Wehrmacht Dienst Tuende Verletzungen erlitten haben oder ihre jeweiligen Familienoberhäupter verloren haben. Will eigentlich jemand im Ernst etwas dagegen sagen, daß wir in diesen Fällen eine sehr bescheidene Witwenrente bezahlen oder eine sehr bescheidene Ausgleichsrente dafür zahlen, daß schwere und schwerste Verletzungen erlitten worden sind? Ich glaube, im Ernst will das doch niemand.

Meine Damen und Herren, der **Rechtsanspruch** auf Kriegsoferversorgung ist völlig legal und auch kein Bonbon für Kriegseinsätze. Es wird nur gezahlt bei erlittenen Kriegsverletzungen, und zwar völlig unabhängig von einer Rente. Für Soldaten der Waffen-SS ist dabei Voraussetzung, daß sie nicht bei der allgemeinen SS waren und im Kriegseinsatz unter dem Kommando der Wehrmacht standen. KZ-Wärter und andere erhalten keine Kriegsoferversorgung.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Dies ist von den zuständigen Behörden, in diesem Fall vom Versorgungsamt in Schleswig, amtlich zu prüfen.

Ich glaube nicht, daß dies Aufgabe unseres Sozialausschusses im Hohen Hause ist, sondern das muß dort behördlicherseits geprüft werden, und ich gehe davon aus, daß dies regelmäßig geschehen ist.

Im übrigen gibt es Kriegsoferversorgung auch für Zivilgeschädigte ausländischer Herkunft, die aufgrund von alliierten Angriffen auf durch Deutsche besetztes Gebiet Verletzungen erlitten haben.

Meine Damen und Herren, das ganze Verfahren ist inzwischen nicht nur in Frage gestellt, sondern die Behauptung in „Panorama“, daß aufgrund der Recherchen dort etwas in Gang gekommen sei, ist ausweislich des Berichts der Ministerin nachweislich falsch. Dieses Verfahren wird seit einem halben Jahr umgestellt. Es laufen umfangreiche Briefaktionen. Das Ganze ist in dieser Form ein unberechtigter Vorwurf. Ich hoffe, daß „Panorama“ an gleicher Stelle und in gleicher Sendelänge Gelegenheit nimmt, dies richtigzustellen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Mit dem **Bund Deutscher Nordschleswiger** hat dies überhaupt nichts zu tun. Man kann ihm höchstens dankbar dafür sein, daß er technische Hilfe für ein geringes Entgelt zur Verfügung gestellt hat, um diese Dinge abzuwickeln; ansonsten wären bei jeder Auslandsüberweisung 25 DM pro 100 DM oder 150 DM oder 500 DM Rente, die gezahlt werden, monatlich fällig gewesen, was sicherlich auch nicht im Sinne des deutschen Steuerzahlers ist.

Im übrigen, meine Damen und Herren, handelt es sich überhaupt nicht - das sage ich auch in Richtung Dringlichkeit - um einen Geheimvorgang. Die Sache ist seit geraumer Zeit presseöffentlich. Ich nehme an, Frau Spoorendonk, daß Ihnen diese Veröffentlichungen auch bekannt sind. Seitenweise haben dänische Zeitungen vor Jahren, 1993 zum Beispiel, über diese Vorgänge berichtet. Wenn „Panorama“ das nicht gelesen hat, wenn Ihnen das vor Ihrem Antrag nicht bekannt war, werfe ich Ihnen das nicht vor. Aber ich frage mich doch, ob man die Dringlichkeit von Anträgen an dieser Stelle nicht etwas sorgfältiger erwägen sollte, zumindest für die Zukunft.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Heinold.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die beiden Beiträge eben, aber auch der Beitrag von Frau Moser haben mir deutlich gemacht, warum ich auf dieser Seite des Hohen Hauses sitze und nicht auf der anderen. Es ist der feine Sprachgebrauch, und es sind vor allen Dingen die Dinge, die erwähnt oder nicht erwähnt werden. Frau Erdsiek-Rave ist in dieser Diskussion zu Recht sehr deutlich auf diejenigen eingegangen, die **NS-Unrecht** erlitten haben und denen es bis heute nicht gelungen ist, **Ausgleichsentschädigung** geschweige denn Rente zu bekommen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wann immer dieses Thema in Bonn diskutiert wird, macht die CDU Ohren und Augen zu

(Zuruf von der CDU)

- fragen Sie in Bonn nach! - und argumentiert damit, daß es aus wirtschaftlichen oder finanzpolitischen Gründen kein Geld gibt.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Wir haben mit der SPD eine gemeinsame Schlußgesetzgebung herbeigeführt!)

Hier, wo die Grenze zwischen denjenigen, die Opfer und Täter waren, sehr schwierig zu ziehen ist, wo es darum geht, daß Täter unter ein Gesetz für Opferentschädigung fallen - das ist schon abartig - -

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist doch schlichter Quatsch, Frau Heinold!)

- Natürlich ist es so, Herr Kubicki! Genau das ist hier der Fall. Ich bin mir in dem, was ich sage, sehr sicher.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Dann machen Sie alle Soldaten zu Tätern!)

In diesem Fall sprechen Sie, Herr Hennig, von bescheidenen Renten, von Vorsicht, von Unrecht. Da sind Sie sehr großzügig mit dem, was Sie verteilen wollen, und nehmen jede und jeden in Schutz.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist gesetzliche Grundlage, Frau Heinold! Sie wissen gar nicht, wovon Sie reden!)

Wir haben in Bonn einen Gesetzentwurf „Bundesstiftung Entschädigung für NS-Unrecht“ beantragt. Wir haben dort all diejenigen aufgeführt, die unserer Meinung nach dringend entschädigt werden müßten. Ich wüßte nicht, Herr Hennig, daß Ihre Partei vorhat, diesem Anliegen zuzustimmen. Es geht um Sinti und Roma, es geht um die Homosexuellen, um die Desserteure, um die Angehörigen von Verfolgten. Für alle diese Personengruppen setzen Sie sich nicht ein. Ich finde das sehr traurig. Zumindest ein Wort von Ihnen hätte in dieser Debatte dazu fallen müssen.

Ich bin sehr froh, daß Frau Moser heute Vermutungen entkräftigen konnte. Ich bin entsetzt, daß die Praxis der **verdeckten Zahlung** damit begründet wird, daß es zum Schutz derjenigen ist, die eventuell auch Täter gewesen sind.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Völlig falsch! Das hat sie gar nicht gesagt!)

- So ist es!

(Widerspruch bei der CDU)

Es gibt unter denjenigen, die nach dem Gesetz zur Zahlung für Opfer eine Rente oder auch eine Zusatzrente bekommen, noch 50 000 Kriegsverbrecherinnen und Kriegsverbrecher oder Angehörige oder Witwen. Die gibt es!

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Woher wissen Sie das denn? Belgen Sie das bitte mal!)

- Das sagen Militärhistoriker, unter anderem der Freiburger Militärhistoriker Gerhard Schreiber. Ich zweifle das nicht an, zumal ich weiß, daß die Aufarbeitung der Geschichte in unserem Lande

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist peinlich ohne Ende!)

nicht so vollzogen worden ist, wie es hätte sein müssen, um alles aufzudecken. Und das ist sehr bewußt geschehen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile das Wort Herrn Abgeordneten Kubicki.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich wollte mich eigentlich an dieser Debatte nicht beteiligen.

(Holger Astrup [SPD]: Dann laß es!)

- Nein, nicht „laß es“; so einfach kann man es sich nicht machen, Holger!

(Holger Astrup [SPD]: Doch!)

- Nein, das kann man nicht. Ich finde den Beitrag von „Panorama“ nach dem Kenntnisstand, den ich jetzt habe, peinlich für „Panorama“, peinlich für die deutsche Öffentlichkeit. Ich finde aber auch einige der Beiträge, die ich heute hier dazu gehört habe - insbesondere zwei -, peinlich.

Frau Moser hat in meinen Augen einen akzeptablen Bericht gegeben; danach hätte es Schluß sein können, und das wäre gut für dieses Haus gewesen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Statt dessen ist jetzt zweimal der wirklich völlig untaugliche Versuch unternommen worden zu retten, was zu retten ist, nämlich eine Täterphilosophie aufzubauen, obwohl es um Täter in diesem Falle überhaupt nicht geht - schon von Gesetzes wegen nicht geht -; es geht um Versorgungsleistungen an **Angehörige der Wehrmacht**. Frau Heinold, wenn Sie künftig alle Soldaten, die im Zweiten Weltkrieg auf deutscher Seite gekämpft haben, zu Tätern des Nazi-Regimes erklären wollen, dann verabschieden Sie sich in der Tat von einer ernsthaften Diskussion über die Problemlage in der Zeit zwischen 1933 und 1945.

In diesem Zusammenhang geht es um nichts anderes als um Versorgungsleistungen auf legaler, gesetzlicher Grundlage - von allen Parteien im Deutschen Bundestag geschaffen -, ausdrücklich auch so gewollt, übrigens mit Zustimmung der KPD!

(Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

- Herr Schnabel, daß Sie das nicht begreifen, leuchtet mir ein. - Es ist wirklich peinlich, und es wäre gut gewesen, wir würden das jetzt nicht fortzusetzen versuchen, denn sonst bekommen wir eine Debatte, die sich wirklich gewaschen hat. Wir stimmen darin überein -

(Konrad Nabel [SPD]: Blödmann! - Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Hat er „Blödmann“ gesagt?)

- Er hat „Blödmann“ gesagt. Ich nehme das zur Kenntnis. Daß das keinen Ordnungsruf auslöst, nehmen wir auch zur Kenntnis.

((Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Nehmen wir auch zur Kenntnis!))

Wir sind uns einig - und waren das bisher jedenfalls in diesem Hause -, daß dann, wenn Vermutungen über **Täter von Kriegsverbrechen** vorhanden sind, dem mit allem rechtlichen Nachdruck nachgegangen werden muß. Wir sind uns einig und waren es bisher auch, daß **Entschädigungen an NS-Opfer**, an Opfer von Greuelthaten der NS-Diktatur, teilweise unzureichend gezahlt wurden und geregelt worden sind. Aber dies alles ist völlig von dem Vorgang zu lösen, der sich hier auf legaler Basis von allen Beteiligten - unter Beteiligung aller staatlichen Stellen hier und in Dänemark - vollzogen hat.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter Kubicki, erlauben Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Erdsiek-Rave?

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Ja, bitte.

Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Ich möchte den Abgeordneten Kubicki fragen, ob ihm bekannt ist, daß das von ihm zitierte und gemeinsam verabschiedete Gesetz inzwischen heftig in der Kritik ist, nämlich deswegen, weil in diesem Gesetz eine Ausschlußklausel für diejenigen fehlt, die Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen haben, indem gesagt wird, dies sei ein anderer Tatbestand, der nicht unter das Rentengesetz falle, sondern eine Sache der Strafverfolgung sei, während von Anfang an eine Ausschlußklausel für Auslandsfälle in dem Gesetz enthalten ist. Darum geht es. Diese Auslandsfälle müßten einzeln überprüft werden, sagt dieses Gesetz.

Um nichts anderes geht es in diesem Zusammenhang, also nicht um die pauschale Unterstellung, alle Wehrmatsangehörigen seien Kriegsverbrecher, sondern darum, daß dieses Gesetz bis heute keine Ausschlußklausel für Fälle im Inland enthält und daß diese Fälle im Ausland einzeln überprüft werden müssen. Genau darauf richtete sich die Frage.

(Zuruf von der CDU: Das ist doch klar!)

- Wissen Sie, für Sie ist immer alles gleich klar! - Ich habe den Ausführungen von Frau Moser entnommen, daß alle Akten noch einmal überprüft werden sollen. Das finde ich richtig. Dagegen kann doch niemand etwas haben.

Ich wollte Sie nur fragen, ob Sie dies mitbedacht haben, als Sie uns eben diesen Vorwurf gemacht haben.

- Frau Erdsiek-Rave, ich nehme das zur Kenntnis. Ich habe das mitbedacht. Ich möchte aufnehmen, was Sie eben gesagt haben, aber ich möchte das nicht weiter intensivieren. Ich denke, wir sollten die Erklärung der Ministerin hinnehmen, daß unter diesen 29 Fällen nach ihrem Überprüfungsstand Fälle von Kriegsverbrechern nicht enthalten sind, und wir sollten dankbar sein, daß wir in diesem Lande nicht das erleben mußten, was uns die Sendung „Panorama“ gestern abend „unterzujubeln“ versuchte, um es einmal freundlich zu formulieren.

Ich stimme übrigens Herrn Kollegen Hennig zu: Das war für eine öffentlich-rechtliche Fernsehanstalt wirklich unterhalb aller Professionalität!

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter Nabel, für die unparlamentarische Beschimpfung des Herrn Abgeordneten Kubicki erteile ich Ihnen einen Ordnungsruf.

Frau Abgeordnete Spoorendonk hat das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Das Neue an den Beiträgen des „Schleswig-Holstein-

Magazins“ und des Magazins „Panorama“ von gestern war nicht, daß ehemalige **SS-Leute** im In- und Ausland eine **Kriegsopferrente** in zum Teil beträchtlicher Höhe vom deutschen Staat erhalten, sondern die Meldung, daß die Zahlungen an ehemalige SS-Freiwillige - zum Beispiel in Dänemark - verdeckt erfolgen.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Neu ist auch, daß dieses Thema durch diese Sendungen ein öffentliches Thema geworden ist.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das ist überhaupt nicht neu!)

Man braucht sich nur einmal die Zuschauerzahlen des „Schleswig-Holstein-Magazins“ vor Augen zu führen.

Diese **Zahlungen** des Versorgungsamts Schleswig erfolgen nach den Aussagen des Amtsleiters in dem Fernsehbericht auf Wunsch der Empfänger verdeckt über den **Bund Deutscher Nordschleswiger** aus Angst vor Repressalien - was noch verständlich ist -, aber auch - und hier wird es kritisch, finde ich -, weil man Angst vor einer eventuellen Rechtsverfolgung des dänischen Staates hat; so der Amtsleiter.

Damit will ich auch nicht weiter auf die dänische Geschichte eingehen, Herr Dr. Hennig, auf die Aufarbeitung der deutschen Besatzungszeit. Da ist in den letzten Jahren sehr viel passiert.

Sie sprachen vorhin die rückwirkend geltenden Gesetze der Strafverfolgung an. Ich weiß, daß in anderen Ländern Europas überhaupt keine Rechtsgrundlage geschaffen wurde, und ich weiß auch, daß diese rückwirkenden Gesetze heftig diskutiert und kritisiert worden sind.

Nach meinen Informationen stimmt die Angelegenheit, wie wir hörten, in dieser Form nicht. Nach Aussagen des Generalsekretärs des BDN, Peter Iver Johannsen, werden diese Zahlungen zwar über den BDN abgewickelt, aber mit vollem Wissen der dänischen Behörden. Auch das ist hier schon gesagt worden. Außerdem gehören von den 183 Empfängern von Kriegsopferrente - mir ist im Augenblick nur diese Zahl geläufig - lediglich 30 % der deutschen Minderheit an; 70 % der Empfänger sind Dänen, die auf die eine oder andere Weise der deutschen Kriegsmaschinerie angehört haben.

Trotzdem - darin liegt für mich denn auch die Begründung für die Dringlichkeit - besteht noch weiterer Aufklärungsbedarf. Aus unserer Sicht muß sichergestellt werden, daß die Namen der Empfänger und die Höhe der Rente dem dänischen Staat in vollem Umfang zur Verfügung gestellt werden.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das tun sie seit langem!)

Das werden wir im Ausschuß hoffentlich noch weiter klären können. Ebenso stimme ich dem zu, was Sie, Herr Dr. Hennig, heute morgen sagten, daß wir nämlich dem BDN Gelegenheit geben sollten, sich im Ausschuß zu diesem Thema zu äußern.

Auch das, was Frau Erdsiek-Rave hinzufügte, ist wichtig. Es hat ja in letzter Zeit von PDS-nahen Kreisen Kritik gegeben, und es darf nicht so sein, daß der Bund Deutscher Nordschleswiger in eine falsche Ecke gerückt wird.

Die Kriegsofferrente stammt noch aus der Zeit nach dem Krieg. Dann muß doch die Frage erlaubt sein, ob damit - nur weil man ein Gesetz gemacht hat - auch Recht geschaffen worden ist. Wenn man vergleicht, was der deutsche Staat an die **Opfer des Nationalsozialismus** gezahlt oder nicht gezahlt hat, dann ist doch die Tatsache, daß dieses Kriegsoffergesetz auch **SS-Leute** - zum Teil sogar Kriegsverbrecher - umfaßt, skandalös und für mich nicht nachvollziehbar.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das steht im Gegensatz zu dem Bericht der Landesregierung!)

Ich möchte zum Schluß noch etwas berichten. Ich habe mich mit einem alten Mann neulich zufällig über diese Kriegsofferrente unterhalten. Ich kenne ihn seit langem; er ist gerade 80 Jahre alt geworden. Er saß von 1936 bis 1945 im Zuchthaus, später im Konzentrationslager. Er war und ist noch immer Kommunist. Seine Geschichte, seine Darstellung der Schwierigkeiten, überhaupt an eine Entschädigung heranzukommen, ist schrecklich anzuhören. Es gibt in diesem Lande nicht nur unvereinbare Erinnerungen, es gibt auch unvereinbares gesellschaftliches Leben. Darum ist es wichtig, daß wir uns als Landtag mit diesem Thema befassen. Das muß so sein.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit schließe ich die Beratung.

Wir haben in der Debatte festgestellt, daß Punkt 2 des vorliegenden Antrags erledigt ist. Der Bericht sollte im Sozialausschuß erstattet werden; wir haben ihn heute aber mündlich erhalten und werden ihn sicherlich auch noch schriftlich bekommen. Er sollte im Sozialausschuß abschließend beraten werden.

Wer diesem Verfahren zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Gegen die Stimmen der F.D.P., des Abgeordneten Weber [SPD] und der Abgeordneten Hars [CDU] wird so verfahren.

Meine Damen und Herren, bevor wir zu den letzten Punkten, die ohne Aussprache zu behandeln sind, kommen, über die wir aber noch entscheiden müssen, möchte ich in der Loge Abgeordnete des Schwedischen und des Finnischen Reichstages - der dortigen Fraktionen der Grünen - begrüßen sowie Herrn Ralph Monö, den Generalsekretär der Grünen im Europa-Parlament. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 21 auf:

Initiative zum Opferschutz

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/393

Bericht und Beschlußempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses
Drucksache 14/491

Ich erteile dem Berichterstatter des Innen- und Rechtsausschusses, dem Herrn Abgeordneten Maurus, das Wort.

Heinz Maurus [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich verweise auf die Drucksache 14/491. Ich muß allerdings einen Punkt ergänzen. Es ist hier empfohlen worden, das Wort „Januarsitzung“ durch das Wort „Märztagung“ zu ersetzen. Der Justizminister bittet darum, daß wir hieraus „Apriltagung“ machen. Die Antragsteller sind damit einverstanden.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Dann danke ich für den Bericht. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Ich lasse über den Antrag der Fraktion der CDU in der vom Ausschuß empfohlenen Fassung mit der von den Antragstellern gebilligten Änderung abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist dieser Antrag einstimmig angenommen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 22 auf:

Musikunterricht und Musikerziehung in Schleswig-Holstein - Entwicklung seit 1988 und Perspektiven

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU
Drucksache 14/388

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 14/416

Bericht und Beschlußempfehlung des Bildungsausschusses
Drucksache 14/492

Ich erteile dem Berichterstatter des Bildungsausschusses, Dr. von Hielmcrone, das Wort.

Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Bildungsausschuß hat sich mit den ihm durch Plenarbeschluß vom 11. Dezember 1996 überwiesenen Vorlagen in seiner Sitzung am 16. Januar 1997 befaßt. Der Ausschuß empfiehlt dem Landtag, die Antwort auf die Große Anfrage, Drucksache 14/388, zur Kenntnis zu nehmen.

Mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfiehlt der Ausschuß dem Landtag gegen die Stimmen von CDU und F.D.P., den Antrag Drucksache 14/416 abzulehnen.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Wer der Empfehlung des Ausschusses, die Antwort der Landesregierung, Drucksache 14/388, zur Kenntnis zu nehmen und den Antrag Drucksache 14/416 abzulehnen, folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist der Empfehlung des Ausschusses mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. gefolgt.

Wir kommen zum 23. und damit letzten Tagesordnungspunkt :

Entscheidung über die Gültigkeit der Landtagswahl am 24. März 1996

Bericht und Beschlußempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses
Drucksache 14/513

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Keine Neuwahl, wir stimmen dagegen! - Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Neuwahlen!)

- Das können sich einige wünschen.

Ich erteile dem Berichterstatter des Innen- und Rechtsausschusses, Herrn Angeordneten Maurus, das Wort.

Heinz Maurus [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich verweise auf die Drucksache 14/513. Der Ausschuß empfiehlt erstens, die Einsprüche zurückzuweisen, zweitens, das vom Landeswahlausschuß am 4. April 1996 gemäß § 41 Abs. 3 Satz 2 des Landeswahlgesetzes festgestellte und vom Landeswahlleiter am 10. April 1996 bekanntgegebene Ergebnis der Wahl zum Schleswig-Holsteinischen Landtag am 24. März 1996 gemäß §§ 43 Abs. 1 und 48 des Landeswahlgesetzes zu bestätigen.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Wird das Wort zum Bericht gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Dann lasse ich über die Beschlußempfehlung abstimmen. Wer ihr zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann haben wir einstimmig beschlossen, daß wir die Wahl nicht wiederholen wollen.

(Heiterkeit bei der SPD)

Jetzt habe ich noch bekanntzumachen: Die 11. Tagung beginnt am 12. März. Bis dahin wünsche ich Ihnen zunächst ein schönes Wochenende und schicke Sie früh nach Hause.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß: 16:14 Uhr